

30.08.2023

LaG-Magazin

Lernen aus der Geschichte

**UMWELTBEWEGUNG- UND PROTESTE
IN DER DDR IM VERGLEICH ZU HEUTE**

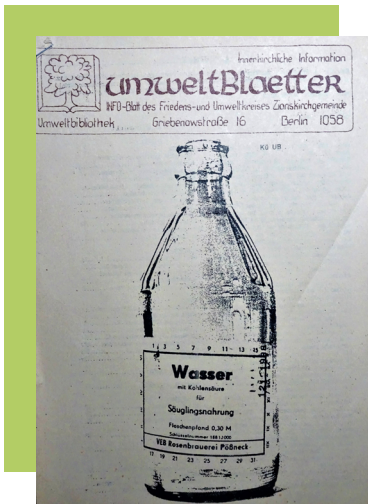


AGENTUR FÜR
BILDUNG
GESCHICHTE
POLITIK

Lernen aus der
Geschichte

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG





Cover einer Ausgabe der Umweltblätter des Friedens- und Umweltkreises Zionskirchgemeinde. © Privatarchiv Peter Wensierski

ZUR DISKUSSION

Umweltprobleme in der DDR im Überblick und Ost-West-Vergleich	<u>10</u>
Umweltprotest in der DDR	<u>17</u>
Praxis des zivilen Widerstands	<u>24</u>
„DENK-MAL, MENSCH“ – Umweltproteste im Blick der Stasi	<u>34</u>
Staatlich organisierter Umweltschutz in der DDR	<u>41</u>
Die unabhängige Umweltbewegung in der DDR. Spurensuche und Erinnerungsbericht	<u>47</u>
Von der Ost-Berliner Umweltbibliothek zu Fridays for Future. Zeitzeugenbericht eines Aktivisten der DDR-Umweltbewegung	<u>57</u>
„Ich möchte immer da sein, wo ich die Dringlichkeit am stärksten sehe.“ Im Gespräch mit Umweltaktivist*innen aus der DDR und von der Letzten Generation	<u>64</u>

EMPFEHLUNG APP

Natur? Politisch. Ein Serious Game zum Umweltaktivismus in der DDR

78

EMPFEHLUNG SEMINARBERICHT

Umwelt x 3. Ein Erfahrungsbericht von Workshops zum Thema Umweltschutz in der DDR und der Frage nach aktuellen Bezügen

84

EMPFEHLUNG UNTERRICHTSMATERIAL

Umwelt und DDR. Sammelrezension aktueller Unterrichtsmodule

88

EMPFEHLUNG WEB

Zwischen Umweltverschmutzung und Umweltbewegung – Ein Themendossier der Bundesstiftung Aufarbeitung

96

Liebe Leser*innen,

gegenwärtig wird weltweit für Klimaschutz mobilisiert. Unterschiedliche Akteur*innen machen mit heterogenen Aktionsformen auf die Gefahren des menschengemachten Klimawandels aufmerksam. Das sorgt mitunter für intensive und auch kontroverse Diskussionen.

Doch ist Engagement für die Umwelt auch in Deutschland alles andere als neu. Bereits in den 1970er und 1980er Jahren engagierten sich Menschen in beiden deutschen Staaten gegen Umweltverschmutzung. Die in der DDR aktiven Protestformationen und -initiativen wurden im Vergleich zu anderen systemkritischen Gruppen bislang allerdings wenig in den Blick genommen, weshalb sich das vorliegende LaG-Magazin dem Thema widmet. Dabei werden immer wieder Bezüge zur Gegenwart hergestellt.

Der damals in Westdeutschland tätige Journalist und heutige Autor Peter Wensierski führt in die Umweltprobleme in der DDR ein und vergleicht die Situation in Ost- und Westdeutschland.

Die Historikerin Sophie Lange bietet einen Einstieg in die Umweltprobleme und die daraus resultierenden Proteste in der DDR. Sie befasst sich dabei auch mit dem Vorgehen und den Organisationsformen der Engagierten.

Stine Marg nimmt aus demokratiewissenschaftlicher Perspektive die Praxis des zivilen Widerstands in den Blick und fragt, unter welchen Voraussetzungen sie als legitim angesehen wird.

Anne Steinmetz und Martin Stief geben konkrete Beispiele einerseits für staatlich organisierten Umweltschutz, andererseits für den Blick der Stasi auf Umweltprotestgruppen. Die akribische Dokumentation der Überwachung durch die Stasi übermittelt viele Erkenntnisse über die Aktionen der Umweltkreise.

Aus der Perspektive eines Zeitzeugen und Aktivisten nimmt uns Christian Halbrock in seinem Erinnerungsbericht mit auf eine Spurensuche zur unabhängigen Umweltbewegung in der DDR.

Tim Eisenlohr berichtet von seiner Zeit in der Ost-Berliner Umweltbibliothek und schlägt die Brücke zum Protest von Fridays for Future.

Über die unterschiedlichen Rahmenbedingungen für Protest in einer Diktatur bzw. Demokratie diskutieren Christian Halbrock und Jana Mestmäcker von der Letzten Generation.

Im Serviceteil stellt Christian Johann das Serious Game „*Natur? Politisch*. Ein Serious Game zum Umweltaktivismus in der DDR“ vor und gibt Einblick in dessen kollaborativen Erarbeitungsprozess.

Judith Mayer berichtet von Workshops, die an der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt zum Thema Umweltschutz in der DDR und der Frage nach aktuellen Bezügen durchgeführt wurden.

Um eine schnelle Orientierung im Thema zu erleichtern und praktische Hinweise für historisch- politische Bildner*innen zu geben, hat Sabrina Pfefferle von der LaG-Redaktion unterschiedliche Bildungsmaterialien der Bundesstiftung Aufarbeitung zusammengestellt und Unterrichtsmaterialien rezensiert.

Wir bedanken uns herzlich bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für die Förderung dieser Ausgabe.

Und wir bedanken uns bei allen Leser*innen, die an unserer Umfrage teilgenommen haben, für das facettenreiche Feedback. Wir freuen uns über die Resonanz und werden einige Anregungen, was wir verbessern oder verändern könnten, gerne aufgreifen.

Das nächste LaG-Magazin erscheint voraussichtlich am 23. Oktober. Es dokumentiert Beiträge der Fachtagung „Friedensprozesse, Friedensschlüsse und Kriegsfolgen“, die der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. am 7. und 8. Februar 2023 in Berlin abgehalten hat.

Wir wünschen allen Leser*innen eine anregende Lektüre!

Ihre LaG-Redaktion

Umweltproteste in Demokratie und Diktatur. Eine Chance für den Geschichtsunterricht – Vorwort

von Katharina Hochmuth, Leiterin des Arbeitsbereichs Schulische Bildungsarbeit bei der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Berlin.

Die aktuelle Ausgabe des LaG-Magazins greift mit dem Thema Umweltbewegungen in vergleichender Perspektive ein globales Narrativ auf, welches inzwischen alle Lebens- und Arbeitsbereiche durchdrungen hat. Fragen nach nachhaltiger Entwicklung, der Erreichung von Klimazielen und einer Reduzierung von Umweltverschmutzung beschäftigen eine ganze junge Generation weltweit. Von den von ihnen gefundenen Lösungen hängen die Lebensbedingungen aller Menschen in Zukunft maßgeblich ab.

Anhand des Beispiels der Umweltbewegungen in der DDR können aktuelle Entwicklungen besser in einen historischen Kontext eingeordnet werden: Umweltverschmutzungen – wie belastete Gewässer, Schadstoffe in der Luft und sterbende Wälder – wirken sich als Kehrseite von hochtechnisierten Konsumgesellschaften nicht erst seit der Industrialisierung auf die Gesundheit und das Leben der Menschen aus. In den 1970er- und 1980er Jahren nahm die Umweltverschmutzung in Deutschland und insbesondere in der DDR extrem zu; gleichzeitig entwickelte sich ein Bewusstsein für diese Fehlentwicklungen; Umweltgruppen bildeten sich und es wurden Protestaktionen organisiert. Doch in welchem politischen und institutio-

nellen Setting fanden die Proteste statt und wie klaffen die gesetzliche Verankerung von Umweltschutz und die gesellschaftliche Realität auseinander?

Die in sich nicht heterogene DDR-Umweltbewegung war gemeinsam mit den Friedensgruppen ein essenzieller Bestandteil der Bürgerrechts- und Oppositionsbewegung, die maßgeblich zur Friedlichen Revolution und zum Ende der DDR beigetragen hat. Viele junge Menschen sind aktiv geworden: Sie haben sich Wissen angeeignet, Wasserproben genommen, mit selbstgedruckten Flugblättern, Protestaktionen sowie der Gründung von Umweltbibliotheken auf die Missstände hingewiesen. Dies geschah oftmals im geschützten Raum der Kirche, war aber immer mit dem Risiko staatlicher Repressionen verbunden.

Die Umweltbewegungen in der DDR verdeutlichen, wie sehr Handlungsspielräume und partizipatorische Möglichkeiten vom jeweiligen System anhängen. Die Auseinandersetzung mit Protestaktionen in der DDR, wie z. B. dem Pleiße-Gedenkmarsch, kann zeigen, unter welchen Bedingungen Proteste in Diktaturen funktionieren und wie sich diese von vergleichbaren Aktionen in Demokratien bis 1989/90 und heute unterscheiden.

Sich mit dem Engagement und den Aktivistinnen und Aktivisten von damals zu beschäftigen, ist auch heute im digitalen Zeitalter mit veränderten Protestformen lohnend. Nachhaltigkeit und Umweltgeschichte sind immer noch zu wenig integraler Bestandteil von Geschichtsunterricht, der sich auch mit der Beziehung von Mensch und Natur beschäftigen muss sowie mit der Frage, welche Einflüsse Politik und Wirtschaft auf diese haben.

Die vielfältigen Beiträge der Autorinnen und Autoren dieses LaG-Magazins eignen sich dazu auf hervorragende Weise. Zudem gibt es noch zahlreiche Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die über ihr Engagement für Umweltfragen

in der DDR berichten; darüber, was sie erreicht haben und welche Folgen dies für ihre persönliche Biografie hatte. Die Entwicklungen nach der deutschen Einheit in der Transformationsphase zeigen, dass sich verseuchte Gebiete und Gewässer erholen können und wie sich veränderte Produktionsbedingungen auswirken. Bei allen bleibenden und neuen Herausforderungen sind hier auch Erfolge zu verzeichnen, an denen die Engagierten aus der DDR-Zeit erheblichen Anteil hatten.

Dieser positive Impetus sollte im Geschichtsunterricht betont werden, um Handlungsspielräume aufzuzeigen. In einer Zeit von multiplen gesellschaftlichen Brüchen und Krisen kann die Auseinandersetzung mit der DDR-Umweltbewegung mit einem fächerübergreifenden geschichtsdidaktischen Ansatz, der mehr auf Hoffnung und Handlungsspielräume abzielt als auf Apokalypse, zu einem tieferen Verständnis junger Menschen für Klima- und Umweltfragen beitragen. Dazu möchte das vorliegende LaG-Magazin einen Beitrag leisten.

Umweltprobleme in der DDR im Überblick und Ost-West- Vergleich

Peter Wensierski

„Im Interesse des Wohlergehens der Bürger sorgen Staat und Gesellschaft für den Schutz der Natur“ – so stand es seit 1968 in der Verfassung der DDR. Damit war der Umweltschutz früher als in der Bundesrepublik als Staatsziel verankert, doch die Realität sah anders aus. Denn die Umweltprobleme innerhalb der DDR waren in allen Regionen deutlich sicht-, riech- und spürbar. Ostdeutschland hatte pro Kopf die höchsten Schadstoff-Emissionen Europas bei Schwefel- und Kohlendioxid, Staub und Schwermetallen (Wensierski 1988: 266ff.). Dies war aber nicht nur für die DDR ein Problem, denn Umweltprobleme machen an Landesgrenzen nicht halt, sie dringen mit Wind und Wasser überall hin und zwingen Staaten zur Zusammenarbeit. So etwa die zwar jahrzehntelang geteilten, doch ökologisch trotzdem eng miteinander verbundenen beiden deutschen Staaten. Flüsse enden nicht an der Grenze und in Berlin herrschte im Winter regelmäßig auf beiden Seiten der Mauer Smog (doch Fahrverbote gab es nur im Westteil der Stadt).

»Die jahrzehntelang geteilten beiden deutschen Staaten waren ökologisch eng miteinander verbunden. Flüsse enden nicht an der Grenze.«

GETEILTE VERANTWORTUNG?

Diese gemeinsame Betroffenheit von wachsenden Umweltproblemen rückte spätestens seit Beginn der 1970er Jahre immer deutlicher ins Bewusstsein der Akteur*innen beiderseits der innerdeutschen Grenze. Um „Schäden und Gefahren für die jeweils andere Seite“ abzuwenden, wurde schon im Zusatzprotokoll zum Grundlagenvertrag im Dezember 1972 an ein Umweltschutz-Rahmenabkommen zwischen Ost- und Westdeutschland gedacht. Erste Gespräche fanden ein Jahr später statt, doch kurz darauf stoppte die DDR die Verhandlungen. Als Grund musste

ausgerechnet die Etablierung des Umweltbundesamtes in West-Berlin im Juli 1974 erhalten – was Ost-Berlin als Verstoß gegen das kurz zuvor geschlossene Viermächteabkommen betrachtete.

Trotz vieler Bemühungen aus Bonn blieb die gemeinsame Arbeit an Umweltthemen zwischen beiden deutschen Staaten deswegen jahrelang auf der Strecke. Erst 1980 einigte man sich darauf, wenigstens Expertengespräche aufzunehmen. Konkret sollte es um die Berliner Gewässer und die durch den Kaliabbau stark belastete Werra gehen. Doch am Ende der zähen zweijährigen Verhandlungen stand nur eine kleine Vereinbarung: Die Bundesrepublik beteiligte sich mit 68 Millionen D-Mark an den Kosten einer bis dahin nicht vorhandenen chemischen Reinigungsstufe dreier Klärwerke in der Umgebung Berlins. Dies wurde als entscheidender Fortschritt gefeiert. Immerhin waren Spree, Havel und die Berliner Seenkette extrem belastet, stark veralgelt und manche Gewässer durch die phosphathaltigen Abwässer aus Brandenburg durch Eutrophierung bereits umgekippt. Mit der chemischen Abwasserreinigungsstufe konnte der Phosphateintrag in den Abwässern, den vor allem die intensive Landwirtschaft verursachte, reduziert werden. Die Einhaltung der Werte wurde nach der Fertigstellung ab 1987 durch die regelmäßige Übermittlung von Messwerten durch die DDR vom Westen kontrolliert.

Das zweite Verhandlungsergebnis betraf die bayerisch-thüringische Grenzregion bei Sonneberg. Dort zahlte die Bundesrepublik 18 Millionen für den Bau einer Kläranlage, um die Verschmutzung des kleinen Flusses Röden durch ungeklärte Abwässer aus der DDR zu verbessern. Denn eine im Westen bereits 1974 errichtete Flusskläranlage vermochte es nicht, die Schäden durch die DDR-Abwässer zu verhindern.

Eine Kläranlage in Sonneberg, drei neue Stufen bei existierenden Kläranlagen in Brandenburg – von großen Erfolgen in Sachen Umweltschutz war man zwischen Ost- und Westdeutschland weit entfernt, auch wenn es weitere Expertengespräche über eine Reduzierung der Werra-Versalzung, Rauchgasentschwefelung, Elbeverschmutzung, Reaktorsicherheit, Abfallwirtschaft und Notfallschutzplanung gab. Während die westlichen Delegationsteilnehmer*innen stets vom Verursacherprinzip ausgingen, argumentierte



Verbrennung von Braunkohle. Die Energiebilanz des Rohstoffs war ineffizient: 80 Prozent gingen bei der Nutzung verloren. © Bundesstiftung Aufarbeitung, Klaus Mehner, 88_1208_WIF_BKohle_26

die DDR mit dem Nutzen- und Vorteilsprinzip. Außerdem war die Einbeziehung West-Berlins für die DDR immer wieder ein kritischer Punkt, denn für sie war die Halbstadt kein Teil der BRD.

Bei der Verschmutzung der Flüsse war der Verursacher klar: ob Elbe, Spree, Werra, Leine, Jeetze, Röden oder Saale – sie alle transportierten

Schadstoffe gen Westen. Bei den Schäden durch Schwefeldioxid, Staub und Flugasche konnte es je nach Windrichtung auch anders aussehen. Bei Helmstedt etwa wechselte die Luftbelastung durch die direkt an der Grenze gelegenen Braunkohle-Kraftwerke Harbke (im Westen) und Buschhaus (im Osten) je nach Windrichtung. Und nahe der Grenze bei Helmstedt und Salzgitter verbrachten beide Staaten radioaktive Abfälle unter Tage, praktisch in einem unterirdisch grenzüberschreitend verbundenen gigantischen Salzstock zwischen Morsleben im Osten und der „Asse“ im Westen. Das Problem bereitet noch heute Kopfzerbrechen wegen möglicher Grundwasserverschmutzung.

»Bei Helmstedt etwa wechselte die Luftbelastung durch die direkt an der Grenze gelegenen Braunkohle-Kraftwerke Harbke (im Westen) und Buschhaus (im Osten) je nach Windrichtung.«

GEHEIMGEHALTENE UMWELTDATEN

Ungelöst blieben damit die größten Umweltprobleme der DDR – die Luftverschmutzung in industriellen Ballungsgebieten, die Belastung des Oberflächen- und Grundwassers durch die industrialisierte Landwirtschaft, das großflächige Waldsterben im Süden der DDR, die massiven Landschaftszerstörungen durch die Braunkohletagebaue sowie die von einigen Atomanlagen und der Wismut-Uranförderung ausgehende radioaktiven Strahlung und Risiken.

Je mehr man in dieser langen Liste der DDR-Umweltsünden auf die konkreten Details schaut, zeigt sich ein seltsam

ressourcen- und menschenverachtendes Agieren in einem Land, das den Menschen zum Mittelpunkt seiner Politik erklärte. Und das Fatale daran war: All diese Probleme konnten nicht öffentlich diskutiert werden. Die DDR-Medien brachten nur Erfolgsartikel; die Bürger*innen wendeten sich zwar an die Behörden, doch selten mit größerem Erfolg. SED und Stasi sorgten sich vor allem darum, dass Umweltschäden oder Unglücke in Betrieben nicht öffentlich wurden. Sämtliche Umweltdaten unterlagen der Geheimhaltung und das Gesetz zur Geheimhaltung von Umweltdaten war selbst wiederum geheim. So wie die DDR laut ihrem Staatsnamen eine demokratische Republik war, so war sie auf dem Papier eine umweltfreundliche Republik. Noch vor der Bundesrepublik gab es 1972 in Ost-Berlin einen Umweltminister und ein „Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft“. Ein formal umfassendes, gut klingendes „Landeskulturgesetz“ hatte die DDR – als zweites europäisches Land nach Schweden – schon 1970 erlassen. Es ging ihr dabei um internationales Ansehen – schließlich konnte sie, damals von nur wenigen Staaten anerkannt, gleichberechtigt neben der Bundesrepublik an der ersten Internationalen Umweltkonferenz 1972 in Stockholm teilnehmen. Das Landeskulturgesetz sollte die natürlichen Lebens- und Produktionsgrundlagen erhalten, aber auch dafür sorgen, dass sie „effektiv genutzt“ wurden. Letzteres bedeutete, dass der Umweltschutz grundsätzlich ökonomischen Zielen untergeordnet blieb.

»So wie die DDR laut ihrem Staatsnamen eine demokratische Republik war, so war sie auf dem Papier eine umweltfreundliche Republik.«

NACHHALTIGKEIT IM ALLTAG

Gleichwohl verwies die DDR häufig auf mehr als 400 deklarierte Landschafts- und Naturschutzgebiete, die rund 18% der DDR-Gesamtfläche einnahmen. Viele ehemalige DDR-Bürger*innen erinnern sich noch heute gerne an das SERO-Ablieferungssystem als Recycling wertvoller Altstoffe, an dem sich ganze Generationen von Kindern, Schulklassen und FDJ-Gruppen beteiligten. Mit Altpapier, Flaschen, Lumpen, Plastik oder Metallschrott ließ sich jedes Taschengeld und manche Klassenkasse aufbessern. Man zog von Haustür zu Haustür und fragte nach „Wertstoffen“. Das DDR-Fernsehen erklärte, wie viel Rohstoffe und Geld die sozialistische Republik auf diese Weise einsparte. Ein Kilo



Steinzeugkombinat Bitterfeld mit rauchenden Schornsteinen im November 1981. © Bundesstiftung Aufarbeitung, Harald Schmitt, 81 1142 001FV

„Plaste“ brachte 1 DDR-Mark, Kupfer 2,50. Das ergab einen hohen Wiederverwertungsanteil.

Zudem war die DDR keine Wegwerfgesellschaft, repariert wurde alles und jedes, worauf viele zwischen Rügen und dem Erzgebirge zu Recht noch heute stolz sind. Auch der Straßenverkehr war geringer als im Westen, Möbel und Kleidung wurden

länger genutzt. Doch trotz geringerem Straßenverkehr: Der Trabant war ein krankmachender Umweltverschmutzer und viele DDR-Bürger*innen erlebten in ihrem Alltag eine immense Energieverschwendung: Selbst im Winter ständig geöffnete Fenster in schlecht regulierbaren, ferngeheizten Büros, dauerbrennende Straßenlaternen sowie defekte Sanitäranlagen, bei denen Frischwasser monatelang direkt im Abfluss verschwand. Ganz abgesehen von der Energieverschwendung durch veraltete, stromfressende Anlagen in den Betrieben.

»Zudem war die DDR keine Wegwerfgesellschaft, repariert wurde alles und jedes, worauf viele zwischen Rügen und dem Erzgebirge zu Recht noch heute stolz sind.«

UMWELTSCHUTZ UND OPPOSITION

Erst nach dem Fall der Mauer gab es Klarheit darüber, in welcher dramatischen Umweltsituation sich die DDR befand. Nun ließ sich nichts mehr geheim halten oder beschönigen. Schon seit 1979 hatte eine zunehmende Zahl nichtstaatlicher Umwelt-Aktionsgruppen, vor allem unter dem Dach der evangelischen Kirche, die Umweltverschmutzung kritisiert. Sie wurden von der Stasi überwacht und nach Möglichkeit „zersetzt“. Das änderte nichts daran, dass die sichtbar verseuchte Umwelt immer mehr Menschen empörte und auch als Argument zur Begründung eines Ausreiseantrages diente. Umweltschutz wurde zum Dauerthema der Oppositionsbewegung. Als Reaktion darauf gründete die DDR 1980 eine Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU), die allerdings keinen nennenswerten Einfluss nehmen konnte.

Die unabhängigen Umweltgruppen spielten bei der Mobilisierung im Herbst 1989 eine wichtige Rolle. Etliche Aktive fanden sich in der – allerdings kurzlebigen – Massenbewegung Neues Forum zusammen und wirkten dann an den Runden Tischen mit, wo sie versuchten, Einfluss auf umweltpolitische Zielsetzungen beim ökologischen Umbau Ostdeutschlands zu nehmen. Eine Gemeinsame Umweltkommission bewertete bereits im Februar 1990 die Situation als dramatisch. Nach und nach wurden geheim gehaltene Berichte der DDR-Regierung öffentlich. So war seit Jahren schon intern das Gebiet um Bitterfeld als unbewohnbar für Kinder eingestuft worden, ohne es der Bevölkerung mitzuteilen. Missbildungen, Krankheiten, sogar Todesfälle bei Kleinkindern waren stillschweigend hingenommen worden.

»Die unabhängigen Umweltgruppen spielten bei der Mobilisierung im Herbst 1989 eine wichtige Rolle.«

Daher kam es ziemlich schnell zur Stilllegung von Atomkraftwerken, zur Abschaltung besonders veralteter Anlagen der Kohleindustrie sowie einem schrittweise verabredeten Ausstieg aus der Braunkohle durch Schließung von Tagebauen. Auch die Uranförderung wurde aufgegeben. Nach Ende der Geheimhaltung wurde klar: Die Folgeschäden würden nur mit einem milliarden schweren Sanierungsprogramm behoben werden können.

AUSBLICK

Nach der Vereinigung wurden die in der Bundesrepublik geltenden Umweltgesetze auf das ehemalige Gebiet der DDR übertragen, was zu erheblichen Schadstoffreduzierungen führte. Andere Probleme entstanden jedoch durch Anstieg des Verkehrs, mehr Müllaufkommen, mehr Zersiedelung.

Insgesamt hatte die DDR allerdings auch weite, zwar belastete, aber wertvolle Landstriche, die ökologisch erfolgreich umgebaut werden konnten. So kam es zur Festlegung neuer Nationalparks und Biosphärenreservate durch Michael Succow, einen der grünen Aktivisten, der 1990 noch stellvertretender Umweltminister geworden war und dafür später den Alternativen Nobelpreis erhielt. 4,5% des DDR-Gebietes wurden dank seiner Initiative ökologisches

Schutzgebiet. Selbst der „Todesstreifen“, jene knapp 1400 Kilometer lange innerdeutsche Grenze, hat sich heute als „grünes Band“ in ein Biotop verwandelt und wurde von der Bundesregierung zum „nationalen Naturerbe“ erklärt. Wer hätte das gedacht, als dort noch alles mit Chemikalien entlaubt wurde und Minen, Selbstschussanlagen und Wachtürme abschreckten?

LITERATUR



Wensierski, Peter: Ökologische Probleme und Kritik an der Industriegesellschaft in der DDR heute, Köln 1988.

Autor:in



Peter Wensierski berichtete von 1978 bis 1990 als West-Journalist aus der DDR über die Oppositionsbewegung in Jugend-, Kirchen-, Künstler- und Intellektuellenkreisen. Er besuchte Massenveranstaltungen der SED ebenso wie Kirchentage, Synoden oder Punkkonzerte, Bluesmessen und Friedenswerkstätten. Darüber entstanden Bücher, zuletzt „Jena-Paradies“, sowie zahlreiche Dokumentarfilme.

Umweltprotest in der DDR

Sophie Lange

Heute kleben sich immer wieder junge Menschen, von der Presse „Klimakleber“ genannt, auf die Straße. Sie legen den Verkehr lahm, um auf den menschengemachten Klimawandel hinzuweisen und politisches Handeln einzufordern. Es zeigt sich: Protestkulturen und -formate wandeln sich im Laufe der Zeit. Früher waren es in der alten Bundesrepublik überwiegend angemeldete Großdemonstrationen, Landbesetzungen – wie etwa die „Republik Freies Wendland“ der Anti-Atom-Protestierenden – oder Schornsteinbesteigungen von Greenpeace und Robin Wood. Diese gestalteten sich nicht immer friedlich, wie die „Schlacht um Grohnde“ 1977 oder die gewaltvollen Auseinandersetzungen mit der Polizei um Wackersdorf und Brokdorf in den 1970er und 1980er Jahren – Orte, an denen ein Atomkraftwerk oder eine atomare Wiederaufbereitungsanlage gebaut werden sollten – zeigen.

UMWELTAKTIVISMUS IN DER DDR

Wie sah jedoch Protest in einem unfreien Land wie der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) aus? Konnte es ihn überhaupt geben, und wenn ja, welche Formen nahm er an? Selbst eine angemeldete Demonstration konnte in der DDR als „Zusammenrottung“ oder ähnliches von den Sicherheitsbehörden wie der Volkspolizei oder dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) bewertet werden und war somit strafbar. Daher galt es im Rahmen dieser Diktatur, die der Meinung war, Umweltschutz auf ihre sozialistische Weise gut regeln zu können, andere kreative Mittel und Wege zu finden, um Umweltprobleme erst einmal zu thematisieren und damit das Informationsmonopol des Staates aufzubrechen.

»Wie sah jedoch Protest in einem unfreien Land wie der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) aus?«

Ende der 1970er, Anfang der 1980er Jahre gründeten sich immer mehr Umweltgruppen unter dem schützenden Dach der evangelischen Kirche, die ihnen den nötigen,

gleichwohl begrenzten Freiraum bot. Der Staat reagierte darauf, indem er seinerseits mit der Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) eine offizielle Massenorganisation im Rahmen des Kulturbunds der DDR schuf. Dem Historiker Christian Möller zufolge gehörten der GNU zuletzt etwa 60.000 Mitglieder an, während die alternativen Umweltaktiven auf ca. 550 bis maximal 1.500 Personen geschätzt werden können (Möller 2020: 287, 305f.).

LUFTVERSCHMUTZUNG ALS GRÖSSTES PROBLEM

Eines der größten und sichtbarsten Umweltprobleme, mit dem sich die DDR herumschlug, war die Luftverschmutzung. Die Kohlekraftwerke waren zusehends extrem veraltet. Filtertechnologie, um schadhafte Schwefeldioxide und Ruß aus der Luft herauszuhalten, gab es kaum. Laut dem ersten und letzten veröffentlichten Umweltbericht der DDR stieß der Staat im Jahr 1989 etwa 2,2 Mio. Tonnen Staub und 5,2 Mio. Tonnen Schwefeldioxid in die Luft (Institut für Umweltschutz 1990: 7). Weiße Wäsche, die in Leipzig draußen hing, wurde oftmals vom Ruß schwarz gefärbt und musste noch einmal gewaschen werden. Die Hustenkrankheit Pseudo-Krupp bei Kindern war keine Seltenheit. Doch wie dagegen in einem Land protestieren, das offiziell verkündet, alles sei in Ordnung?

Dementsprechend gestaltete der Protest sich oft unauffällig: So wurde etwa von einer Initiative aus Dresden 1986 die Aktion „Saubere Luft für Ferienkinder“ ins Leben gerufen. Hier wurden Schulkinder aus dem industriell stark umweltbelasteten Süden der DDR in den weniger belasteten Norden zur Erholung geschickt. 1987 sammelte das Christliche Umweltseminar Rötha Unterschriften gegen die Luftverschmutzung aus dem Braunkohlekraftwerk Espenhain. Da Unterschriften aber nicht einfach so gesammelt werden durften, verbanden sie ihren überregionalen Appell mit einer Spendenaktion: „Eine Mark für Espenhain!“ fand, obwohl ebenfalls nicht genehmigt, ca. 100.000 Spender*innen und machte darüber auf die Luftverschmutzung aufmerksam. Weitere friedliche Protestaktionen, denen die Staatsmacht relativ wenig entgegensetzen konnte, waren Fahrradkorsos, Baumpflanzaktionen oder auch der Aktionstag „Mobil ohne Auto“.

DAS INFORMATIONSMONOPOL DER SED

Schwieriger, als mit solchen Aktionen Aufmerksamkeit für das Thema zu erregen, war es mit der Informationsgewinnung. Der Staat hielt sich bedeckt. Informationen zur Umwelt waren spätestens seit 1982 als „geheim“ eingestuft. Ihre Sammlung, Veröffentlichung und Verbreitung konnte als „Geheimnisverrat“ geahndet werden. Dennoch trugen die kirchlichen Umweltgruppen Informationen zusammen und veröffentlichten diese in selbst herausgegebenen Publikationen als sogenannten Samisdat. Denn Daten waren die Grundlage für ihre Bemühungen, in der Gesellschaft etwas zu verändern.

»Informationen zur Umwelt waren spätestens seit 1982 als 'geheim' eingestuft.«



Michael Beleites:
Pechblende. Der Uran-
bergbau in der DDR
und seine Folgen.
© Michael Beleites

Die Forderungen der DDR-Umweltschutzgruppen unter dem Dach der evangelischen Kirche beschränkten sich nicht auf Umweltthemen. Sie schlossen auch Meinungs-, Versammlungs-, Informations- und Reisefreiheit ein. Als wohl wichtigste Zentren mit eigenen Veranstaltungen und Publikationen sind die Berliner Umweltbibliothek, das grün-ökologische Netzwerk Arche und das kirchliche Forschungsheim in Wittenberg zu nennen. Hier entstanden wissenschaftlich unterfütterte Untersuchungen wie das „Erfurter Filterpapier“ (Grün-ökologisches Netzwerk Arche/Evangelische Studentengemeinde), das sich mit der Luftverschmutzung auseinandersetzte, oder „Pechblende“, eine heimlich zusammengetragene Studie zum Uranbergbau in der DDR von Michael Beleites.

INTER- UND TRANSNATIONALE VERNETZUNG

Eine wichtige Informationsquelle für die Umweltbewegten in der DDR waren sicherlich die westdeutschen Grünen. Doch geriet über diesen Kontakt und ihre Themensetzung manch spezifisches DDR-Umweltproblem wie der Stadtkernzerfall oder die Landwirtschaft eher aus dem Blick. Die 1980 in der Bundesrepublik neugegründete Partei Die Grünen galt vielen Engagierten in der DDR als Vorbild für Aktio-

nen und Aktionismus und sie lieferte Informationen mittels Zeitungen und Büchern sowie materielle Unterstützung. Auch die Organisation Greenpeace unterstützte und überließ etwa der Arche einen Messkoffer, damit diese selbst Daten zur Verschmutzung von Gewässern erheben konnten.

Ebenfalls wichtig war der Kontakt zum West-Fernsehen. Unter den DDR-Umweltgruppen war dieser mediale Weg allerdings nicht ganz unumstritten. Einerseits erhöhte diese Art der Öffentlichkeit die Gefahr einer Verhaftung. Andererseits wurde so nicht nur die westdeutsche Bevölkerung informiert, denn ARD und ZDF strahlten bis weit in die DDR hinein aus und konnten von der dortigen Bevölkerung empfangen werden. Das Fernsehen mit seiner Reichweite konnte also deutlich mehr Menschen über den Zustand der Umwelt in der DDR aufklären als es der Samisdat vermocht hätte.

Hauptsächlich aufgrund der beschränkten Reisefreiheit blieb der Kontakt zu den Grünen und anderen westdeutschen Gruppen jedoch sehr einseitig, sporadisch und vor allem auf die Besuche aus dem Westen angewiesen. Ansatzweise besser sah es mit der Vernetzung im osteuropäischen Raum aus. Zum Beispiel kamen über die Organisation „Greenway“ osteuropäische Umweltgruppen auch mit Aktiven aus den Niederlanden und der Bundesrepublik zusammen. Die Treffen wurden teilweise als Sprachseminare getarnt. Zentren dieses Netzwerkes waren Polen und Ungarn. Allerdings wurden in der DDR aktive Einzelpersonen zuweilen an der Ausreise und Teilnahme an solchen Veranstaltungen gehindert. Das bedeutete keineswegs die vollkommene Isolierung von DDR-Umweltgruppen, jedoch eine starke Einschränkung ihrer Bewegungsfreiheit und ihres Aktionsradius. Deshalb waren sie auf Personen angewiesen, die Informationen und anderes überbrachten. Diese Rolle spielte etwa der polnische Wissenschaftler Dr. Zygmunt Fura aus Krakau, der auf seinen beruflichen Reisen zwischen Ost und West auch als eine Art Überbringer von Nachrichten fungierte. Die Situation der im Osten Engagierten blieb dennoch isoliert. Daraus resultierte schließlich eine – im November 1985 beim zweiten Berliner Öko-Seminar, einer von unterschiedlichen Umweltgrup-

»Die 1980 in der Bundesrepublik neugegründete Partei Die Grünen galt vielen Engagierten in der DDR als Vorbild für Aktionen und Aktionismus und sie lieferte Informationen mittels Zeitungen und Büchern sowie materielle Unterstützung.«

pen organisierten Veranstaltungsreihe – gewählte Formulierung: Man verstehe sich innerhalb einer weltweit agierenden Bewegung als „selbständige in der DDR wirkende Gruppierung“ (Basispapier zur Ökologiediskussion auf dem 2. Berliner Öko-Seminar 1985: Bl. 25).

UMWELTBEWEGUNG HEUTE

Nach der Wiedervereinigung gestaltete sich das Zusammengehen der unterschiedlichen Gruppen in Ost und West schwierig oder wurde gar nicht erst vollzogen, da manche eigenständig bleiben wollten. Die noch Anfang 1990 gegründete Grüne Liga ist beispielsweise nur in den neuen Bundesländern und Berlin aktiv. Das erfolgreichste Beispiel für ein gelungenes Zusammengehen zwischen Ost und West war sicherlich der Zusammenschluss zwischen dem westdeutschen Bund für Vogelschutz (DBV) und dem vor allem aus GNU-Gruppen heraus neugegründeten Naturschutzbund der DDR zum Naturschutzbund Deutschland e.V. (ab 1992 NABU). Erst die Bildung neuer Bündnisse – wie etwa Extinction Rebellion oder die Letzte Generation – vereint junge Generationen aus Ost und West mehr als dreißig Jahre nach der Einheit Deutschlands. Dazu wandelten sich die Themen: Von den sichtbaren industriellen Umweltproblemen wanderte der Fokus immer mehr zur schwerer fassbaren Klimakrise. Die Frage ist nun, ob die Aktivisten und Aktivistinnen der älteren Jahrgänge die neuen Protestkulturen und anderen Schwerpunktsetzungen mittragen.

»Erst die Bildung neuer Bündnisse – wie etwa Extinction Rebellion oder Die letzte Generation – vereint junge Generationen aus Ost und West mehr als dreißig Jahre nach der Einheit Deutschlands.«

QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

Bestände Robert Havemann Gesellschaft (RHG):



Basispapier zur Ökologiediskussion auf dem 2. Berliner Öko-Seminar, 8.–10.11.1985, in: RHG, SWV, Bd. 2/1, Bl. 11–26.



Das Erfurter Filterpapier, hrsg. von Matthias Voigt und Andreas Koth, „Zentralorgan“ des 2. Ökumenischen Luftseminars vom 22. bis 24. September 1989 in Erfurt, in: RHG, PS 034.



Ault, Julia E.: Saving Nature Under Socialism. Transnational Environmentalism in East Germany, 1968–1990, Cambridge 2021.



Beleites, Michael: Pechblende. Der Uranbergbau in der DDR und seine Folgen, Wittenberg 1988.



Beleites, Michael: Dicke Luft: Zwischen Ruß und Revolte. Die unabhängige Umweltbewegung in der DDR (Schriftenreihe des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen 16), Leipzig 2016.



Institut für Umweltschutz (Hrsg.): Umweltbericht der DDR. Information zur Analyse der Umweltbedingungen in der DDR und zu weiteren Maßnahmen, Berlin 1990.



Kirchhof, Astrid M.: „For a decent quality of life“: Environmental groups in East and West Berlin, in: Journal of Urban History Jg. 4. (2015), H. 4, S. 625–646.



Lange, Sophie: Deutsch-deutsche Umweltpolitik 1970–1990. Eine Verflechtungsgeschichte im internationalen Kontext des Kalten Krieges (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte), Oldenburg 2023 (Erscheinungsdatum 13. November 2023).



Möller, Christian: Umwelt und Herrschaft in der DDR. Politik, Protest und die Grenzen der Partizipation in der Diktatur (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft 234), Göttingen 2020.



Steinmetz, Anne-Kathrin: Landeskultur, Stadtökologie und Umweltschutz. Die Bedeutung von Natur und Umwelt 1970 bis 1989. Eine deutsch-deutsche Betrachtung, Berlin 2017.

Autor:in



Dr. Sophie Lange ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Erfurt im Verbundprojekt Towards Illiberal Constitutionalism in East Central Europe. Sie hat 2021 an der Humboldt-Universität zu Berlin zum Thema „Deutsch-deutsche Umweltpolitik im internationalen und gesellschaftlichen Kontext des Kalten Krieges 1970-1990“ promoviert. Die Arbeit erscheint Ende 2023 bei DeGruyter Oldenbourg.

Praxis des zivilen Widerstands

Stine Marg

Die Letzte Generation ist gegenwärtig in der öffentlichen Debatte so präsent wie wenige andere Protestformationen, auch, weil sie auf nicht alltägliche Protestformen zurückgreift: Unter anderem blockiert sie Straßen und bewirft Gemälde mit Kartoffelbrei. Jenseits dieser – oft als Ordnungswidrigkeit verfolgten – Aktionen hat die Bewegung mit der Sabotage an Pipelines allerdings auch strafrechtliche Grenzen überschritten. Die Letzte Generation selbst nennt solche Akte zivilen Ungehorsam oder zivilen Widerstand. Sie ist davon überzeugt, dass diese Praxis angesichts des drohenden Klimawandels notwendig sei, da die Regierung aus ihrer Perspektive nicht genug gegen ihn unternahme.

Doch was heißt ziviler Widerstand? Und inwiefern ist dieser in einer demokratischen Gesellschaft legitim? Denn: Wenn in einer Demokratie die Politiker:innen vom Volk gewählt und Gesetze durch die Legislative erlassen werden – das Recht also durch das Volk selbst gesetzt wird – ist Widerstand durch das Volk dann überhaupt legitim? Dieser Gedanke soll anhand eines cursorischen Blicks auf die Letzte Generation vor der historischen Folie der DDR-Umweltproteste verfolgt werden.

WELCHE ZIELE VERFOLGT DIE LETZTE GENERATION?

Mit ihren vielfältigen und ungewöhnlichen Aktionen möchte die Letzte Generation Öffentlichkeit herstellen und ein Bewusstsein für die Dramatik der Situation schaffen. Das Bündnis fordert von Politiker:innen, dass diese die Klimakrise anerkennen und einen umfassenden Plan vorlegen, um der Krise zu begegnen – also nicht wirkungslose Selbstverpflichtungen wie das Übereinkommen von Paris (2015) oder halbherzige Marktlösungen wie den Emissionshandel. Stattdessen müssten sofort einschneidende, den Alltag und die Produktion verändernde Maßnahmen umgesetzt werden, um bis zum Jahr 2030 klimaneutral zu werden. Um diese abstrakten Ziele im Handeln der Menschen zu

verankern, fokussierte die Letzte Generation zunächst alltagspraktikable Forderungen wie den Verzicht auf Lebensmittelverschwendung. Allmählich verschob sich der Fokus auf grundlegendere Themen wie Agrarwende, Vermeidung des Ausstoßes klimaschädlicher Gase durch den Verzicht auf fossile Infrastruktur, keine weitere Förderung von Öl in der Nordsee, Verbot von Privatjets und Einführung eines Tempolimits. Darüber hinaus verlangt sie mit der Einführung eines Bürger:innenrates eine strukturelle Änderung des politischen Systems. Der Rat soll sich aus circa 160 zufällig ausgelosten Personen zusammensetzen, die die Bevölkerung Deutschlands soziökonomisch repräsentieren, und – unterstützt durch Expert:innen – für die Politik bindende Entscheidungen formulieren, wie die Emissionen in den nächsten sieben Jahren auf nahezu null herabgesenkt werden könnten. Mit dem Bürger:innenrat möchte die Letzte Generation den von der Gruppe identifizierten Schwächen der repräsentativen Demokratie begegnen. Ein Rat erreiche eine „faktische“ statt „elitäre“ Repräsentation, parteipolitische Interessen, die sonst konstruktive Lösungen blockierten, würden ausgeschlossen, Wahlzyklen, die das Denken in kurzfristigen Etappen statt langfristigen Horizonten prämierten, würden umgangen und Lobbyismus sowie Korruption könnten verhindert werden (vgl. Letzte Generation 2023b).

»Mit dem Bürger:innenrat möchte die Letzte Generation den von der Gruppe identifizierten Schwächen der repräsentativen Demokratie begegnen.«

DER ZIVILE WIDERSTAND DER LETZTEN GENERATION

Trotz mitunter massiver Kritik hält die Bewegung an der Straßenblockade als zentraler Aktionsform fest. Dabei geht es nach eigener Aussage in erster Linie nicht darum, die betroffenen Autofahrenden zu sensibilisieren, mit ihnen ins Gespräch zu kommen oder sie von der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs zu überzeugen. Vielmehr ist die Blockade eine Inszenierung, die mediale Aufmerksamkeit erzeugen soll (Kumkar 2022). Adressiert werden damit verschiedene Akteursgruppen. Zunächst die Politik, deren von der Bewegung diagnostizierte Untätigkeit durch die Straßenblockaden und deren Konsequenzen angesprochen werden soll. Ein weiteres Ziel ist eine langfristige Überlastung der Polizei und der Justizbehörden. Außerdem er-



Straßenblockade Treptower Park. © Jakob Schäfer

möglichen die Blockaden den Aktivist:innen Selbstwirksamkeitserfahrungen, was einen Kontrapunkt zu den verbreiteten Ohnmachtsgefühlen angesichts der Klimakrise bilden kann.

Die Letzte Generation setzt auf friedlichen zivilen Widerstand als strategisches Instrument, um

Veränderungen innerhalb demokratischer Gesellschaften hervorzurufen. Die Straßenblockade – nicht zu verwechseln mit einer angemeldeten Straßendemonstration – stellt jedoch vor dem Gesetz mindestens eine Ordnungswidrigkeit dar. Und auch wenn der Verfassungsschutz die Letzte Generation nicht für extremistisch hält (aber wohl einige Aktivist:innen als kriminell einstuft, vgl. Küstner 2023), ermitteln bayrische Justizbehörden momentan gegen die Aktivist:innen und der Betreiber des Düsseldorfer Flughafens prüft rechtliche Schritte bzw. Schadensersatzforderungen gegen die Bewegung aufgrund einer Rollfeldblockade.

»Die Letzte Generation setzt auf friedlichen zivilen Widerstand als strategisches Instrument, um Veränderungen innerhalb demokratischer Gesellschaften hervorzurufen.«

KURZE THEORIE DES ZIVILEN UNGEHORSAMS

Die theoretische Figur des zivilen Ungehorsams oder zivilen Widerstands – überwiegend synonym gebraucht – wird meist auf den 1817 geborenen Schriftsteller und Philosophen Henry David Thoreau zurückgeführt (Braune 2017). Thoreau argumentierte in einem Brief an die Steuerbehörden, dass er zukünftig nicht mehr zur Zahlung von Abgaben bereit sei, da er keinen demokratischen Staat unterstützen wolle, der Sklaverei fördert und einen Expansionskrieg gegen Mexiko führt. Mahatma Gandhi und Martin Luther King, im 20. Jahrhundert einflussreiche Praktiker des zivilen Ungehorsams, beriefen sich auf Thoreau. Kings Kampf gegen Diskriminierung und Rassismus in der US-Gesellschaft und Gandhis Einsatz für die Unabhängigkeit Indiens von Großbritannien sind auch Vorbilder der Letzten Generation.

Die theoretische Reflexion des zivilen Ungehorsams wurde Ende der 1960er und Anfang der 1970er Jahre durch den Philosophen John Rawls und die Theoretikerin Hannah Arendt vorangetrieben. Rawls, in dessen Denken die Freiheit des Einzelnen und die Gerechtigkeitsprinzipien sozialer Institutionen im Zentrum standen, hielt den Rechtsbruch durch zivilen Widerstand innerhalb einer liberalen demokratischen Gesellschaft nur dann für gerechtfertigt, wenn dadurch langfristig der demokratische Rechtsstaat gestärkt werde. So könne, bspw., wenn die Bürger:innen neue Anforderungen an staatliche Institutionen stellten oder wenn neues Wissen hervorgebracht werde, ziviler Ungehorsam ein Mittel sein, Veränderungen in der demokratischen Gesellschaft zu bewirken.

Arendt grenzte zivilen Widerstand vom individuellen Handeln aus Gewissensgründen ab. Ihr zufolge erfordert der Rechtsbruch des zivilen Widerstands Pluralität und Öffentlichkeit, d.h. einer öffentlichen Rechtfertigung und des Handelns in einer Gruppe. Da sich ziviler Widerstand nach Arendt überdies auf die Beziehung der Bürger:innen zum Gesetz konzentrieren sollte und sein Ziel nur die Stärkung, nicht aber die Abschaffung der Demokratie sein könne, gilt ihr Gewaltfreiheit als zentrales Kriterium. Der Philosoph Jürgen Habermas äußerte sich in den 1980er Jahren ähnlich: Ziviler Widerstand gelte in einer demokratischen Gesellschaft dann als legitimes Instrument, wenn er durch ein Kollektiv öffentlich praktiziert werde, gewaltfrei sei, sich auf Gewissens- bzw. Gerechtigkeitsgrundsätze berufe, die offen reflektiert werden, und wenn die Strafe für den Rechtsbruch akzeptiert werde. Bei Beachtung dieser Prinzipien führe der Bruch des kodierten Rechts innerhalb einer Demokratie nicht zwangsläufig dazu, dass die Handelnden als kriminelle Subjekte deklassiert würden. Sie könnten vielmehr als Bürger:innen gelten, die auf Missstände aufmerksam machen, die eine demokratische Gesellschaft nicht länger hinnehmen kann. Das heißt jedoch nicht, dass jeglicher Rechtsbruch durch eine soziale Bewegung automatisch als ziviler Ungehorsam klassifiziert werden kann. Erfüllt also die Praktik der Straßenblockade die theoretischen Voraussetzungen des zivilen Widerstandes?

Auch wenn gelegentlich das Argument benutzt wird, dass die Straßenblockade Nötigung sei, verhalten sich die Aktivist:innen auf der Straße deeskalierend und verzichten

auch auf verbale Gewalt. Anders als bei der klassischen Unterscheidung zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Menschen geht die Letzte Generation von einem Spektrum der Gewalt aus, an dessen einem Ende die Gewalttätigkeit steht, die neben aktiver Gewalt auch Verachtung, Falschheit, Manipulation und Arroganz beinhalten kann. Auf der anderen Seite des Spektrums stehe nicht Gewaltfreiheit, sondern Teilnahmslosigkeit, Passivität, Schlawheit und Apathie. Zwischen Teilnahmslosigkeit und Gewalttätigkeit liege die „aktive Gewaltfreiheit“, die Engagement, Stärke, Respekt, Wahrheit, Aufrichtigkeit, Vertrauen, Wärme und Demut bedeute und das praktische Ziel der Bewegung sei (Letzte Generation 2023c).

Anhand zweier Beispiele lässt sich dieses Spektrum der Gewalt verständlicher machen. Das eine ist die Aufforderung der Polizei, anlässlich einer Straßenblockade die Fahrbahn zu räumen. Komme man dem nach, erzeuge man keine Spannung, praktiziere Schlawheit, verhalte sich demzufolge teilnahmslos. Das andere Beispiel ist der Streit eines Fahrzeugführers mit einem Aktivist im Zusammenhang mit einer Blockade. Würde der Aktivist in diese Auseinandersetzung einsteigen, verhalte er sich gleichermaßen gewaltvoll. Da aber die direkte Auseinandersetzung mit den blockierten Verkehrsteilnehmenden gar nicht im Zentrum der Aktion steht, sei dieses Verhalten zu vermeiden.

Die Letzte Generation hat demzufolge ein reflektiertes Verhältnis zur Gewaltfreiheit ihrer Aktionen, exkludiert jedoch gleichzeitig den politischen Streit aus der Öffentlichkeit. Führt man die Argumentation der Bewegung konsequent fort, gehört die öffentliche Auseinandersetzung, der Austausch von Argumenten, zur Praxis der Gewalt und ist zu vermeiden. Da die Richtung der Handlung für die Aktivist:innen klar ist – Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahr 2030 – ist der Diskurs darüber, so könnte man überspitzt formulieren, für die Letzte Generation überflüssig. Eine Tendenz der Entpolitisierung des zivilen Widerstands durch die Bewegung ergibt sich überdies auch aus der Ästhetisierung der Protesthandlungen: Kartoffelbrei und Tomatensuppe erzeugen aufsehenerregende Bilder, doch in Folge wird – wie bereits Nils Kumkar (2022) feststellte – primär über den durch die

»Die Letzte Generation hat demzufolge ein reflektiertes Verhältnis zur Gewaltfreiheit ihrer Aktionen, exkludiert jedoch gleichzeitig den politischen Streit aus der Öffentlichkeit.«

Letzte Generation erzeugten Skandal debattiert, während das durch die Protestformation in die Öffentlichkeit eingebrachte Thema in den Hintergrund tritt. Und gerade, weil die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Klimawandel durch die Praxis der Letzten Generation selbst in den Hintergrund gedrängt und der öffentlichen Aufmerksamkeit entzogen wird, bleibt die Prüfung der Gerechtigkeitsgrundsätze und die öffentliche Rechtfertigung für ihr Handeln im Vergleich dazu eher vage. Damit ist ein zentrales Element des zivilen Ungehorsams nur in Ansätzen erfüllt.

UMWELTPROTEST IN DER GESCHICHTE

Die Letzte Generation kann als Protestformation in die globale Klimabewegung eingeordnet werden. Diese konzentriert sich seit den 2010er Jahren auf das Problem, dass der durch die Menschen verursachte Klimawandel die Lebensgrundlagen aller Erdbewohner:innen bedroht. Insbesondere Fridays for Future macht in Deutschland seit dem Jahr 2018 öffentlichkeitswirksam auf diese Problemlage aufmerksam, doch hat die Klimabewegung historische Vorläufer. Der drohende Verlust einer lebenswerten und -förderlichen menschlichen Umwelt wird bereits seit dem späten 19. Jahrhundert thematisiert. Im Zeitalter der Industrialisierung wurde ein vermeintlich ursprüngliches Naturerlebnis dem Leben in den Metropolen entgegengesetzt und Natur- bzw. Heimatschutz betrieben. An diese Ideen schloss die die Umwelt- und Ökologiebewegung seit den 1970er Jahren an. Als eine der Neuen Sozialen Bewegungen ging in der Bundesrepublik aus diesen vielfältigen Umweltgruppen mit den Grünen schließlich eine eigene Partei hervor.

Die sichtbare Verschmutzung der Umwelt war auch in der DDR so evident, dass hier ebenfalls Umweltgruppen entstanden (Halbrock 2011). Ein zentrales Anliegen war es, dem Informationsdefizit zu begegnen, da Umweltprobleme in der DDR offiziell kaum thematisiert wurden, schon gar nicht, wenn deren Verursachung volkseigenen Betrieben und Kombinatzen zuzuschreiben war. Einigen Umwelt-Aktivist:innen ging es darüber hinaus nicht nur um die Bearbeitung der Umweltprobleme, sondern um elementare demokratische Rechte. Sie gerieten dadurch in den Verdacht, Staatsfeinde zu sein.

WIDERSTAND ODER PROTEST?

In der BRD sind spätestens seit der Modernisierung durch die 68er-Bewegung Protestformationen und soziale Bewegungen ein alltägliches Phänomen und als zivilgesellschaftliche Akteure nicht mehr wegzudenken. Demgegenüber stehen Protestgruppen in nicht-demokratischen Regimen vor Herausforderungen: Insbesondere in der sozialistischen Einheitsgesellschaft der DDR war Protest eine voraussetzungsreiche Angelegenheit für die Individuen. Zunächst galt es, sich aus den geistigen Bindungen der totalitären Gesellschaftsordnung zu befreien und als Bürger:in den Mut zu haben, als handelndes Subjekt in Erscheinung zu treten (Neubert 2002: 276). Gesellschaft abseits der Massenorganisationen mitzugestalten, war keine alltägliche Praxis im Sozialismus. Die Umweltgruppen in der DDR mussten sich zunächst gegen die offiziellen Verlautbarungen positionieren, indem sie das Problem definierten; demgegenüber adressieren die Aktivist:innen der Letzten Generation eine in der Gesellschaft hinlänglich bekannte Problemlage. Durch den Verweis auf die totgeschwiegenen Umweltprobleme kritisierten die Aktivist:innen in der DDR mindestens indirekt das Regime. Die Letzte Generation hingegen kann auf fundierte Forschungsergebnisse verweisen, die sich dezidiert mit den Folgen des anthropogenen Klimawandels und den sich daraus ergebenden Konsequenzen auseinandersetzen. Zudem ist sie nicht die erste Gruppierung, die dies tut. Dabei wendet sich die Letzte Generation in erster Linie an die Politik, die in ihren Augen nicht konsequent genug auf die Klima-Herausforderung reagiert. Die Bevölkerung könne – bspw. durch einen bewussten Umgang mit Lebensmitteln – nur einen bescheidenen Beitrag leisten. Demgegenüber zielten die ostdeutschen Umweltgruppen, auch um offene Systemkritik zu vermeiden, überwiegend auf Verhaltensänderungen ihrer Mitbürger:innen ab.

»Insbesondere in der sozialistischen Einheitsgesellschaft der DDR war Protest eine voraussetzungsreiche Angelegenheit für die Individuen.«

Neben den individuellen Voraussetzungen für abweichendes Verhalten sind auch die Rahmenbedingungen für die Umweltgruppen in der DDR andere als in der heutigen BRD. Handlungen, die nicht im Einklang mit der offiziellen Staatsdoktrin standen, hatten individuelle Konsequenzen für die Handelnden, die von Berufsverbot bis hin zur Be-

drohung des Lebens reichen konnten. Daher waren die Formen widerständigen Verhaltens in der DDR vielfältig: partielle Kritik, Resistenz, sozialer und politischer Protest, passiver Widerstand, Dissidenz, politische Opposition oder aktiver Widerstand. Jedenfalls konnte bereits die Praxis der Informationsbeschaffung und -weitergabe als widerständige Handlung gewertet werden, konnte man durch Baumpflanzaktionen ins Visier des Ministeriums für Staatssicherheit geraten – die Konsequenzen der Handlungen waren für die Beteiligten nicht immer abschätzbar. Demgegenüber wissen die Aktivist:innen der Letzten Generation genau, welchen Rechtsrahmen sie mit ihren Handlungen verletzen und welche Konsequenzen Autobahnblockaden und Kartoffelbrei auf Gemälden haben können. Und es gibt eine intensive öffentliche Debatte darüber, inwiefern die Taten der Letzten Generation Ordnungswidrigkeiten, Straftaten oder anderes sind.

»Handlungen, die nicht im Einklang mit der offiziellen Staatsdoktrinen standen, hatten individuelle Konsequenzen für die Handelnden, die von Berufsverbot bis hin zur Bedrohung des Lebens reichen konnten.«

Während Protestgruppen in demokratischen Gesellschaften in der Regel über mediale Kanäle die Öffentlichkeit adressieren, war Aktivist:innen in der DDR der Zugang zu Massenmedien, die staatlich kontrolliert waren, verwehrt. Sie mussten sich daher mühsam durch selbst verlegte Bücher und Informationsschriften einen begrenzten öffentlichen Kreis erschließen. Hierbei waren sie auf vertrauensvolle zwischenmenschliche Beziehungen angewiesen, auf gleichgesinnte Gesprächspartner:innen, um nicht unnötig in Gefahr zu geraten. Demgegenüber steht eine intensive Berichterstattung über die Aktionen der Letzten Generation, der zahlreiche mediale Kanäle zur Verfügung stehen.

Nimmt man all die Aspekte zusammen – Voraussetzung für individuelles Protesthandeln, persönliche Konsequenzen für abweichendes Verhalten, Problemdefinition und Adressat:innen der Proteste – scheint der Begriff des zivilen Widerstandes eher auf die Praktiken der DDR-Umweltgruppen zu passen als auf die Vertreter:innen der Letzten Generation. Zumindest ist seine aktuelle Beanspruchung durch die Letzte Generation – gerade vor dem Hintergrund der langen Geschichte der Natur-, Umwelt-, Öko- und Klimabewegung, aus der hier die DDR-Umweltgruppen herausgegriffen wurden, – hinsichtlich der genannten Punkte zu hinterfragen.

LITERATUR

-  Braune, Andreas: Ziviler Ungehorsam. Texte von Thoreau bis Occupy, Stuttgart 2017.
-  Halbrock, Christian: Die unabhängigen Umweltgruppen der DDR. Forschungsstand und Überblick, in: Deutschland Archiv Online, 15.12.2011, URL: <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/61423/die-unabhaengigen-umweltgruppen-der-ddr/> [27.07.2023].
-  Küstner, Kai: „Letzte Generation“ bisher „nicht extremistisch“, in: Tagesschau Online, URL: <https://www.tagesschau.de/inland/haldenwang-verfassungsschutz-letzte-generation-101.html> [27.07.2023].
-  Kumkar, Nils C.: Die Radikalisierung der Radikalisierungsbehauptung. Zum Diskurs über die Letzte Generation, in: Soziopolis – Gesellschaft beobachten, 16.11.2022, URL: <https://www.sozio.polis.de/die-radikalisierung-der-radikalisierungsbehauptung.html> [17.07.2023].
-  Letzte Generation (2023a): Der Plan für den Sommer 2023, URL: <https://letztegeneration.org/plan-2023/> [17.07.2023].
-  Letzte Generation (2023b): Gesellschaftsrat: Fragen & Antworten, URL: <https://letztegeneration.org/gesellschaftsrat/> [17.07.2023].
-  Letzte Generation (2023c): Ziviler Widerstand. Warum er funktionieren kann, URL: <https://letztegeneration.org/ziviler-widerstand/> [25.07.2023].
-  Rucht, Dieter: Die Letzte Generation. Beschreibung und Kritik, ipb working papers (1.2023), URL: https://protestinstitut.eu/wp-content/uploads/2023/04/WP_1.2023.pdf [17.07.2023].

Autor:in



Dr. Stine Marg ist Politikwissenschaftlerin und Geschäftsführerin des Instituts für Demokratieforschung an der Universität Göttingen. Sie arbeitet schwerpunktmäßig im Bereich der politischen Kulturforschung sowie der Protest- und Bewegungsforschung.

„DENK-MAL, MENSCH“ – Umweltproteste im Blick der Stasi

Martin Stief

DER „MÜLLMANN“ VON BITTERFELD

Es ist Freitag, der 20. Mai 1986, etwa 22:30 Uhr in Bitterfeld. Junge Menschen, die zu den „Ökotagen“ gekommen sind, tragen einen etwa drei Meter großen, aus Plastikab-

fällen gefertigten „Müllmann“ durch die Chemiestadt und stellen ihn vor den Türen der Marktkirche auf. Auf einem Schild steht geschrieben: „DENK-MAL – Mensch (Opfer seines Konsums?)“. Nur wenige Minuten später steigen drei Männer aus einem blauen Trabant und fordern die Anwesenden auf, die Müllskulptur unverzüglich aus der Öffentlichkeit zu entfernen. Unterstützung erhalten sie von der Besatzung eines mittlerweile eingetroffenen Streifenwagens der Volkspolizei. Nach einer kurzen Abstimmung mit dem Superintendenten des Kirchenkreises tragen der örtliche Jugendpfarrer und etwa 15 junge Frauen und Männer ihren „Müllmann“ in das nahegelegene Lutherhaus.



Der „Müllmann“ vor der Marktkirche in Bitterfeld (1986).
© BArch, MfS, BV Halle, AOP 3947/87, Bd. 2.

An diese zwar mutige, aber wenig Aufsehen erregende Episode erinnern sich wohl nur die damaligen Teilnehmer*innen und die drei Offiziere des Ministeriums für Staatssicherheit (Stasi), die aus dem Trabant gestiegen waren und die Entfernung des Müllmannes verlangt hatten. Dass wir solch niedrigschwellige Aktionen von Umweltkreisen und damit politischen Widerspruch in der DDR rekonstruieren können, verdanken wir ironischerweise u.a. der ausschweifenden Überwachung von politisch Andersdenkenden durch Stasi-Offiziere und deren akribischer Dokumentation politisch unerwünschter Handlungen. Wie in allen anderen Städten der DDR, stand auch in Bitterfeld die politisch alternative Szene unter strenger

Beobachtung der Stasi. Ihr Treffpunkt war das Lutherhaus, wo sich die jungen Menschen aus friedenspolitischer, aber auch ökologischer Perspektive mit der Frage nach der „Bewahrung der Schöpfung“ beschäftigten. Hierzu luden sie wiederholt zu den „Ökotagen“ ein, bei denen es um eine kritische wie kreative Auseinandersetzung mit der Umweltzerstörung in der DDR ging.

Die Stasi war über alle Vorgänge im Bilde und arbeitete im Hintergrund daran, öffentliche Aktionen zu verhindern. Allein während des oben geschilderten Wochenendes, an dem etwa fünfzig interessierte junge Menschen teilnahmen, waren mindestens sieben inoffizielle Mitarbeiter, also Spitzel der Stasi, im Einsatz; Stasi-Offiziere schoben Sonderschichten, die Volkspolizei fuhr verstärkt Streife und Kriminal- und Schutzpolizisten in Zivil suchten im Stadtgebiet nach „dekadent“ aussehenden Jugendlichen. Wieso betrieb die Geheimpolizei einen solchen Aufwand, obwohl sich nur ein paar Jugendliche zu einem „Ökowochenende“ trafen?

»Wieso betrieb die Geheimpolizei einen solchen Aufwand, obwohl sich nur ein paar Jugendliche zu einem 'Ökowochenende' trafen?«

DAS DILEMMA DER 1980ER JAHRE

In den frühen 1980er Jahren befand sich die DDR in einer schweren Wirtschaftskrise und stand kurz vor einer Staatspleite. Ausgerechnet zu dieser Zeit wurde die Partei- und Staatsführung für sie unerwartet mit dem Vorwurf konfrontiert, sie ignoriere jegliche Umweltschutzbelange und nehme die Zerstörung von Lebensraum und Natur billigend in Kauf. Die Kritik kam aus zwei Richtungen: vonseiten der Bundesrepublik und aus der eigenen Bevölkerung. Die Leser*innen des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* konnten sich z.B. im Oktober 1980 erstmals ein Bild von den teils katastrophalen Zuständen machen, besonders über „den Süden der DDR, wo sich Braunkohle- und Chemieindustrie ballen“ (o.V. Schuld ist der Kapitalismus 1980). Kritische Berichte vor allem westdeutscher Medien wurden in der DDR aufmerksam registriert, insbesondere von der Stasi, denn die SED-Führung um Erich Honecker sorgte sich ständig um das internationale Ansehen der DDR. Sie fürchtete zudem, dass kritische Diskussionen auf die eigene Bevölkerung ausstrahlen und innenpolitische Konflikte nach sich ziehen könnten.

Im Hinblick auf die Umweltverschmutzung war diese Sorge auch nicht unberechtigt: Im Sommer 1982 waren DDR-Sicherheitskräfte verblüfft, als sie in der Nähe des Brandenburger Tors eine „Personengruppe von ca. 50–60 Radfahrern“ entdeckten, die mit umgebundenen Mundtüchern und Schildern, auf denen zu lesen war, „Frische Luft – wo?“, auf die Luftverschmutzung in der „Hauptstadt der DDR“ aufmerksam machten. Außerdem hatte die Stasi in Reaktion auf den erwähnten *Spiegel*-Artikel eine Bestandsaufnahme angefertigt, die u.a. zu dem Ergebnis kam, dass sich in einigen Regionen die „Umweltprobleme [...] zu absoluten Schwerpunkten herausbilden“. Es könne sich aufgrund der „bereits jetzt schon erkennbaren Reaktion der Bevölkerung ein unkontrollierbarer Zündstoff herausbilden“ (Erste Bestandsaufnahme zu den bedeutendsten Umweltproblemen in der DDR 1981: 76), sollten die Staatsorgane die Umweltbelastungen dort nicht ausreichend beachten.

Vor dem Hintergrund der drohenden Staatspleite sahen Parteiführung und Regierung jedoch keinerlei Spielraum für Investitionen in Umweltschutzmaßnahmen. Im Gegenteil: Sie trafen wirtschaftspolitische Entscheidungen mit fatalen ökologischen Folgen. Die wohl gravierendste war der Ausbau der ohnehin exzessiven Nutzung der heimischen Braunkohle, um Erdölprodukte gewinnbringend in den Westen exportieren zu können. Die Kohlefördermengen stiegen von etwa 250 Mio. Tonnen im Jahr 1980 auf 321 Mio. Tonnen 1985. Damit nahmen natürlich auch Emissionen von Staub (Flugasche) und Schwefeldioxid massiv zu (von ca. 4,3 Mio. Tonnen 1980 auf ca. 5,3 Mio. Tonnen 1986) (vgl. Information zum Stand der Schwefeldioxidemissionen 1986: 206). Die Folge war nicht nur eine massive Umweltzerstörung, sondern auch zunehmende Sorgen der Menschen. In den Umweltbehörden der DDR kamen immer mehr kritische Nachfragen und Beschwerden von Bürger*innen an, die Auskunft über die Ausmaße der Luft- und Wasserverschmutzung einforderten; die wissen wollten, welche schädlichen Auswirkungen die Abgase für Natur, Umwelt und die eigene Gesundheit hätten. Nicht zuletzt wollten viele Betroffene wissen, was die Regierung gegen die ökologischen Belastungen unternehme. Doch sie bekamen keine Antworten. Denn in dem Bewusstsein, in naher Zukunft keine umweltpolitischen Maßnahmen umsetzen zu

**»Mit anderen Worten:
Ökologische Missstände
sollten vertuscht
werden.«**

können, erklärte der Ministerrat auf Drängen der Stasi im November 1982 Informationen über die Ausmaße der Umweltzerstörung in der DDR weitgehend zu Staatsgeheimnissen. Mit anderen Worten: Ökologische Missstände sollten vertuscht werden.

FAHREN AUF SICHT: VERTUSCHEN STATT BEHEBEN

Die Vertuschung sollte der Regierung Zeit verschaffen, die Wirtschaft zu stabilisieren, während Umweltschutzmaßnahmen in die fernere Zukunft verschoben wurden. Bis dahin galt es, die Herrschaft der SED abzusichern und Kritik an ihrer Wirtschafts- und Nicht-Umweltpolitik zu unterdrücken. In den staatlichen, betrieblichen und forschenden Einrichtungen gelang es der Stasi recht problemlos, die Geheimhaltung sensibler Daten durchzusetzen. Ein gewünschter Nebeneffekt war, dass auch westliche Journalist*innen ihre Berichte über DDR-Umweltfrevel nicht mehr mit empirischen Daten untermauern konnten. Das minderte den Einfluss westlicher Medien auf die Umweltdiskussionen der Ostdeutschen allerdings nicht so, wie die Stasi gehofft hatte. Denn wenn westliche Medien z.B. über Smog oder andere Umweltprobleme in der Bundesrepublik berichteten, übertrugen Betroffene in der DDR die geschilderten Missstände auf ihre eigene Situation. Sie traten an die Umweltbehörden heran und hakten nach, wie schlimm die Luftverschmutzung in ihrer Heimatregion sei und welche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation angedacht seien. Die mit solchen Anfragen konfrontierten Funktionäre sahen sich in Anbetracht der Tatenlosigkeit der SED-Führung aber außer Stande, Antworten zu geben, stattdessen leugneten sie das Ausmaß der Zerstörung, redeten gesundheitliche Folgen klein oder schwiegen sich komplett aus.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Luftverschmutzung trug diese Ignoranz gegenüber den Sorgen und Ängsten der Menschen maßgeblich dazu bei, dass die Stasi zu der Einschätzung gelangte, dass die „Situation bei der Umweltbelastung [...] als nicht mehr zumutbar“ (Einschätzung des aktuellen Stimmungsbildes unter breiten Teilen der Bevölkerung des Kreises Merseburg 1988: 2) wahrgenommen werde, oder dass „die politisch-operative Lage auf dem Gebiet des Umweltschutzes im engen

Zusammenhang mit der politischen Stabilität und staatlichen Sicherheit im Verantwortungsbereich steht“ (BV Halle: Einschätzung der operativen Lage und der Wirksamkeit der politisch-operativen Sicherungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Umweltschutzes 1989: 11). Auch der Umweltbeauftragte eines der größten Umweltsünder der DDR, des Chemiekombinates Bitterfeld, kritisierte: „Auf der Hand liegende Probleme wie ‚Smog‘ können nicht durch Totschweigen aus der Welt geschafft werden“ (vgl. MfS, BV Halle, OD CKB, Reg.-Nr. VIII 2437/83: 138).

Die im Umweltschutz Engagierten standen im Fokus der Stasi, da sie diesem Schweigen bzw. der Intransparenz den Kampf angesagt hatten und für Informationen und Teilhabe stritten: Sie sammelten Informationen, studierten Gesetze und Verordnungen, fertigten Untergrundzeitschriften und Ausstellungen, schrieben Eingaben und organisierten kreativen Widerspruch. Es gab Baumpflanzaktionen, Umweltgottesdienste, Fahrraddemonstrationen unter dem Motto „Mobil ohne Auto“, Unterschriftensammlungen wie „Eine Mark für Espenhain“, Aktionen wie den Pleißemarsch in Leipzig oder Proteste gegen den geplanten Bau eines Reinstsiliziumwerkes in Dresden.

»Die im Umweltschutz Engagierten standen im Fokus der Stasi, da sie dem staatlichen Schweigen bzw. der Intransparenz den Kampf angesagt hatten und für Informationen und Teilhabe stritten.«

Zwar gelang es den zuletzt etwa sechzig Umweltkreisen in der DDR nie, größere Teile der Bevölkerung zu mobilisieren, dennoch betrachteten die Stasi-Offiziere diese kleinen Nadelstiche als ungehörige Provokationen. Sie betrieben den geschilderten übermäßigen Überwachungsaufwand, der an der einleitenden Episode aus Bitterfeld deutlich wird. Unzählige Spitzel berichteten aus den Umweltkreisen, sie sabotierten oder verrieteten geplante Aktionen und stifteten im Auftrag ihrer Offiziere Unruhe innerhalb der Gruppen, um sie zu lähmen bzw. im Stasi-Jargon zu „zersetzen“. Nicht selten erhielten Umweltaktivisten Ordnungsstrafen, wurden zu Verhören vorgeladen, mussten sich in Schule, Universität oder Betrieb von Lehrer*innen, Dozent*innen oder Vorgesetzten maßregeln lassen. Viele der lose organisierten Umweltgruppen passten sich dem Druck an, indem sie die eng gesteckten Grenzen nur in einem Maße übertraten, dass sie keine strafrechtlichen Konsequenzen fürchten mussten.



Arche Nova – Forum für ökologische Gestaltung in Umwelt und Gesellschaft, herausgegeben vom Grün-ökologischen Netzwerk Arche. © Privatarchiv Peter Wensierski

Dennoch gelang es der Stasi nie, die Umweltaktivist*innen vollends zum Schweigen zu bringen. Mit der Gründung des Grün-ökologischen Netzwerkes Arche im Jahr 1988 gewann das unabhängige Umweltengagement sogar eine neue Qualität. Die Akteur*innen des Netzwerks setzten auf Konfrontation und auf die Macht der Bilder. Trotz drohender Haftstrafen wagten sie es z.B., die Umweltzerstörung in der Chemiestadt Bitterfeld zu dokumentieren und das Material in die Bundesrepublik zu schmuggeln. Dort wurde der Film „Bitteres aus Bitterfeld“ im Herbst 1988 in der ARD ausgestrahlt und führte einem Millionenpublikum – insbesondere den Betroffenen in und um Bitterfeld selbst – gravierende ökologische Missstände vor Augen. Die Stasi hatte versagt und die SED war blamiert.

LITERATUR UND QUELLEN

Bundesarchiv Berlin:



BV Halle, Einschätzung des aktuellen Stimmungsbildes unter breiten Teilen der Bevölkerung des Kreises Merseburg v. 3.3.1988; MfS, BV Halle, Abt. XX 2727, Bl. 2.




BV Halle, Einschätzung der operativen Lage und der Wirksamkeit der politisch-operativen Sicherungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Umweltschutzes v. 12.10.1989; MfS, BV Halle, Abt. XX Nr. 1989, Bl. 1–22.





MfS, BV Halle, OD CKB, Reg.-Nr. VIII 2437/83, T. II/2, Bl. 138.



Erste Bestandsaufnahme zu den bedeutendsten Umweltproblemen in der DDR (nach Medien, Territorien, institutionellen Einrichtungen, grenzüberschreitenden Problemen und bereits erkannten Aktivitäten feindlich-negativer bzw. oppositioneller Kräfte), o.D. [April 1981]; MfS, HA XVIII 19276, Bl. 69–96.

 Information zum Stand der Schwefeldioxidemissionen v. 26.6.1986; BArch, DC 20-I/3/ 2331, Bl. 205–209.

 Beleites, Michal: Dicke Luft: Zwischen Ruß und Revolte. Die unabhängige Umweltbewegung in der DDR, Leipzig 2016.

 Halbrock, Christian: Konkurrierende Erinnerungen. Woher kam die unabhängige Umweltbewegung in der DDR? Eine Spurensuche und ein Erinnerungsbericht. In: Horch und Guck H. 2/2012, S. 36–43.

 o.V.: Schuld ist der Kapitalismus, in: Der Spiegel H. 41/1980.

 Stief, Martin: „Stellt die Bürger ruhig“. Staats-sicherheit und Umweltzerstörung im Chemierevier Halle-Bitterfeld. Göttingen 2019.

Autor:in



Dr. Martin Stief, Jg. 1984, Historiker, derzeit Projektleiter im Forschungsbereich des Stasi-Unterlagen-Archivs/Bundesarchiv. Forschungsschwerpunkte DDR, Staatssicherheit, Umweltgeschichte und Geschichte der Friedens- und Umweltinitiativen der DDR.

Staatlich organisierter Umweltschutz in der DDR

Anne Steinmetz



Braunkohlekraftwerk. Im Revier südlich der Messestadt befinden sich Tagebaue des Braunkohleabbaus.
© Bundesstiftung Aufarbeitung, Klaus Mehner, Bild-89_1124_WIF_Umwelt_03

Abgestorbene Bäume, zentimeterhohe Aschereste auf der Fensterbank und weiße Wäsche, die nach dem Trocknen draußen grau war – in den 1980er Jahren machten sich die Umweltbelastungen in der DDR überall bemerkbar. Man konnte sie sehen, riechen und sogar schmecken (hier und im Folgenden Steinmetz 2017).

Gleichzeitig wurden die Daten zur Umweltverschmutzung von 1972 an seitens des Staates unter Verschluss gehalten, ab 1982 unterlagen sie sogar der Geheimhaltung. Auch die Presse durfte nicht über das Ausmaß der Luftverschmutzung, über Industrieunfälle oder die Folgen der Umweltbelastung für die Gesundheit berichten. Stattdessen wurden die Probleme von offizieller Seite heruntergespielt oder gänzlich geleugnet. Umweltverschmutzung sei ein Problem des Kapitalismus, hieß es.

»In den 1980er Jahren machten sich die Umweltbelastungen in der DDR überall bemerkbar. Man konnte sie sehen, riechen und sogar schmecken.«

Die offensichtliche Diskrepanz zwischen erlebter Realität und offizieller Sichtweise führte in den 1980er Jahren dazu, dass der Umweltschutz in der DDR immer stärker politisiert und zum Thema der Oppositionsbewegung wurde. Sogar Umweltgruppen der staatlichen Massenorganisation Kulturbund forderten Ende der 1980er Jahre freie Wahlen, eine demokratische Gesellschaftsordnung und eine unabhängige Medienlandschaft. Die Tatenlosigkeit der Partei- und Staatsführung hatte somit zu einer Politisierung auch solcher Gruppen geführt, die bei ihrer Entstehung zu

Beginn der 1980er Jahre noch vor allem Verbesserungen der Lebensbedingungen vor Ort erreichen und keineswegs einen politischen Umsturz herbeiführen wollten.

NATUR- UND HEIMATFREUNDE IM KULTURBUND

Im Einparteienstaat DDR waren die Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements begrenzt. Es gab im Wesentlichen zwei Wege, um im legalen Rahmen für Umweltschutz aktiv zu werden: unter dem Dach der Kirche oder innerhalb des Kulturbundes der DDR. In dieser staatlichen Massenorganisation waren 1949 alle bis dahin existierenden Vereine und Verbände aus den Bereichen Wissenschaft, Kunst und Kultur aufgegangen. In der Abteilung der Natur- und Heimatfreunde im Kulturbund hatten sich ab 1950 all diejenigen zusammengefunden, die sich für Naturschutz im weiteren Sinne interessierten. Vogel- und Gehölkunde, Aquaristik, aber auch Astronomie und Denkmalpflege gehörten zu den vertretenen Fachgebieten. 1954 zählten sie rund 35.000 Mitglieder, deren Interesse in erster Linie fachwissenschaftlich begründet war. Viele nutzten die Natur- und Heimatfreunde für den wissenschaftlichen Austausch und beruflich motivierte Forschungsarbeiten. Das änderte sich zunächst auch nicht, als sie 1980 aufgelöst wurden und in der neugegründeten Gesellschaft für Natur und Umwelt (GNU) aufgingen. Zwar war das wachsende Interesse am Umweltschutz und die damit verbundenen gesellschaftlichen und in den westlichen Industrienationen auch politischen Veränderungen Anlass für die Neustrukturierung, doch die im Kulturbund organisierten Naturschützer blieben im Wesentlichen ältere Männer, die ungestört in ihrem Fachgebiet arbeiten wollten. Die jungen Leute, die sich angesichts der stetig wachsenden Umweltverschmutzung und damit verbundenen gesundheitlichen Folgen Sorgen um die Zukunft machten, gründeten zunächst neue Umweltschutzgruppen – insbesondere unter dem Dach der Kirche. Erst später nutzten sie für ihr Engagement auch die GNU.

INTERESSENGEMEINSCHAFTEN STADTÖKOLOGIE

Nach und nach entstanden innerhalb der GNU in verschiedenen Städten sogenannte Interessengemeinschaften

(IG) Stadtökologie. Sie alle verband das gleiche Ansinnen: eine Verbesserung der Umwelt- und Lebensbedingungen vor Ort. Durch möglichst öffentlichkeitwirksame Aktionen wollten sie zudem zum Mitmachen und zum umweltbewussten Handeln anregen. Die IG-Mitglieder wollten jedoch nicht anecken und stellten das politische System nicht grundsätzlich infrage. Ihr Ziel war es, innerhalb des staatlich geduldeten Rahmens etwas zu verändern. Aus diesem Grund entschieden sie sich auch bewusst für die Tätigkeit innerhalb des Kulturbundes und gegen die kirchlichen Umweltschutzgruppierungen.

Dennoch – auch weil die IG in den meisten Fällen Kontakt zu den ortsansässigen kirchlichen Umweltschutzgruppen hatten – schauten die staatlichen Stellen von Anfang an mit wachsamem Interesse auf die IG-Mitglieder und ihre Aktivitäten. Nicht nur das Ministerium für Staatssicherheit beobachtete die IG, auch die lokalen Kulturbundleitungen versuchten, auf die Arbeit der IG Einfluss zu nehmen oder sie sogar zu lenken. Dabei waren deren Aktivitäten gerade zu Beginn der 1980er Jahre alles andere als staatsfeindlich.

ÖKO-KIRMES IN BERLIN-KÖPENICK

Ab Ende der 1980er Jahre änderte sich zunehmend die Stimmung in den IG. Kritische Stimmen wurden lauter, so etwa in der IG Berlin-Köpenick. Bei ihrer Gründung 1986 hatten die Mitglieder in ihrem Grundsatzprogramm noch als wichtigstes Ziel festgehalten, Umweltwissen vermitteln, zur Pflege erhaltenswerter Umweltstrukturen beitragen und wertvolle Ökotope wiederherstellen zu wollen.

»Jenseits von Ständen, an denen Keramik, selbstgenähte Kleidung, Spielzeug und Vollkorngebäck verkauft wurden, wurde über die Umweltprobleme in der DDR informiert.«

1987 und 1988 erregte die IG aber dann mit der „Köpenicker Öko-Kirmes“ Aufmerksamkeit. Jenseits von Ständen, an denen Keramik, selbstgenähte Kleidung, Spielzeug und Vollkorngebäck verkauft wurden, wurde über die Umweltprobleme in der DDR informiert. Eine Fotoausstellung zeigte Bilder der landesweiten Verschmutzungen und von sterbenden Wäldern. Ergänzend widmete sich eine Podiumsdiskussion ausführlich dem Thema. Angesichts der gesetzlich verfügbaren Geheimhaltung der Umweltdaten wurde beides von offi-

zieller Seite scharf kritisiert. Das Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft etwa warf der Kulturbundleitung vor, nicht eingeschritten zu sein und zugelassen zu haben, dass Fotos gezeigt wurden, die das Bild der DDR entstellten. Zudem seien in einer polemischen Diskussion auch „politisch-negative Kräfte“ zu Wort gekommen. Die Kulturbundleitung verteidigte sich damit, dass man sich mit verschiedenen Meinungen, auch den kritischen, habe auseinandersetzen wollen. Man räumte aber ein, dass die Planung nicht mit der erforderlichen Sorgfalt und „politischen Gründlichkeit“ (zit. nach Steinmetz 2017: 265) durchgeführt worden sei. Die nächste Öko-Kirmes sollte deshalb erst wieder in zwei Jahren stattfinden.

AUFBRUCH IN POTSDAM

An der IG Stadtökologie in Potsdam wird deutlich, welche politische Bedeutung der Umweltschutz im Laufe der 1980er Jahre gewann. Die IG Potsdam, die sich unter dem Namen ARGUS (Arbeitsgemeinschaft Umweltschutz und Stadtgestaltung Potsdam) erst im April 1988 gegründet hatte, formulierte von Beginn an politische Ziele: Die Umweltverschmutzungen sollten nicht nur beseitigt werden, die ARGUS wollte auch über Ursachen und Auswirkungen aufklären. Sie wollte keine „Müllbrigade“ sein, sondern offen diskutieren und schließlich auch gesellschaftliche und politische Veränderungen herbeiführen.

Aus diesem Grund verfolgten die Mitglieder von Anfang an eine Vernetzung aller bestehenden IG Stadtökologie. So konnten sie sich auch ohne offizielle Daten über das Ausmaß der Umweltverschmutzungen informieren, sich über die Reaktionen staatlicher Stellen austauschen und gemeinsame Forderungen abstimmen. Gleichzeitig erhöhte die Vernetzung ihre Durchsetzungskraft und die Wirksamkeit ihrer Forderungen.

Anfang April 1989 kamen gut 120 Personen aus insgesamt 24 IG in Potsdam zusammen. Ein zweiter Austausch mit noch etwas mehr Teilnehmenden folgte im Oktober 1989. Während im April der Umweltschutz im Mittelpunkt des Treffens gestanden hatte, war die Ausrichtung des zweiten Treffens deutlich politischer: In einer verabschiedeten Willenserklärung forderten die IG-Mitglieder freie Wahlen, eine

demokratische Gesellschaftsordnung, die Offenlegung der Umweltdaten und eine unabhängige Medienlandschaft. Außerdem kritisierten die Unterzeichnenden, dass sie als Mitglieder des Kulturbundes als „Aushängeschild“ missbraucht würden. Sie forderten, dass der Kulturbund sich auf seine Wurzeln besinne und zur „demokratischen Erneuerung“ beitrage. Die Kriminalisierung des Einsatzes für den Umweltschutz sowie der Sorge um „unser Dasein und das unserer Kinder“ kritisierten sie ebenso wie die „Unehrlichkeit“ (zit. nach Steinmetz 2017: 280), mit der auf die bestehenden Probleme reagiert würde.

Die Erklärung wurde sicherlich von den nationalen und internationalen Entwicklungen beeinflusst, sie ist dennoch bemerkenswert für die Interessengemeinschaften der staatlichen Massenorganisation Kulturbund, die sich einst ausschließlich dem Natur- und Umweltschutz verschrieben hatten. Denn dieser spielt in der Erklärung nur noch eine untergeordnete Rolle.

Das Ignorieren und Leugnen der offensichtlichen Umweltprobleme sowie die Geheimhaltung der Messdaten durch die Partei- und Staatsführung führten dazu, dass auch diejenigen, die stets versucht hatten, im legalen Rahmen Veränderungen herbeizuführen, sich Ende der 1980er Jahre frustriert abwendeten. Auch sie glaubten nicht mehr daran, dass unter den bestehenden Umständen Verbesserungen der Lebensbedingungen möglich seien.

»Das Ignorieren und Leugnen der offensichtlichen Umweltprobleme sowie die Geheimhaltung der Messdaten durch die Partei- und Staatsführung führten dazu, dass auch diejenigen, die stets versucht hatten, im legalen Rahmen Veränderungen herbeizuführen, sich Ende der 1980er Jahre frustriert abwendeten.«

Das trifft nicht nur auf die Mitglieder der IG zu, die im Kulturbund ohnehin eine besondere Rolle spielten und oft erst in den 1980er Jahren eingetreten waren. Vielmehr waren auch einige langjährige Mitglieder und sogar Funktionäre beim Erfahrungsaustausch und dem Verlesen der Willenserklärung anwesend. Sie griffen nicht ein, um die offene Kritik an der Staatsführung zu unterbinden. Stattdessen wurde im Nachhinein im Bundessekretariat des Kulturbundes der Erfahrungsaustausch positiv bewertet und die bisherige Untätigkeit auch des Kulturbundes beim Umweltschutz kritisiert.

LITERATUR



Steinmetz, Anne: Landeskultur, Stadtökologie und Umweltschutz. Die Bedeutung von Natur und Umwelt 1970 bis 1989. Eine deutsch-deutsche Betrachtung, Berlin 2017.

Autor:in



Dr. Anne Steinmetz, geboren in Höxter/Westfalen, hat in Göttingen, Lausanne und Freiburg Geschichte, Germanistik und VWL studiert. 2014 wurde sie an der Universität Leipzig promoviert. Sie wohnt und arbeitet in Kiel.

Die unabhängige Umweltbewegung in der DDR. Spurensuche und Erinnerungsbericht

Christian Halbrock

Dr. Christian Halbrock knüpfte 1982 erste Kontakte zu kirchlichen Umweltkreisen und beteiligte sich u.a. an Aktionen gegen den Bau einer Autobahn bei Schwerin und gegen die Umweltverschmutzung durch die Chemiewerke in Wolfen und Bitterfeld. Dafür wurde er mehrere Male verhaftet. 1983 gründete er den Friedens- und Umweltkreis der Pfarr- und Glaubenskirche in Berlin-Lichtenberg mit, ein Vorläufer der im September 1986 zusammen mit Wolfgang Rüdtenklau und Carlo Jordan gegründeten Umwelt-Bibliothek (UB). Bis zum Herbst 1989 war er in der UB aktiv und Mitglied im Gemeindegemeinderat der Zionsgemeinde. Halbrock ist Historiker und hat mehrere Bücher zur DDR publiziert. Er lebt heute in der Uckermark und baut dort einen ehemaligen Wirtschaftshof nach ökologischen Kriterien wieder auf. Zugleich ist er Leiter des Besucherinformationszentrums des Naturparks Barnim.

Als ich im Jahr 1983 begann, mich im Umweltschutz in der DDR zu engagieren, fanden bereits die ersten Treffen im Kirchlichen Forschungsheim Wittenberg und die Aktion „Mobil ohne Auto“ statt. Doch, so frage ich mich im Nachhinein: Wo lagen die Ursprünge für jene Bewegung, die die Proteste der 1980er Jahre in der DDR mittrug?

AM ANFANG STAND DAS WORT

In der Forschungsliteratur finde ich unter anderem die Antwort, dass kirchliche Impulse in den 1970er Jahren für das Entstehen der Bewegung ausschlaggebend waren. (Neubert 2000: 445–447). Am Anfang stand demnach das Wort. Ehrhart Neubert meint, es sei „die eigentümliche Situation [entstanden], daß die Umweltbewegung nahezu vollständig von [...] der protestantischen Kirche inspiriert und organisatorisch getragen wurde“; im Gegensatz zur

»Am Anfang stand demnach das Wort.«



Umweltaktivist*innen in der DDR.
© Christian Halbrock

Friedensbewegung, „deren Ursprünge fast ganz auf Basisinitiativen [...] zurückgingen, formierte sich in der Umweltbewegung erst nach längeren theologischen und sozial-ethischen Diskussionen eine breite Basis“ (ebd.). Einer ihrer Treffpunkte war das Kirchliche Forschungsheim in Wittenberg, das sich ab Mitte der 1970er Jahre Umweltfragen zuwandte.

Diese Einschätzung deckt sich mit derjenigen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), das in einem Bericht darauf hinweist, dass die Umweltproblematik zuvor schon von Friedenskreisen als neues Aktionsfeld entdeckt worden sei. Wichtig sei auch Vorbild der Grünen im Westen gewesen. Jugendliche aus der Friedensarbeit wünschten sich, „in der DDR eine ‚alternative Umweltschutzbewegung‘ nach dem Muster der Partei der ‚Grünen‘ in den kapitalistischen Ländern zu organisieren“ (vgl. Arbeitsmaterial zu schwerpunktmäßig ausgewählten „Friedens- und Ökologiekreisen“ sowie anderen alternativen Gruppen in der DDR 1984).

Zwar ist mir aus dem Pfarrhaus, in dem ich aufgewachsen bin, die theologische Debatte um die christliche Verantwortung für die Umwelt bekannt. Doch ging es hier, so meine Erinnerung, zuallererst um die Situation der Kirche in einer Industriegesellschaft; dass etwa die Bauern mittlerweile auch sonntags auf dem Traktor saßen und dem Gottesdienst fernblieben sowie um die Entfremdung von Glauben und Kirche insgesamt. Mein Fokus weitete sich erst nach 1989, in der nachträglichen Analyse der Umweltbewegung, der ich angehörte. Vielleicht war es ja tatsächlich so, wie mir damals ein Wittenberger Theologe vorwarf: dass die Leute, zu denen ich mich zählte, als „aktionistische Krawallmacher“ auf eine theologisch gebildete Umweltszene stießen, ohne sich mit deren Grundlagen auseinanderzusetzen. Deshalb begab

»Deshalb begab ich mich auf Spurensuche und fragte alte Mitstreiter, was das Engagement der 'Aktivisten der ersten Stunde' entfachte.«

ich mich auf Spurensuche und fragte alte Mitstreiter, was das Engagement der „Aktivisten der ersten Stunde“ entfachte.

Ich zählte in der Szene aufgrund meiner Herkunft zu den „Kirchenleuten“. Gemeinsam mit Wolfgang Rüdtenklaus, der ebenfalls aus einem Pfarrhaus stammte, und Christine Müller gründete ich 1983 den Friedens- und Umweltkreis der Pfarr- und Glaubenskirche in Berlin-Lichtenberg. In Rüdtenklaus Umweltengagement spielte die anarchistisch eingefärbte ökologische Siedlungsidee eine wichtige Rolle. Er war begeistert von der Idee selbstverwalteter Kommunen und von Lebensentwürfen ohne hierarchische Strukturen. Vor 1983 erprobte er, wie andere, die zur Umweltbewegung stießen, verschiedene Arten oppositionellen Handelns. Nachdem er bereits in den 1970er Jahren durch den Besitz von Wolfgang Biermann-Kassetten und Texten aufgefallen war, bemühte er sich Anfang der 1980er Jahre unter dem Eindruck der Ereignisse in Polen eine „Gewerkschaft der Kirchendiener“ zu gründen. Auch Christine Müller war bereits aktiv, bevor sie die Umweltbewegung mit aufbaute. Als Physikerin war sie an naturwissenschaftlichen Dingen interessiert und engagierte sich in den 1970er Jahren in einer konspirativen K-Gruppe in Ost-Berlin, die sich kritisch mit Fragen des Stalinismus beschäftigte.

In meiner Entwicklung hin zum Umweltaktivisten gab es eine Begebenheit, die für das Lebensgefühl und die Erfahrungen vieler, die in den 1970er Jahren aufwuchsen und Anfang der 1980er Jahre die Schule verließen, steht: Im August 1978 kam ein neuer Pfarrer in unser mecklenburgisches Ackerbürgerstädtchen. Er begriff sich als Schüler von Heino Falcke, damals Probst in Erfurt, und schlug in der Jungen Gemeinde vor, sich mit einem seiner Texte zu beschäftigen, in dem er sich nicht nur für einen „verbesserlichen Sozialismus“ (Falcke 1981: 197) und die Partizipation von engagierten Christen in der bestehenden Gesellschaft aussprach, sondern auch dafür, den Sozialismus ernstzunehmen und sich mit ihm auseinanderzusetzen. Die Reaktion fiel erstaunlich eindeutig aus: Mit dem Sozialismus sei man in der Schule schon hinreichend „abgefüttert“, man komme in die Junge Gemeinde, um etwas anderes zu hören. Man wolle auch nicht am

»Mit dem Sozialismus sei man in der Schule schon hinreichend 'abgefüttert', man komme in die Junge Gemeinde, um etwas anderes zu hören.«

Sozialismus teilhaben, den man als dysfunktional und unattraktiv ablehne. Wer sich mit den Verhältnissen in den gegebenen Strukturen einlasse, werde politisch instrumentalisiert. – Angesichts des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan, des Krieges zwischen den sozialistischen Nachbarn Vietnam und China und der Militarisierung an den Schulen suchte man nach eigenen Wegen und Formen des Aufbegehrens jenseits der gegebenen Strukturen. Das war theologisch wohl sehr unbedacht, traf jedoch den Nerv der Zeit.

MOBIL OHNE AUTO

Wer die Idee zur Aktion „Mobil ohne Auto“ in die Bewegung einbrachte, lässt sich kaum mehr ermitteln. Vorbild hierfür war der autofreie Sonntag, der in der Bundesrepublik in Folge der Ölkrise 1973 entstand und später auch dazu diente, mehr Umweltbewusstsein von den Autofahrern einzufordern.

1981 druckte das Forschungsheim Wittenberg einen Aufruf und rief für das erste Juniwochenende – zum Weltumwelttag am 5. Juni – zum Aktionstag auf. In Leipzig lud die „Arbeitsgruppe Umweltschutz“ zu einer Radfahrt vom Stadtzentrum nach Liemehna ein. Unter der Überschrift „Freunde, es ist soweit, laßt uns handeln!“ forderten angehende Theologiestudenten mit im Stadtjugendpfarramt gedruckten Zetteln zum Mittag auf. Darüber zeigte sich der Stadtjugendpfarrer entsetzt, denn: Die Zettel enthielten nicht den obligatorischen Vermerk „nur zum innerkirchlichen Dienstgebrauch“ und tauchten an verschiedenen Stellen der Stadt auf.

Nach der Aktion wurde der Vorbereitungskreis offiziell dem Stadtjugendpfarramt unterstellt – ihren organisatorischen Rahmen fand die Arbeit nun in der Michaeliskirche bei Pfarrer Aribert Rothe. Inzwischen war die Gruppe auf etwa fünfzig Mitwirkende angewachsen. In enger Kooperation mit Leipzig erschienen neben den Streiflichtern in Wittenberg als hektografiertes Samisdat auch die *Briefe zur Orientierung Mensch – Natur*.

Auch im folgenden Jahr kam es in Leipzig zu einer Protestfahrt. Das MfS rapportierte eifrig mit und meldete, „daß



Fahrradprotestfahrt 1985 in Berlin.
© Christian Halbrock

Vertreter der sog. ‚Grünen‘, die ihre Zusammenkünfte im Theologischen Seminar Leipzig durchführen, für den 6. Juni 1982 eine Aktion ‚Mobil ohne Auto‘ plant (Tagesrapport Nr. 92/82 1982). Die Bedrohung erwies sich als real: Am 6. Juni versammelten sich „ab 8.45 Uhr vor der Kirche in L[eipzig]-Löbnick ca. 250–300 Jugendliche

(14–18 Jahre) [...]. Vor der Kirche wurden Handzettel (A 5) mit unbekanntem Text verteilt.“ Von hier aus brach man nach Plaußig auf, wo nach einem Gottesdienst Diskussionsrunden stattfanden und Musiker auftraten (vgl. Auswertungs- und Kontrollgruppe, Tagesrapport Nr. 103/82 1982).

Der Aufruf „Mobil ohne Auto“ wirkte über Leipzig und Wittenberg hinaus: Ein prominentes Beispiel ist die Protestfahrt gegen den Autobahnbau Schwerin-Wismar, zu der mecklenburgische Umweltaktivisten nach Schwerin einluden. Als Protestform lehnte man sich mit einer Demonstration auf Fahrrädern offiziell an die Aktion „Mobil ohne Auto“ an. Doch die Absicht dahinter erkannte der Staats Sicherheitsdienst ganz richtig: „Mit dem Fahrrad“ wollte man, so warnte er, „die Strecke der zukünftigen Autobahn Schwerin-Wismar abfahren und in den Dörfern mit Einwohnern und Urlaubern sprechen, damit sie sich gegen die geplante Streckenführung zur Wehr setzen“ (Bericht über das Kessiner „Friedenseminar 1983“ 1983).

»Als Protestform lehnte man sich mit einer Demonstration auf Fahrrädern offiziell an die Aktion 'Mobil ohne Auto' an.«

Unter den Umweltaktivisten blieb allerdings ungeklärt, ob sich die Radtour grundsätzlich gegen den Autobahnbau oder „nur“ gegen die Trassenführung richtete. Immerhin führte jene am Ostufer des Schweriner Sees entlang durch wichtige Landschaftsschutzgebiete wie den Raben-Steinfelder Forst oder den Urwald am Pinnower See. Später wurde ebenso diskutiert, ob man sich mit den dem Staat abgerungenen Zugeständnissen etwa bezüglich der Re-

kultivierung zufriedengeben könne. Während sich einige Schweriner Umweltschützer offen dafür zeigten, lehnten die aus dem brandenburgisch-berlinerischen Raum Zugereisten, ebenso wie viele Mecklenburger, den Kompromiss ab.

Die Protestfahrt wurde immer wieder von der Polizei unterbrochen. Hinzu kamen massive Kontrollen und für Schwerin ausgesprochene „Aufenthaltsverbote“. Gleichwohl zeugte die Fahrt von der Vitalität der neuen Umweltbewegung. Zwar gelangten am Ende nur sieben der anfangs etwa siebzig Demonstrierenden nach Wismar. Doch hatten die Aktion es vermocht, einige Anwohner für ihr Anliegen zu sensibilisieren; manche solidarisierten sich sogar mit den Radfahrern. Unterdessen warfen zwei aus Schwerin ausgewiesene Umweltschützer aus einem aus Schwerin abfahrenden Zug Flugblätter und Demonstranten verteilten entlang der Trasse Fotopostkarten (Beleites 1998: 18). Die A2-formatigen Fotoabzüge, die, wie sich das MfS bald überzeugte, „an der Strecke entlang an Bäumen“, Schaukästen und Agitationstafeln angebracht worden waren, trugen die Losungen „Gegen Beton“, Naturschutzgebiet“, „Geh mir vom Acker mit Beton“ und „Schwerter zu Pflugscharen“ (vgl. Hinweise zu weiteren Aktivitäten in Bezug auf die geplant gewesene Radsternfahrt in Schwerin, auf Resonanz der eingeleiteten Sicherungsmaßnahmen und über weitere geplante Aktivitäten des damit im Zusammenhang stehenden Personenkreises 1983). Entsprechend fiel das Resümee der Stasi aus: Im „Verantwortungsbereich“ der Bezirksverwaltung Schwerin komme den Protesten gegen Autobahnbau, die den kirchlichen Rahmen längst verlassen hätten, ein besonderer Stellenwert zu. Die Kirche würde hier lediglich als Sammel- und Schutzraum genutzt, um von hier aus den Staat herauszufordern. Bedenklich sei insbesondere die Resonanz des Protestes: „Hier ist es den feindlich-negativen Kräften gelungen, eine unverhältnismäßig hohe Anzahl von Bürgern für Aktivitäten gegen das Projekt und die Bauausführung zu gewinnen“ (Wulf 1984: Bl. 94).

Subjektiv wie jede Erinnerung sein muss, erscheint mir die Protestfahrt von Schwerin als *die* große Aktion der frühen Umweltbewegung. Zuvor hatte ich mich lediglich in der Friedensarbeit engagiert. In Schwerin lernte ich dann fast all jene kennen, die in der Anfangszeit meines Umweltenagements eine Rolle spielen sollten. So zum Beispiel Carlo

Jordan. Zusammen mit Wolfgang Rüdtenklau radelten wir diskutierend und agitierend nach Wismar.

Der noch junge Jordan galt damals bereits als „graue Eminenz“ der Umweltbewegung. In den 1970er Jahren war er einer der Mitunterzeichner eines Protestbrief gegen die staatliche Verleumdung des Pfarrers Oskar Brüsewitz, der sich 1976 aus Protest gegen die Politik der SED selbst verbrannt hatte. Die Initiatoren des Protestes wurden inhaftiert; Carlo Jordan wie andere Unterzeichner vorübergehend festgenommen und verhört. Jordan kannte die kulturoppositionelle Szene in Ost-Berlin. Seine Bindung zur Kirche war eher volkshirchlicher Art und sein Zugang zur Umweltfrage eher ein ästhetischer und vom Aufklärungsgedanken bestimmt. Von Beginn an begeisterte ihn der Aufstieg der Grünen im Westen und die Idee, im Osten zu dieser blockübergreifenden Bewegung zu gehören. Dementsprechend virulent war – nicht nur bei ihm – der Gedanke, im Osten etwas Vergleichbares zu initiieren. Bereits 1984 gab es in Ost-Berlin den Einfall, eine grüne Partei zu bilden. So trug etwa die „Arche-Gründung“ 1988 diesen Gedanken – auch wenn es sich um ein Netzwerk handeln sollte – in sich. Für Jordan barg der „grüne“ Protest eine Reihe von Vorzügen, unter anderem galten die Radfahrten dem passionierten Amateurradler als Aktionen, an denen sich verschiedene Leute beteiligen, gemeinsam unterwegs sein und Gleichgesinnte kennenlernen konnten.

Die Heterogenität innerhalb der neuen Bewegung zeigte schon der Schweriner Autobahnprotest. Eine schematische Unterscheidung zwischen denen, die sich in den Friedensgruppen, und denen, die sich in den Umweltgruppen engagierten, geht an der damaligen Realität vorbei. Hinzu kam zusätzlich, dass einige der Beteiligten einen Ausreiseantrag gestellt hatten, worin zunächst keiner der Teilnehmenden ein Problem sah, bis ein Theologe argumentierte, Engagement bedeute, Partizipation in der Gesellschaft einzufordern, in der man bleiben wolle. Die damit verbundene Kontroverse störte den unbeschwerten Aufbruch und wirkte sich zum Teil auch lähmend auf das mittelfristige Engagement aus.

»Eine schematische Unterscheidung zwischen denen, die sich in den Friedensgruppen, und denen, die sich in den Umweltgruppen engagierten, geht an der damaligen Realität vorbei.«

IMPULSE





Wie bei jeder politischen Bewegung speiste sich der Impuls, der zu ihrer Entstehung führt, aus verschiedenen Quellen. Unterschiedliche Biografien und Prägungen stießen aufeinander. Neben denen, die sich frühzeitig für die Umwelt interessierten und etwa für die Ornithologie begeisterten, gab es die, die aus einem zivilisationskritischen Impuls heraus sowie jene, die aus der Skepsis gegenüber der sozialistischen Aufbaueuphorie handelten. Zu letzteren zählten auch diejenigen, die meinten, es genüge, dass „die im Süden“ im industriellen Dreck lebten und man solle nicht noch die märkischen Seen und Mecklenburg mit FDGB-Heimen und Wochenendhaussiedlungen verschandeln.

Für den kirchlichen Bereich ist es nicht erwiesen, ob der von der Umweltbewegung ausgehende Impuls vorzugsweise aus dem Umfeld liberal-kritischer Theologen kam. Historisch gesehen gingen politisch Unzufriedene, Naturinteressierte und Theologen aus liberalen bis pietistischen Kreisen hier eher eine Koalition ein. Ebenso gab es unter denen, die sich Engagierten, nicht wenige, die keinerlei kirchliche Bindung hatten. Einzelne Gruppen und Umweltengagierte trafen sich auf privaten Grundstücken und in Wohnungen und verzichteten auf den Schutzraum der Kirche, der ebenso auch einengend wirken konnte. Ein entscheidender Impuls ging in jedem Fall vom Erstarken der grünen Protestbewegung in der Bundesrepublik aus. Das Vorbild der neuen Basisbewegung sowie der hiermit unweigerlich eingeforderte authentische Lebensstil, erhoben die grüne Option zu einem erfolgversprechenden Ansatz für oppositionelles Handeln in der DDR. Hieran beteiligten sich nicht wenige, die schon zuvor andere Formen des Protestes ausprobiert hatten. Umweltengagement war dabei immer mehr als nur Engagement für die bedrohte Umwelt und die Natur: „Natürlich wird auch immer ‚um etwas gekämpft‘“, schreibt der Philosoph Peter Sloterdijk zur Praxis der Empörung, „vor allem aber dient der Kampf der Offenbarung der kämpferischen Energie an sich“ (Sloterdijk 2008: 21). In diesem Sinne erhoben die Umweltgruppen immer wieder elementare Forderungen, wie das Recht auf demokratische Mitsprache sowie

»Ein entscheidender Impuls ging in jedem Fall vom Erstarken der grünen Protestbewegung in der Bundesrepublik aus.«




ein Ende der Geheimhaltung von Umweltdaten und kritisierten und durchbrachen das SED-Informationsmonopol, womit sie die Grundlagen des politischen Systems infragestellten. Dass sich dies unweigerlich aus dem Engagement ergab, war, da dies von Beginn an als systemkritisch begriffen wurde, bewusst gewollt.

LITERATUR


-  Beleites, Michael: Pflanzzeit. Die kirchliche Umweltbewegung in der DDR – Impulse und Wirkungen, Wittenberg 1998.
-  Falcke, Heino: Kritische Partizipation im realen Sozialismus. Probleme von Wissenschaft und Technik aus christlicher Sicht, in: Büscher, Wolfgang/Wensierski, Peter (Hrsg.): Beton ist Beton. Zivilisationskritik aus der DDR, Hattingen 1981, S. 197–203.
-  Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 346), Berlin 2000.
-  Sloterdijk, Peter: Zorn und Zeit. Politisch-psychologischer Versuch, Frankfurt am Main 2008.


QUELLEN

Bestände des MfS BV Berlin im BStU:


-  Abt. XX/2, Hinweise zu weiteren Aktivitäten in Bezug auf die geplant gewesene Radsternfahrt in Schwerin, auf Resonanz der eingeleiteten Sicherungsmaßnahmen und über weitere geplante Aktivitäten des damit im Zusammenhang stehenden Personenkreises, Berlin, 9.6.1983, BStU, Bd. I, Bl. 145–147.
-  Auswertungs- und Kontrollgruppe, Tagesrapport Nr. 92/82, Leipzig 15.5.1982, AKG 1577, Bl. 47.
-  Auswertungs- und Kontrollgruppe, Tagesrapport Nr. 103/82, Leipzig 7.6.1982, AKG 1577, Bl. 22.

Bestände des MfS BV Rostock im BStU:

 Abt. XX, Bericht über das Kessiner „Friedenseminar 1983“ vom 13. bis 15.5.1983, Rostock, 15.5.1983, AOP 2784/85, Bd. I, Bl. 44–50.

 Juristische Hochschule, Lehrgang XX. HSFL, Diplomarbeit, Thema: „Die klerikalen politisch-negativen Kräfte in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburg im System der gegnerischen Angriffe gegen die sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR“, Autor: Hptm. Wulf, Claus-Dieter, Abschluß der Arbeit 15.2.1984, Abt. XX, Nr. 1666, Bl. 94.

Sonstige Bestände des MfS im BStU:

 HA XX/4, Arbeitsmaterial zu schwerpunktmäßig ausgewählten „Friedens- und Ökologiekreisen“ sowie anderen alternativen Gruppen in der DDR, Berlin, November 1984, Nr. 3687, Bl. 7f.

Von der Ost-Berliner Umweltbibliothek zu Fridays for Future. Zeitzeugenbericht eines Aktivisten der DDR-Umweltbewegung

Tim Eisenlohr

Tim Eisenlohr war Ende der 1980er Jahre jüngstes Mitglied der Umweltbibliothek und wurde im Rahmen der „Aktion Falle“ 1987 zusammen mit anderen Mitgliedern der UB verhaftet. Später im wiedervereinigten Deutschland als Schüler aktiv bei amnesty international. Seit 2012 als Zeitzeuge aktiv in der politischen Bildung und Demokratiebildung. Nach einem Einsatz auf der griechischen Insel Lesbos im Winter 2016, im Jahr 2017 Gründung der internationalen Hilfsorganisation ResCO international e.V. Heute ist Eisenlohr dort Vorsitzender und unabhängiger politischer Referent.

UMWELTPROBLEMATIK IN DER DDR

Die Umweltprobleme der DDR waren mannigfaltig: Der saure Regen, der ehemals bewaldete Gipfel in den Wäldern kahl werden ließ, was den Begriff „Waldsterben“ unmittelbar erlebbar machte. Verantwortlich dafür, dass seine Auswirkungen in unserem Land ungleich stärker zu spüren waren, waren fehlende Filteranlagen in den Kohlekraftwerken und das Fehlen von Katalysatoren in den in der DDR und im Ostblock produzierten Kraftfahrzeugen. Während man im Westen auf ähnliche Probleme mit Smog-Alarm und einem Zurückfahren der Produktion reagierte, wurde in der DDR munter weitergemacht. Eine bis zu fünffach stärkere Belastung der Luft und daraus resultierende Haut- und Atemwegskrankheiten waren die Folge.

Hinzu kamen verseuchte Flüsse, verursacht durch das Einleiten unbehandelter Abwässer der chemischen Industrie. Industrieabfälle lagerten in unzulänglich abgesicherten Mülldeponien. Dieses Thema bekam für uns eine besondere Bedeutung, als die Bundesrepublik die chronisch an

Geldmangel leidende DDR als geeignete Abnehmerin für Sondermüll entdeckte und diesen gegen Devisen (D-Mark) günstig auf Ost-Deponien zu entsorgen begann. Mit dieser Praxis erlebten wir am eigenen Leib, was für die sogenannte „Dritte Welt“ längst Alltag war und bis heute Praxis in einer globalisierten Welt ist.

»Die Bundesrepublik begann die chronisch an Geldmangel leidende DDR als geeignete Abnehmerin für Sondermüll zu entdecken und diesen gegen Devisen (D-Mark) günstig auf Ost-Deponien zu entsorgen.«

GENERATION NO FUTURE

Ich bin nicht nur DDR-Jugendlicher, sondern ebenso Teil einer Generation, die in Ost wie West unter dem Eindruck verschiedenster massiver menschengemachter Bedrohungen aufwuchs: Da war das Ozonloch, welches sich unaufhaltsam über dem Südpol auszudehnen drohte, und damit die UVB-Strahlungen ungefiltert auf Lebewesen treffen ließ, mit den bekannten krebsfördernden Folgen. Es gab Dünnsäure-Verklappung in den Weltmeeren, mit katastrophalen Konsequenzen für Fische und andere Lebewesen. Weit entfernt waren zwar die oberirdischen Tests von Atombomben auf Pazifikinseln, aber sie hielten uns anschaulich das Vernichtungspotenzial solcher Waffen vor Augen: Die allgegenwärtige Bedrohung eines möglichen Atomkrieges traumatisierte letztlich eine ganze Generation.

»Die allgegenwärtige Bedrohung eines möglichen Atomkrieges traumatisierte letztlich eine ganze Generation.«

Da wir in der DDR größtenteils auch Westfernsehen empfangen oder Radio aus der freien Welt hören konnten, wussten diejenigen, die es wissen wollten, dass unsere Welt mehrfach nur knapp der atomaren Vernichtung entging. Entsprechend war unsere Zukunftsangst nicht vorrangig mit den Folgen einer sich immer mehr erwärmenden Atmosphäre verbunden, sondern wir sahen uns der deutlich akutereren Bedrohung eines atomaren Winters ausgesetzt. Ausgelöst von atomaren Explosionen, welche durch ihre Wucht Tonnen von Staub in die Atmosphäre gewirbelt und gemeinsam mit dem Rauch flächendeckender Waldbrände die Welt für längere Zeit verdunkelt hätten. Vor diesem Hintergrund geisterten dystopische bis romantische Fantasien durch unsere Köpfe, wie wir in der zerstörten, verstrahlten Welt um unser Überleben würden kämpfen müssen.

Der dann tatsächlich eintretende Super-GAU im Atomkraftwerk in Tschernobyl 1986 bestätigte unsere Befürchtungen hinsichtlich der atomaren Bedrohung auf andere Weise. Während im Westen faktenbasiert berichtet wurde, wiegelte die Staatsführung der DDR über ihre gelenkten Medien ab und verharmloste das Problem. Diese Informationspolitik, welche die Gesundheit der eigenen Bevölkerung so fahrlässig aufs Spiel setzte, empörte viele. Denn dass eine atomare Wolke in unsere Richtung zu ziehen drohte, entging trotz der Informationsbeschränkung den Wenigsten und monatelang beschäftigte uns, was noch unbedenklich gegessen werden konnte und wovon wir besser die Finger lassen sollten. Die Gefährdungslage schuf in vielen Köpfen auch in der DDR eine Hoffnungslosigkeit, welche uns als No-Future-Generation in die Geschichte eingehen ließ.

»Die Gefährdungslage schuf in vielen Köpfen auch in der DDR eine Hoffnungslosigkeit, welche uns als No-Future-Generation in die Geschichte eingehen ließ.«

WIDERSTAND IN EINER DIKTATUR

In einem Land, in dem eine Partei (in der DDR die SED – Sozialistische Einheitspartei Deutschlands) den alleinigen Führungsanspruch hat und für sich beansprucht, immer Recht zu haben, gestaltet sich Widerstand gegen Probleme wie Umweltzerstörung naturgemäß schwierig. So waren Engagement und Aktionen immer ein Balanceakt zwischen dem Versuch, eine breitere Öffentlichkeit über die tatsächliche Umweltsituation zu informieren – mit dem Ziel, Druck auf die Staatsführung auszuüben –, und dem Bestreben, nicht für längere Zeit im Gefängnis zu landen. Deshalb wurden Formate geschaffen wie etwa die Baumpflanzaktion von 50 Schüler*innen im Schweriner Plattenbaugebiet Großer Dreesch, in deren Verlauf über 5000 Bäume gepflanzt wurden. Hier hatte der Staat keine Handhabe einzuschreiten und vordergründig ließ sich aus der Aktion auch nichts Staatskritisches ableiten. Allerdings begannen die Jugendlichen nun, sich regelmäßig zu treffen und dabei heiklere Themen zu besprechen, wie den Uranabbau der Wismut oder das Waldsterben im Erzgebirge. Ihrem Vorbild folgten junge Menschen republikweit; sie hielten Umweltseminare ab und gründeten daraus nicht selten Umweltgruppen. Diese Aktionen lassen sich als Vorläufer

der in den 1980er Jahren immer vielfältiger werdenden Umweltbewegung der DDR bezeichnen.

Wie man an Radsternfahrten und Fahrraddemos anlässlich selbst ausgerufenen „autofreier Tage“ sieht, waren die Protestformen und -aktionen, trotz Verboten und Behinderungen durch Volkspolizei und Stasi (Staatssicherheit), gewaltfrei. Ziviler Widerstand fand nur in sehr engen Grenzen statt – wobei in einer Diktatur die Teilnahme an einer in der Regel nicht genehmigten Demonstration oder Mahnwache bereits als ziviler Widerstand zu bezeichnen ist.

»Ziviler Widerstand fand nur in sehr engen Grenzen statt – wobei in einer Diktatur die Teilnahme an einer in der Regel nicht genehmigten Demonstration oder Mahnwache bereits als ziviler Widerstand zu bezeichnen ist.«

UMWELTBIBLIOTHEK BERLIN

Gruppen, welche sich für Umweltbelange engagierten, taten dies oftmals im Schutz von Gemeinden der evangelischen Kirche. Hier hatte der Staat nur begrenzten Zugriff, da es seit den 1970er Jahren eine informelle Vereinbarung gab, die darauf hinauslief, dass sich der Staat nicht in Kirchenbelange einmischte und die Kirche als solche unpolitisch blieb.

Deswegen nutzte auch die Gruppe der Umweltbibliothek Berlin (UB) die privaten Kellerräume des mutigen Pfarrers der Gemeinde der Zionskirche, Hans Simon, um eine Bibliothek aufzubauen. Diese bot die Möglichkeit, sich jenseits der kontrollierten Staatsmedien, vor allem mit Hilfe der aus der Bundesrepublik ins Land geschmuggelten Literatur, zu Umwelt- und Politikthemen zu informieren. Zudem veröffentlichten die Mitarbeiter*innen der UB eine eigene, regelmäßig erscheinende Zeitschrift namens *Umweltblätter*. Das wurde möglich, weil die Gruppe geschickt eine Lücke in der Gesetzgebung nutzte: Sie vermerkte auf jeder Ausgabe „Nur zum innerkirchlichen Dienstgebrauch“ – was die *Umweltblätter* quasi zu einer Gemeindezeitschrift machte. Die Publikation konnte in einem Kellerraum über ein Verteilerregal, in dem viele Oppositionsgruppen ihr eigenes Fach hatten, direkt abgeholt und der kontrollierte Postweg so umgangen werden. Die UB veranstaltete zudem Umweltseminare und diente als Treffpunkt für ver-

schiedenste Oppositionsgruppen. Später entstand hier das ökologische Netzwerk Arche, welches sich später von der UB emanzierte und im Gegensatz zu deren breiterer politischer Arbeit ökologische Themen in den Vordergrund stellte. Rückblickend lässt sich die UB in ihrem Anliegen der Aufklärung und Vernetzung, in ihrem Bedürfnis, Raum für Kultur zu schaffen und in der Gewährung der Möglichkeit, sich frei zu informieren, als so etwas wie ein analoges Internet ihrer Zeit beschreiben.

Anfang 1987, im Alter von 14 Jahren, hörte ich zum ersten Mal von der Umweltbibliothek auf einer Veranstaltung der Kirche von Unten, einer Vereinigung von Christen, die ihr Christsein im Gegensatz zur Amtskirche sehr politisch definierten. Als ich dann die Kellerräume der UB zum ersten Mal betrat, begegnete mir eine bunte Mischung von jungen Erwachsenen und Jugendlichen, die sich als chaotisch und links bis anarchistisch beschreiben lassen. Was uns in all unserer Unterschiedlichkeit verband, waren das Bewusstsein für die Herausforderungen unserer Zeit sowie die Bereitschaft, gegen erhebliche Widerstände und sich ausbreitende Hoffnungslosigkeit, uns für den Wandel hin zu einem besseren Land und letztlich auch hin zu einer gerechteren Welt einzusetzen, angelehnt an die Ideen eines demokratischen Sozialismus. Aus dem ersten Misstrauen dem Neuling gegenüber wurde bald freundliches Interesse und die Bereitschaft, mich an den täglichen Arbeiten zu beteiligen. So übernahm ich Ausleihdienste oder half beim Druck der *Umweltblätter*. Meine gesamte Freizeit verbrachte ich bald ausschließlich in der UB.

Im November 1987 versuchte der Staat, uns mithilfe sogenannter Inoffizieller Mitarbeiter*innen der Stasi, welche auch die UB unterwandert hatten, eine Falle zu stellen. Während einer Razzia sollten wir dabei erwischt werden, wie wir die – im Gegensatz zu den quasi legalen *Umweltblättern* – verbotene Zeitschrift Grenzfall der Gruppe „Frieden und Menschenrechte“ drucken.

Ohne auf die Details der „Aktion Falle“ in der Nacht vom 24. zum 25. November eingehen zu wollen, lässt sich zusammenfassend sagen, dass die Razzia für die Stasi ein Schlag ins Wasser war. Statt der Ost-Berliner Oppositionsszene einen Enthauptungsschlag zuzufügen, wurde es eine der größten Niederlagen der Staatssicherheit und ein Triumph

der Opposition. Die UB erlangte durch die Berichterstattung der Westmedien schlagartig DDR-weite Bekanntheit und es misslang dem Staat, der sich rechtsstaatlich hatte geben wollte, die Bibliothek zu schließen. Sie hatte Bestand bis über das Ende der DDR hinaus und die Aktion wurde zu einem Fanal der Ermutigung für die in Folge erstarkenden oppositionellen Kräfte im Land.

DAS ENDE EINER BEWEGUNG

Die in Folge der Wende am 18. März 1990 stattfindenden ersten und letzten freien Wahlen zur Volkskammer der DDR begruben dann einerseits viele unserer idealistischen Vorstellungen vom Wandel, waren aber andererseits der Weg zu Demokratie und Freiheit in einem wiedervereinigten Land. Das Bündnis 90, Träger der DDR-Opposition, erreichte bei diesen Wahlen bei 2,9%; die Allianz für Deutschland, ein Bündnis aus CDU-Ost, Demokratischem Aufbruch (DA) und Deutscher Sozialer Union (DSU), erhielt hingegen – mit dem Versprechen eines schnellen Angleichens an die Lebensverhältnisse im Westen – 48% der Stimmen. Wir mussten einsehen, dass wir mit unseren Vorstellungen keine Mehrheiten in der Bevölkerung erreichen konnten. Die Prioritäten für die meisten Menschen waren schlicht andere zu dieser Zeit. Im Nachhinein betrachtet wäre vieles von dem, was wir anstrebten, in diesem heruntergewirtschafteten Land auch nicht umsetzbar gewesen.

UNTERSCHIEDE UND GEMEINSAMKEITEN MIT DEN AKTIVIST*INNEN HEUTE

In der Gegenwart, im Austausch mit jungen Aktivist*innen von Fridays for Future oder Ende Gelände, stelle ich definitiv Gemeinsamkeiten zwischen meinen Motiven damals und ihren heute fest: Zunächst in der Gewaltfreiheit der Aktionen und grundlegender im Bewusstsein, in einer Zeit zu leben, die uns zum Handeln auffordert und dazu, Verantwortung zu übernehmen. Die Klimakrise als Bedrohung besitzt eine Dimension, welche viele Menschen überfordert und die Notwendigkeit, einen Teil unseres Wohlstandes für eine bessere Zukunft für alle aufzugeben, war schon zu unseren Zeiten nicht unbedingt populär.

Doch sehe ich auch Unterschiede: Während wir gegen den Widerstand einer Diktatur für unsere Ziele gekämpft haben, kämpft die heutige Generation vor allem auch um Akzeptanz und darum, ernst genommen zu werden von Regierungen und Konzernen, und nicht zuletzt auch von einer Gesellschaft, die zunehmend aggressiv und mit Ablehnung auf die Überbringer*innen der schlechten Botschaft reagiert.



Versammlung in der Umwelt-Bibliothek in der Zionskirche, Zentrum der Bürgerrechtsbewegung, Berlin, DDR, 1988. © Bundesstiftung Aufarbeitung, Ostkreuz, Harald Hauswald, 8910000hh3

Die heutige Zeit hat leider vieles, was mich an die Situation in den 1980er Jahren erinnert. Sei es, dass Hungersnöte, die Verschmutzung der Weltmeere und Kriege, die nicht enden wollen, wieder zunehmen, dass flüchtende Menschen keine Heimat finden oder die Klimakrise unsere Welt als Ganzes bedroht. Nicht zuletzt durch einen rasanten technischen

Fortschritt, mit dem die gesellschaftliche Entwicklung nicht immer Schritt halten kann, ist vieles seitdem deutlich komplexer und herausfordernder geworden. Gleichwohl gibt es – obwohl die Kulturpessimist*innen unter uns dazu neigen, sie zu übersehen – heute wie damals, mutige Menschen mit Leidenschaft, Kreativität, Erfindungsreichtum, Durchhaltevermögen und einer guten Portion Resilienz, die alte Wege verlassen und neue finden.

Wenn ich beginne, daran zu zweifeln, schaue ich mir ein Foto an: Prenzlauer Berg, ranziger Keller, versammelt sind eine Handvoll Menschen, die Teil einer sehr kleinen DDR-weiten Bewegung sind, denen es letztlich aber gelingen wird, im richtigen Moment einen mächtigen Apparat unter Druck zu setzen. Sie bringen dabei Dinge mit in Bewegung, von denen die Wenigsten zu diesem Zeitpunkt glaubten, dass sie sich bewegen ließen. Ein Teil oder Zeuge dieses überwältigenden Gefühls von Selbstwirksamkeit gewesen zu sein, ist eine mächtige Erfahrung, welche einige von uns bis heute trägt. Der Versuch, diese Erfahrung heute mit jungen Menschen zu teilen, ist für mich persönlich eine Form von Dankbarkeit.

Ich möchte immer da sein,
wo ich die Dringlichkeit am
stärksten sehe.“ Im Gespräch
mit Umweltaktivist*innen aus
der DDR und von der Letzten
Generation

Gesprächspartner:innen



Dr. Christian Halbrock war von 1983 bis 1989 in der Umwelt- und Friedensbewegung der DDR engagiert. 1986 gründete er die Berliner Umwelt-Bibliothek mit und studierte nach 1990 Geschichte sowie Ethnologie, was ihm in der DDR aufgrund seines politischen Engagements nicht möglich war. Aktuell leitet er das Barnim Panorama in Wandlitz, ein Naturparkzentrum und Agrarmuseum.

Jana Mestmäcker hat Psychologie studiert, anschließend in einem Verlag als Lektorin volontiert und war zuletzt als Dozentin tätig. Nachdem sie zunächst ihre Arbeitszeit immer weiter reduzierte, gab sie 2022 ihren Job vollständig auf, um sich bei der Letzten Generation zu engagieren. Sie nahm bereits an zahlreichen Blockaden und anderen Protestaktionen teil.

LaG: Lieber Christian Halbrock, liebe Jana Mestmäcker: Sie waren und sind beide zu unterschiedlichen Zeiten und in unterschiedlichen politischen Systemen in der Umwelt- bzw. Klimabewegung aktiv (gewesen). Uns interessiert, wie diese unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen die Möglichkeiten Ihres Aktivismus, aber vielleicht auch gerade die Notwendigkeit, sich überhaupt zu engagieren und Widerstand zu leisten, beeinflusst haben.

Christian Halbrock: Bei mir gab es gar keinen konkreten Auslöser, aktiv zu werden, sondern oft ist es so, dass politische Bewegungen zwei Flügel haben: Die einen kommen aufgrund politischer oder persönlicher Betroffenheit zu

ihrem Engagement, die anderen auf der Suche nach der Möglichkeit und geeigneten Form, ihr Potenzial an Unruhe, an politischer Unzufriedenheit zu kanalisieren. Zum zweiten Flügel gehöre ich.

»Wie kann ich authentisch, ohne die Lügen, die in der Gesellschaft von mir abgefordert werden, leben?«

Hinzu kommt die drängende Frage: Wie kann ich authentisch, ohne die Lügen, die in der Gesellschaft von mir abgefordert werden, leben? In dieser Hinsicht ist das grüne Thema ein sehr gutes, weil es authentisch einfordert, dass man auch so lebt, wie man sich positioniert. Da war die bundesdeutsche grüne Bewegung in ihrer frühen Phase sehr vorbildhaft: Da waren welche, die komplett auf das Auto verzichtet, keine Flugreisen gemacht haben und auf irgendwelchen Aussteigerhöfen wohnten.

Jana Mestmäcker: Was Herr Halbrock da sagt, resoniert bei mir sehr. Einfach der Wunsch, authentisch leben und sich diesen Lügen, die uns für ein normales Leben abverlangt werden, entgegensetzen zu wollen. Und da stellt sich auch die Frage des individuellen Konsums und so ging es bei mir auch los. Ich würde auch keine Flugreise machen. Gleichzeitig sehe ich in unserer aktuellen Gesellschaft das Problem, sich so auf individuellen Verzicht zu fokussieren, dass Menschen denken, damit wäre ihre Einflussmöglichkeit ausgereizt, womit die politische Ebene ausgeblendet wird.

CH: Es ist weitreichender. Die Umweltbewegung in der DDR in den 1980er Jahren war an sich ja auch keine reine Umweltbewegung, sondern eine, die Friedens- und Umweltthemen miteinander verbunden hat. Und sich zugleich konkret gegen die Verhältnisse im damaligen politischen System gewandt hat. In diesem Sinne ist die Umweltbewegung der DDR, auch vor allem in der grünen Phase von 1982 bis 1987, einer der vielen Versuche, gegen ein politisches System, mit dem man nicht einverstanden ist, aufzubegehren, aber trotzdem im Land zu bleiben. Schließlich gelang es uns, als Teil der Opposition, Netzwerke zu bilden und eigene Strukturen aufzubauen. Mit unserer Untergrundzeitschrift in der Umweltbibliothek waren wir de facto sehr stark auf die Mechanismen ausgerichtet, wie das System funktioniert. Dementsprechend haben wir unsere Protestformen herausgebildet: Durchbrechung des Informationsmonopols, Aufbau eines eigenen Informationsver-

teilers und -systems. Mit dem Fall der Mauer ist dann eine komplette neue Gesellschaft über uns gekommen. Und ich halte es nicht für gut, einfach weiterzumachen mit etwas, weil man das immer so gemacht hat, sondern man muss seine Ideen und Formen den sich verändernden Verhältnissen angleichen. Und das war ein wesentlicher Grund, warum ich gesagt habe, ich möchte mich noch einmal aus historischer Perspektive mit meinem eigenen Engagement beschäftigen.

LaG: Wo sehen Sie Unterschiede zwischen der damaligen und der heutigen Situation?

CH: Das Thema Klima hat bei uns damals eine relativ geringe Rolle gespielt. Im Fokus stand eher die Verhinderung von Heizkraftwerken, die mit Braunkohle betrieben wurden. Ein weiteres Thema, das damals stark diskutiert wurde, aber heute kaum eine Rolle spielt, war die Überhitzung des Globus durch die massive Zunahme der Bevölkerung. Natürlich kann man an der Letzten Generation heute die apokalyptische Überspitzung des Umweltthemas kritisieren. Aber das ist ihre Sichtweise und zu der sind sie berechtigt, weil in der Demokratie jeder das Grundrecht hat, seine Position zu bestimmen.

JM: Das würde ich gerne aufgreifen. Meine jetzige Perspektive als Person, die 1992 geboren ist, und sich überhaupt nicht auskennt mit dem, was Sie erfahren und geleistet haben, ist, vor der Frage zu stehen: Ab wann gibt es kein Zurück mehr? Und das ist eine sehr besondere Situation im Vergleich zum letzten Jahrhundert, wo es immer hieß: Ja, irgendwann wird das nicht mehr aufhaltbar sein.

»Irgendwann gibt es kein Zurück mehr.«

Ich finde es wichtig, das zu benennen: Irgendwann gibt es kein Zurück mehr. Und deswegen würde ich nicht sagen, dass wir apokalyptisch formulieren, sondern dass wir versuchen, das ernst zu nehmen, was Realität ist.

CH: Wir haben uns damals ja auch mit apokalyptischer Übertreibung hervorgetan in Bezug auf den atomaren Untergang. Aber Bewegungen funktionieren nur unter gewissen Voraussetzungen: Indem man bestimmte Themen aufwertet. Und natürlich muss man fragen, was passieren würde, wenn es die Proteste nicht mehr geben würde. Dann könnte die Gesellschaft sagen: „Dann machen wir halt so weiter!“

Ein Unterschied besteht darin, dass die Umweltbewegung in der DDR anfangs eine romantische Bewegung war, die zaghaft darauf hinwies, was passiert, wenn für die Landwirtschaft Hecken beseitigt werden, nur, damit größere Maschinen computergesteuert die Felder durchziehen können. Ich kann mich an Diskussionen erinnern, was passiert, wenn man alles in die Ostsee reinkippt und die Antwort war: „Ja, ja, das verteilt sich dann schon. Keine Angst, das ist alles groß genug“. Erst heute sieht man die gravierenden Folgen.



Protestaktion der Letzten Generation (Foto freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Jana Mestmäcker).

JM: Ich verstehe ja auch, dass unvorstellbar war, dass wir diese planetaren Grenzen wirklich erreichen, weil das alles so unvorstellbar groß ist – aber wir sind dabei. Und deshalb würde ich auch nicht sagen, dass wir Gefahren aufwerten, sondern sie eher aufgreifen und ernst nehmen. Ich denke, es ist das Richtige, zu versuchen den Klimawandel

aufzuhalten oder in dieser Extremsituation zumindest menschlicher miteinander umzugehen, demokratischer an die Sache ranzugehen. Selbst wenn wir rausfinden, jetzt kippt es, würde ich nicht raten, mit dem Protest aufzuhören, sondern es ist immer noch wichtig, die Demokratie zu stärken und weiterzumachen. Wir müssen abschätzen, ob unser Anliegen, für das wir zu bestimmten Protestformen wie Straßenblockaden greifen, dem Gemeinwohl nützt oder nicht.

CH: Genau. Übertreibungen, Überspitzungen, das ist Teil der Demokratie. Wir haben hier keine regierende Obrigkeit, die feststellt, was rational ist und was nicht. In der Demokratie kann sich jeder zu Wort melden, auch mit Beiträgen, die überspitzt sind. Das ist häufig auch der einzige Mechanismus, sich in einer Demokratie Gehör zu verschaffen.

»Übertreibungen, Überspitzungen, das ist Teil der Demokratie. Wir haben hier keine regierende Obrigkeit, die feststellt, was rational ist und was nicht.«

LaG: Sie, Herr Halbrock, waren in einer Diktatur widerständig und Sie, Frau Mestmäcker, sind es in einer Demokratie. Was bedeutet das jeweils für politischen Aktivismus?

CH: Ein gravierender Unterschied liegt darin, dass es in einer Diktatur Konsequenzen gibt, die unvermeidlich sind. Man kann nicht in der Freizeit protestieren und dann normal auf Arbeit gehen. Diese Trennung in verschiedene Sphären, die heute ja möglich ist, gab es da nicht. Man kann nur Karrierist sein oder jemand, der sich gegen das System wendet. Und dann ist auf allen Ebenen Schluss: am Arbeitsplatz, in der Freizeit, wo dann auch der Ausschluss von den knappen Ressourcen stattfand. Urlaubsplätze, Bildungschancen – all das wurde in der DDR zentral vergeben. Und da ist man dann überall raus. Das ist die persönliche Ebene.

Zudem ist Protest in einer Diktatur mit einem höheren strafrechtlichen Risiko behaftet. Dieses muss jede Bewegung in der Diktatur eingehen, um wahrgenommen zu werden. Andererseits wird dann auch alles, was man gegen das System unternimmt, sofort wahrgenommen und skandalisiert. Die Kommunikation zwischen Beherrschten und Herrschern funktioniert so, dass das Entscheidende ist, wer etwas sagt. Und wenn derjenige als Systemkritiker gilt, dann kommen seine Äußerungen auch als Kritik und Infragestellen des Systems an. In dieser Hinsicht haben es die Leute heute viel schwerer in dieser totalen Meinungsvielfalt, überhaupt aus der Lautstärke in einer Demokratie herauszukommen.

JM: Ich merke auf vielen Ebenen, dass ich in einer Demokratie protestiere, durch den Umgang des Staates mit mir. Das hängt zwar auch damit zusammen, dass ich eine Person weißer Hautfarbe bin, aber ich hatte noch nie Angst um mein Leben – und ich war schon unzählige Male eingesperrt. Und ich habe schon dazu aufgerufen, sich dem Widerstand gegen diese zerstörerische Politik der Bundesregierung anzuschließen und wurde dann nicht von der Polizei erwartet und bin verschwunden. Auch meine Familie wird da nicht mit reingezogen. Das alles kann ich sehen und wertschätzen.

»Ich merke auf vielen Ebenen, dass ich in einer Demokratie protestiere, durch den Umgang des Staates mit mir.«

Was ich spannend finde in der Debatte um die Möglichkeiten von Protest in einer Demokratie, ist der Punkt: Sind Ideen hier wirklich frei verhandelbar? Denn manchmal wirkt es so, als wäre eine bestimmte Wirtschaftsordnung oder die Annahme, dass wir auf jeden Fall Wachstum brauchen, in unserer Verfassung festgeschrieben, sozusagen eins mit der Demokratie. Aber: Wenn wir die Klimakatastrophe angehen und ernsthafte Lösungen überlegen wollen, dann wird das nicht mit dieser Wirtschaftsordnung, mit diesem unendlichen Wachstum, gehen. Wenn unser politisches System aber sagt, daran müsse auf alle Fälle festgehalten werden, dann sehe ich darin ein Element, das meiner Meinung nach nicht demokratisch ist.

CH: Das ist die Grundfrage. Im gewissen Maße ist die Stabilität der Demokratie abhängig von diesem Wirtschaftssystem. Kein Mensch weiß, was passiert, wenn der Wohlstand wegfällt. Ob dann Teile von dieser Demokratie wegbrechen. Man sieht, wie sehr die Leute abhängig davon sind, im Wohlstand zu leben. Aber wir müssen dieses Wirtschaftssystem komplett infrage stellen. Das Wachstum muss Grenzen bekommen, sonst verheizen wir alles um uns. Veränderung muss auf zwei Ebenen stattfinden: Auf dem oberen Weg, indem man gesellschaftlich und die Wirtschaft umbaut, aber auch im Graswurzelprinzip, dass im unteren Bereich die ganze Gesellschaft umstrukturiert wird. Weg von den jetzigen Konsum- und Produktionsverhältnissen, hin zu einem System, das wieder vor Ort verankert ist. Deshalb habe ich einen leerstehenden Wirtschaftshof übernommen, um zu sehen, wie es funktioniert, eine wirtschaftliche Einheit im landwirtschaftlichen Bereich wieder auf- und die Landwirtschaft umzubauen.

»Im gewissen Maße ist die Stabilität der Demokratie abhängig von diesem Wirtschaftssystem.«

LaG: Wie blicken Sie auf das heutige Engagement der Letzten Generation?

CH: Ich habe keinen persönlichen Kontakt, aber ich sehe natürlich, wie im Bekanntenkreis darüber diskutiert und wie darüber berichtet wird: oft negativ. Davon grenze ich mich ab, trotz vieler Sachen, die man intern kritisieren kann. Man kann jede Bewegung auseinanderkriegen, gegen jede Bewegung agitieren, aber ich finde das Engage-

ment legitim. Es gibt genug Leute, denen egal ist, was mit der Gesellschaft passiert. Die konsumieren, die sind jedes zweite Wochenende mit dem Flieger unterwegs. Deshalb bin ich auch grundsätzlich dafür, eine Amnestie zu erlassen: die Strafverfahren, die stattfinden wegen Blockierung von Flughäfen usw. So etwas muss möglich sein. Ich finde es nicht richtig, wenn man versucht, die Leute über die finanzielle Schraube davon abzubringen.

Man kann immer alles kriminalisieren. Das ist uns auch passiert. Aber: Es ist rechtens, sich zu engagieren. Und auch nicht legale Aktionsformen durchzuführen. Die Welt bricht nicht zusammen, wenn mal Autobahnen blockiert werden. Das ist eine total überdrehte Diskussion. Und in dieser aufgeheizten Situation werden auch gewisse Dinge als richtig erachtet, die den Rechtsstaat aushöhlen. Präventivhaft ist beispielsweise eine Sache, die nicht passieren darf. Auch, wenn es total ärgerlich ist, wenn einer ständig auf die Autobahn läuft, wenn sie gerade wieder frei ist, aber der Rechtsstaat ist ein so hohes Gut, dass so etwas nicht möglich sein darf.

»Es ist rechtens, sich zu engagieren. Und auch nicht legale Aktionsformen durchzuführen.«

JM: Vielen Dank für das Verständnis.

LaG: Die Blockaden als Protestform sind jetzt angesprochen. Was wollen Sie mit Ihrem Protest erreichen, Jana Mestmäcker?

JM: Letztlich möchten wir eine Politisierung der Menschen erreichen, dass wir es schaffen, unsere Demokratie so zu nutzen – zu erweitern, wenn es sein muss –, dass wir die Katastrophe, dass unsere Lebensgrundlagen unwiederbringlich zerstört werden, angehen.

»Letztlich möchten wir eine Politisierung der Menschen erreichen.«

LaG: Was meinen Sie mit „Demokratie erweitern“? Welche Komponenten sollten wir zufügen?

JM: Das ist alles nichts Revolutionäres. Das sind Dinge, die auch im jetzigen Koalitionsvertrag stehen. Der wissenschaftliche Dienst der Bundesregierung hat auch durchexerziert, wie wir das machen können. Nur: Ich nehme es

so wahr, als würde alles, was aktuell gemacht wird, eher ausprobiert, als wären wir hier nicht in der richtigen Demokratie, die jetzt entscheidet, was mit der Menschheit passiert, sondern als wären wir beim Planspiel Model United Nations. Was wir vorschlagen (und was auch die Bundesregierung eigentlich plant), sind Bürgerräte – wir nennen das Gesellschaftsrat. Und das ist eine Erweiterung der Demokratie, keine Ablösung des Parlaments. Dem Parlament wird die Lösung trotzdem vorgeschlagen und es wird dann darüber entscheiden können.

Es hat sich auch in anderen Ländern, wo es um sehr umkämpfte Fragestellungen ging, die die Gesellschaft spalten, und wo ein solcher Rat zusammengekommen ist, der Nutzen davon gezeigt, wenn Menschen an einem Tisch zusammensitzen und Zeit haben, sich damit auseinanderzusetzen. Das macht einen Unterschied zu Volksabstimmungen, wo Menschen eher aus dem Bauch heraus entscheiden – was ich als Psychologin, die sich sehr viel mit Umfragen beschäftigt hat, auch auf jeden Fall ablehnen würde, weil Menschen da keine gut fundierten Entscheidungen treffen. Anders in Räten, wo es Zeit gibt, wo man moderiert wird und wertschätzend miteinander umgeht und wo Expertise eingebracht wird. Dadurch wird ein großes Potenzial freigesetzt, zu besseren Entscheidungen zu kommen, die dann auch einen Rückhalt in der Bevölkerung haben, vor allem, wenn wir das medial begleiten.

Denn aktuell ist es ja so: Es ist sehr schwer für die, die in der Regierung sind und im Umweltbereich etwas machen wollen, das durchzusetzen. Ich finde es sehr problematisch, wenn es wichtiger ist, in welcher Partei man ist und von wem etwas eingebracht wurde, als das Gemeinwohl, als die Sache, um die es eigentlich gehen sollte. Und wenn Anträge einfach aus Prinzip abgelehnt werden von der Opposition, ist das keine gute Kultur, wenn wir versuchen, ein sehr wichtiges Problem zu lösen.

Ich denke, was sich verändern muss, ist, dass wir das, was wir aufgeschrieben haben, z.B. in unserer Verfassung, das alles, was wir uns vorgenommen haben, wie wir hier leben wollen, von den Werten und Prinzipien her, dass wir das ernst nehmen und regelmäßig überprüfen und danach leben. Manchmal ist es schwer greifbar, was alles falsch läuft. Da wird kritisiert, dass wir nicht gegen ein bestimmtes Ge-

setz Widerstand leisten, sondern das „Weiter so“ stören, wenn wir uns auf stark befahrene Straßen setzen. Aber es ist auch eine gewisse Grenzenlosigkeit, die aktuell das Unrecht darstellt, die dazu führt, dass andere Staaten komplett vernichtet werden. Und wir möchten gar nicht vorgeben, was genau passieren muss. Aber wir möchten, dass die Lage ernst genommen und angegangen wird. Also eine Besinnung auf die Frage: Ist das richtig, was hier passiert? Ich höre aus der Politik oft die Annahme, es sei im Großen und Ganzen schon okay so. Und da widerspreche ich und sage: Nein, das ist super großes Unrecht, was gerade geschieht.

LaG: Verstehe ich Sie richtig, dass Sie dafür plädieren, dass „die Politik“ ihre eigenen Regeln einhält und ernst nimmt? Dass Sie die Umsetzung dessen einfordern, was man sich selbst, auch als Gesellschaft aufgetragen hat?

JM: Zum Teil ist es nur ein Ernstnehmen der eigenen Regeln, ja. Ich denke, dass die Demokratie da viele Instrumente hat, um sich selber schützen zu können. Das erfordert aber ein sehr waches Bewusstsein dafür, wie mittlerweile die Lage ist. Und wir können die Klimakatastrophe ja auch gar nicht komplett überblicken, weil selbst die Menschen, die dazu forschen, jeden Tag wieder geschockt sind, was passiert. Die Situation erfordert also auch ein Eingestehen der eigenen Grenzen; was wir alles nicht wissen können, wo wir dann noch vorsichtiger handeln sollten. Aber ich sehe nicht, dass diese Instrumente der Demokratie so genutzt werden, dass diese wichtigste Fragestellung – wie kommen wir bis 2030 von fossilen Brennstoffen los – einbezogen wird.

»Aber ich sehe nicht, dass diese Instrumente der Demokratie so genutzt werden, dass diese wichtigste Fragestellung – wie kommen wir bis 2030 von fossilen Brennstoffen los – einbezogen wird.«

CH: Das ist ziemlich interessant. Ich sitze hier im Nordosten der Republik. Da haben wir das Problem, dass über 20% der Bevölkerung grundsätzlich Protest wählen. Sie verstehen die Aufforderung, weniger zu konsumieren oder auf Flugreisen zu verzichten, als persönlichen Angriff. Und es sitzen Leute in den politischen Vertretungen auf Kreis- und Kommunalebene – nicht, weil sie sich gesellschaftlich eingebracht haben oder weil sie kompetent sind, sondern, weil sie einer Protestpartei angehören. Die zeichnen

sich durch nichts aus, nur dadurch, dass sie Protest symbolisieren. Und die würden natürlich in solchen Gesellschaftsräten auch eine Stimme bekommen und Einfluss nehmen. Das ist sehr diskutabel.

JM: Die Räte werden ja gelost und sind damit ein Querschnitt der Gesellschaft. Da wären auch die 20%, die Protest wählen, mit drin. Für mein Menschenbild ist es sehr wichtig, dass wir uns mit allen zusammensetzen und dadurch auch Menschen dazu gewinnen können, sich hinter am Gemeinwohl orientierte Lösungen zu stellen, wenn sie auch mit ihnen ausgehandelt wurden.

CH: Eine ganz schwierige Gemengelage. Die Idee des Querschnitts durch die Bevölkerung haben wir ja im Schöffensystem. Da haben wir einerseits das Problem, dass sich nicht genügend Personen zur Verfügung stellen, andererseits aber gewisse Personen, die sich längst von der Bundesrepublik und der Demokratie verabschiedet haben, gezielt versuchen, solche Posten zu übernehmen. Ich wollte die Idee jedoch nicht diskreditieren. Es ist immer eine wichtige Frage, wie weit ich nur über Parlamente gehe oder mir auch andere Formen schaffe.

LaG: Ich sehe in dem, was wir gerade besprechen, auch eine Konsequenz aus der Politisierung der Gesellschaft, die Sie eingangs gefordert haben. Und die geht natürlich nicht zwangsläufig in die Richtung der eigenen Anliegen.

JM: Genau. Was ich problematisch und schade finde, ist, dass es diese große schweigende Mehrheit gibt, die sich als komplett unpolitisch begreift. Es wären viel mehr Menschen zu aktivieren, wenn sie merken: In dieser Demokratie ist es so, dass ich immer mal wieder in einen Rat gelost werde und dass ich mitreden kann, und dass das eine Ehre ist. Und das könnte sehr viel bewirken, weil ich glaube, dass wir in einer Situation sind, wo es Menschen zuzutrauen ist, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden. Ich finde es schlimm, dass so wenig mitgedacht wird und die Möglichkeiten derer, die mitgestalten wollen, dann oft ins Leere laufen.

»Was ich problematisch und schade finde, ist, dass es diese große schweigende Mehrheit gibt, die sich als komplett unpolitisch begreift.«

CH: Meine damaligen Ideen, mein damaliges Engagement – ich sehe natürlich, dass das ein Kampf gegen Windmühlen war, weil der Konsum und die wirtschaftliche Entwicklung viel stärker und viel schneller sind. Ich beschäftige mich noch immer mit der Frage, was heutzutage eine Bewegung ausrichten kann. Vielleicht zwei Impulse: Wir leben in einer von Arbeitsteilung und Technisierung komplett anders gestalteten Welt als damals. In den 1970er Jahren fand ein weitgehender Umbruch statt, der die Technisierung der Arbeitswelt betraf. Heute haben wir zum Teil sehr lange Arbeitswege, Pendelei mit dem PKW ist ein großes Thema auf dem Land. Hinzu kommt der massiv angestiegene Güterverkehr. Wie man davon wieder weg kommt, ist eine grundsätzliche Frage. Daraus ist bei mir die Idee entstanden, diesen Wirtschaftshof neu aufzubauen, um zu sehen, was man ganz konkret tun kann. Und wie man auch einen ästhetischen Weg findet, dass Menschen die Schönheit der Landschaft erkennen, wenn diese nicht nur nach industriellen Agrarmethoden optimiert ist. Vielleicht ist das ein Zugang, Leute zu einem anderen Verhalten zu bringen.

LaG: Sie, Herr Halbrock, haben ja damals an Fahrrademos teilgenommen. Sie, Frau Mestmäcker, kleben sich auf Fahrbahnen fest. Haben oder hatten Sie bei diesen Aktionen manchmal das Gefühl, Menschen zu erreichen, Sie vielleicht sogar zu politisieren? Oder stießen und stoßen Sie auf Ablehnung?

JM: Bei Ablehnung fühle ich mich jetzt angesprochen. Wir spüren sie auf jeden Fall. Und wir erwarten sie logischerweise auch, wenn wir Menschen in ihrem Alltag aufhalten.

Ich denke da viel drüber nach. Was ich damit tue, ist, dass sich diese Situation, dass es irgendwo nicht mehr weitergehen wird, weil wir an physikalische Grenzen des Planeten stoßen, nach denen es nur noch Leid und Tod gibt – und auch keine Demokratie –, dass wir versuchen, diese Krise ins Hier und Jetzt zu holen. Ich weiß, dass Leute die Krise kriegen, weil ich mich da hinsetze oder weil wir Kartoffelbrei auf ein Gemälde werfen. Aber ich versuche, jetzt eine Situation zu kreieren, die diese negativen Emotionen rausholt, weil dadurch eine Energie entstehen kann. Und letztlich ist die Gesellschaft dann frei, wie sie damit umgeht. Sie können uns wegsperren, dazu hat der Staat die



Jana Mestmäcker klebt sich bei einer Protestaktion auf der Straße fest (Foto freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Jana Mestmäcker).

Macht. Oder die komplette Gesellschaft kann medial oder am Abendbrottisch sagen: „Wir finden das blöd, wir möchten das jetzt ignorieren oder verurteilen“. – Aber es ist ein Moment der Chance, wo wir uns mit etwas auseinandersetzen und uns positionieren können. Und dafür ist der Motor oft Empörung und Wut. Was ich unerträglich finde, ist diese Apathie, mit der wir gerade über die Klippe gehen.

Aber es gibt natürlich auch positive Reaktionen. Die Videos im Internet zeigen natürlich in erster Linie, wie Menschen uns von der Straße zerren oder schlagen. Was sie nicht zeigen, sind alle, die nicht aussteigen, die denken: „Ja, ist jetzt nervig, aber irgendwie kann ich es auch verstehen und finde es legitim“. Und wir haben auch Leute, die sich dazu setzen. Und wir sehen

auch viel Dankbarkeit in den Spenden, über die wir uns finanzieren. Das kommt aus der schweigenden Mehrheit heraus, dass Menschen sagen: „Ich kann mir zwar nicht vorstellen, mich auf die Straße zu kleben, aber ich kann mir vorstellen, 50€ im Monat an eine Aktivistin zu geben, die das macht, weil ich es richtig finde“.

»Was ich unerträglich finde, ist diese Apathie, mit der wir gerade über die Klippe gehen.«

Aber ich muss auch akzeptieren, dass in Umfragen 85% der Menschen unsere Protestformen ablehnen. Das war für mich von Anfang an okay, denn das Wichtige für mich ist: Lehnen die Menschen das Anliegen ab? Und da sehe ich erstaunlicherweise z.B. in Kommentarspalten, in denen es nicht zimperlich zugeht, dass Menschen, die wirklich empört sind, schreiben: „Die haben ja in der Sache recht, aber“. Da freue ich mich, wenn ich mich selbst mit dem konservativsten Politiker auf einem Podium darauf einigen kann, dass wir das, was hier gerade passiert, letztlich alle nicht wollen.

CH: Wir hatten damals das eigenartige Phänomen, dass es Protestformen gab, mit denen wir kaum jemand erreichen konnten. In den Unterlagen der Staatssicherheit steht anlässlich einer Fahrraddemo, an der ich teilnahm, dass es

hier erstmals gelungen sei, in breiterem Maße an die Bevölkerung heranzukommen.



Fahrraddemonstration.
© Christian Halbrock

Das war etwas ganz Ungewöhnliches damals. Das Entscheidende daran war das Aufbrechen, also die Beseitigung der Angst in der Gesellschaft und das Erzeugen von Solidarität. Und das schien nicht schaffbar unter den damaligen Verhältnissen. Aber wir haben es dann tatsächlich an einigen Punkten geschafft. Zum Beispiel bei Mahnwachen:

Da haben uns Leute aus der Nachbarschaft unterstützt, indem sie Brötchen vorbeigebracht oder etwas spendet haben. Das war ein Riesenerfolg, nach dem Motto: Gesellschaft lässt sich doch verändern. Solidarität ist ein wichtiger Aspekt, der sich – anders gelagert – ins Heutige übertragen lässt. Wenn wir uns innerhalb der gesamten Gesellschaft solidarisch sehen würden, auch mit allen Erdteilen, dann ist ein „Weiter so“ nicht mehr ohne Weiteres möglich. Dieser Gedanke hat heute eine andere Dimension als damals.

»Das Entscheidende daran war das Aufbrechen, also die Beseitigung der Angst in der Gesellschaft und das Erzeugen von Solidarität.«

JM: Wir erleben die stärkste Solidarität, wenn der Gegenwind am größten ist. Als Menschen in Bayern in Präventivhaft saßen, kamen die meisten offenen Briefe und auch Gruppen, die sich vorher nicht solidarisch gezeigt haben, waren plötzlich da.

Aber natürlicherweise haben Bewegungen eine gewisse Halbwertszeit. Es gibt einen Moment, wo sie sehr widerständig sind und Energie in die Gesellschaft reingeben. Und irgendwann werden sie ruhiger und gehen oft in eine NGO über. Das entspricht – ganz persönlich gesprochen – nicht meinem Naturell. Ich möchte immer da sein, wo ich die Dringlichkeit am stärksten sehe. Sobald die Letzte Generation zur NGO würde, würde ich vermut-

»Aber natürlicherweise haben Bewegungen eine gewisse Halbwertszeit.«

lich weiterziehen. Mein ursprüngliches Engagement lag im Bereich Menschenrechte, ich bin also nicht ursprünglich vom Klima motiviert. Das kam, weil Klima und Menschenrechte jetzt so stark verknüpft sind. Doch selbst wenn der Klimawandel nicht mehr aufzuhalten sein sollte, wird mein Kampf nicht aufhören. Denn es macht einen massiven Unterschied, wie wir auf einem kollabierenden Planeten miteinander umgehen, wie wir unsere Ressourcen verteilen. Und deswegen werde ich weiter versuchen, mich einzubringen, solange es Dinge gibt, die mich bewegen.

LaG: Herzlichen Dank für das Gespräch!

Natur? Politisch. Ein Serious Game zum Umweltaktivismus in der DDR

Christian Johann



Natur? Politisch. © Europäische Akademie Berlin

Was wäre passiert, wenn Greta Thunberg nicht am 20. August 2018 in Stockholm die Schule für besseren Klima- und Umweltschutz geschwänzt hätte, sondern am 17. August 1984 in Bitterfeld? Diese Frage spannt den Rahmen für *Natur? Politisch.*, das als Projekt

der politisch-historischen Bildung mit einem gleichnamigen Serious Game neue Zugänge zur Geschichte der DDR aufzeigt. Das Thema ist der persönliche Einsatz für die Umwelt. Ausgangspunkt des Projektträgers Europäische Akademie Berlin (EAB) ist der Wunsch, zum einen die Erinnerung an das Unrecht des SED-Staats wachzuhalten. Zum anderen wollen wir Interesse für Widerstand und Eigeninitiative für Umweltschutz wecken, die zu seinem Ende beitragen.

Dazu entschieden wir uns für die kollaborative Erarbeitung eines Serious Games. In diesem erfahren junge Menschen, wie sich Jugendliche in der DDR auch unter großen persönlichen Gefahren für Umweltschutz einsetzten. Den Rahmen des Spiels *Natur? Politisch.* liefert die Geschichte einer Gruppe Jugendlicher, die in Bitterfeld auf die unsachgemäße wie illegale Entsorgung verdächtiger Fässer stößt und diese dokumentiert. Mit ihrem Bericht, der die Vertuschung dieser Entsorgung festhält, machen sie sich auf den Weg zur Umweltbibliothek Berlin, um die Öffentlichkeit zu informieren. Doch ein Mitglied der Gruppe verrät den Plan der Stasi, die die Gruppe daraufhin aushebt. Das Spiel überlässt den Spielerinnen und Spielern an mehreren Wegmarken Entscheidungen. Es gilt zudem, Antwort-

ten auf Fragen der Figuren, denen sie im Verlauf der Handlung begegnen, zu finden, und stellt sie vor Rätsel, die die Handlung vorantreiben. So wird Geschichte interaktiv, sie wird zum Leben erweckt und ermöglicht Identifikation.

»So wird Geschichte interaktiv, sie wird zum Leben erweckt und ermöglicht Identifikation.«

Mehr als ein Dutzend Beteiligte (u.a. Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, Spieleentwicklerinnen und -entwickler, freiwillige Teilnehmende, Stiftungsvertreterinnen und -vertreter und politische Bildnerinnen und Bildner) haben mit *Natur? Politisch.* ein Serious Game zur Geschichte der Umweltbibliothek Berlin geschaffen, einem wichtigen Treffpunkt der oppositionellen Umweltbewegung in den 1980er Jahren. Das Spiel vermittelt Menschen zwischen 14 und 22 Jahren Einblicke in den Alltag einer sozialistischen Diktatur. Dabei wird deutlich, welche hohen demokratischen Grundrechte wie Demonstrations- und Informationsfreiheit sind. Der spielerische Zugang zu einem wichtigen Gegenwartsthema und einer Facette gesellschaftlichen Engagements im Unrechtsstaat weckt Neugier.

KONTEXT: UMWELT UND UMWELTSCHUTZ IN DER DDR

Tote Flüsse und Seen, sterbende Wälder und vom Braunkohletagebau verwüstete Landschaften – das ökologische Erbe der DDR war desaströs. Als Erklärung für den rücksichtslosen Raubbau an der Natur wird noch heute häufig angeführt, die DDR-Elite habe anderen Zielen, etwa einer Steigerung der Produktion, grundsätzlich Priorität vor Umweltbelangen eingeräumt. Doch ganz stimmig ist diese Erklärung nicht, wie zwei Jahreszahlen zeigen: Schon 1968 wurde Umweltschutz als Staatsziel in der DDR-Verfassung verankert. Und 1972 richtete Ost-Berlin ein Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft ein – immerhin 14 Jahre vor der Bundesrepublik. Wie ist das zu erklären? Handelte es sich um eine vergleichsweise fortschrittliche Politik oder um Vertuschungsmanöver? Welche Möglichkeiten hatten Bürgerinnen und Bürger, die Lösung von Umweltproblemen zu beeinflussen – und wie ging der Staat mit Kritik und Widerstand um?

»Welche Möglichkeiten hatten Bürgerinnen und Bürger, die Lösung von Umweltproblemen zu beeinflussen – und wie ging der Staat mit Kritik und Widerstand um?«

Diese Fragen bilden den geschichtswissenschaftlichen Hintergrund für *Natur? Politisch*. Auch wenn manche Fragen nur aufgeworfen und im Spiel nicht beantwortet werden, wird für die Spielerinnen und Spielern deutlich, dass Vertuschung und Behinderung von Aufklärung ein größeres Anliegen der SED war als eine fortschrittliche Umweltpolitik. Diese Botschaft des Spiels entspricht nicht nur der anekdotischen Schilderung der eingebundenen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, sondern basiert auch auf dem aktuellen Stand der Forschung.

Dass die DDR-Umweltpolitik trotz einiger Bemühungen als gescheitert betrachtet werden muss, hatte vor allem ökonomische Gründe. Die anhaltende Wirtschaftskrise, in der sich alle sozialistischen Staaten wiederfanden, verunmöglichte die Finanzierung vieler Maßnahmen ebenso wie die strukturellen Defizite einer Planwirtschaft, die die Nachfrage nach den notwendigen technischen Anlagen nicht befriedigen konnte. Die Lösung bestand für die SED aus der Verschleierung von Missständen.

Viele Bürgerinnen und Bürger reagierten auf die Untätigkeit des Staates und die rapide Verschlechterung von Umweltdaten mit verstärktem Widerstand: Sie wollten unzureichende oder komplett fehlende Umweltauflagen, massive Industrialisierung, marode Industrieanlagen und die Zerstörung der Landschaft durch Braunkohleabbau nicht mehr hinnehmen und organisierten Protestaktionen. In Kirchen wurden Umweltbibliotheken gegründet und Umweltblätter verfasst. Junge Umweltschützerinnen und -schützer veranstalteten Fahrraddemos, Baumpflanzaktionen und Umweltseminare, Anwohnerinnen und Anwohner nahmen an Spendensammelaktionen für Umweltzwecke teil und Engagierten gelangen heimliche Filmaufnahmen, die dem Ort Bitterfeld zu trauriger Berühmtheit verhalfen.

Der Protest gegen das umweltpolitische Versagen des Staates war nicht nur kreativ. Er hatte als Inspirationsquelle für die sich formierende Oppositionsbewegung in der DDR auch Anteil an der Überwindung des Systems durch engagierte Einzelne, die große Risiken auf sich nahmen. Solche Wechselwirkungen zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren nachzuvollziehen, zudem zu verdeutlichen, welche Folgen das Herrschaftssystem

der DDR für die Umwelt einerseits und für den Aktivismus engagierter Bürger und Bürgerinnen andererseits hatte, ist das Ziel des Serious Game *Natur? Politisch*.

NEUGIER WECKEN MIT INTERESSANTEN THEMEN UND METHODEN

Selbst wenn Themen wie Politik, Alltag und Zwänge in der DDR in der Schule behandelt werden, bleiben Lücken, die nicht nur inhaltlicher Art sind. *Natur? Politisch* widmet sich der Lücke der persönlichen Identifikation. Es fördert die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur durch methodische Innovation und thematische Zielgruppenorientierung.

Doch wieso die Umweltbibliothek? Warum das Thema Umweltschutz? Klimawandel und Umweltverschmutzung sind nicht zuletzt dank zahlreicher Initiativen junger Menschen wie Fridays for Future massiv ins gesellschaftliche Bewusstsein gerückt. Klimastreiks mobilisieren Jugendliche, die für ihre Forderungen auf die Straße gehen. War das in der sozialistischen Diktatur der DDR auch möglich? Wie können wir heute für grundlegende Rechte eintreten? In *Natur? Politisch* werden diese Fragestellungen verarbeitet. Der Ansatz der Gamification birgt die Chance, neue, auch schwer zu erreichende Zielgruppen zu erschließen, die Motivation zum Lernen und zum eigenen Engagement, einem Kernanliegen der politischen Bildung, zu steigern und Sozialkompetenzen zu erhöhen.

»Der Ansatz der Gamification birgt die Chance, neue, auch schwer zu erreichende Zielgruppen zu erschließen.«

Vielversprechend ist der Ansatz außerdem, da Videospiele eine Reichweite erzielen, die in manchen Altersgruppen klassische Medien wie Bücher und Filme längst überholt hat. Und weil die Beschäftigung mit dem Medium Game in besonderem Maße durch Interaktion – und nicht allein durch Konsum – geprägt ist, eignet sich ein Serious Game wie kaum ein anderer Ansatz, um bei jungen Menschen Interesse für ein bestimmtes Thema zu wecken.

Projektgestaltung entlang der Interessen der Zielgruppe
Um das Spiel auf die Bedürfnisse der Zielgruppe auszurich-

ten und deren eigene Expertise ernst zu nehmen, flankierte ein Partizipationsprozess die Spielentwicklung. Nachdem eine Kerngruppe von Studierenden unterschiedlicher Disziplinen gefunden und mit dem Thema vertraut gemacht worden war, fungierte diese Gruppe als fachlicher Beirat, als Testerinnen und Tester des Spiels und als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Ergebnisse. Zusätzlich erfuhren sie im direkten Kontakt mit der Spieleentwicklerin, dem Grafiker und dem Sounddesigner mehr über Konzeption, Erarbeitung und Bewerbung eines Serious Games. In gemeinsamen und individuellen Workshops und Arbeitsphasen befassten sie sich zum einen mit dem DDR-Unrechtsstaat, konkret mit dessen Umweltpolitik, und zum anderen mit der Umweltpolitik „von unten“ (durch Aktivistinnen und Aktivisten), um anschließend gemeinsam Rahmendaten für die Spielentwicklung abzustecken. Konkret beteiligten sie sich unter anderem an der Ausarbeitung von Charakteren und deren Biografien, der Auswahl und Erarbeitung geeigneter Ausgangslagen, Aufgabenstellungen und Settings sowie bei der Definition von Entscheidungsoptionen innerhalb der einzelnen Spielerspektiven. Auf diese Weise erlangten sie nicht nur ein grundlegendes Verständnis für die Zwänge, die Unrechtserfahrungen und die politische Durchdringung des Alltags der Menschen in der DDR. Sie erlebten durch ihre direkte Einbindung in die Spielgestaltung darüber hinaus auch Selbstwirksamkeit, die sie ermutigen soll, für ihre Werte und Wünsche einzustehen und sich in Zukunft zu engagieren.

»Sie erlebten durch ihre direkte Einbindung in die Spielgestaltung Selbstwirksamkeit.«

Zusätzlich zum Serious Game entstand ein didaktischer Leitfaden, inklusive weiterführender Zusatzmaterialien, der aufzeigt, wie das Spiel in den Schulunterricht, in eine Jugendbegegnung oder auf einer digitalen Konferenz eingebunden werden kann. Eine Lehrkräftefortbildung, die Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen (die auch im Spiel auftauchen), Besuche in der ehemaligen Stasi-Zentrale und an der Gedenkstätte Berliner Mauer und den Test der Materialien beinhaltet, bildete den Abschluss des Projekts *Natur? Politisch*. Die Fortbildung wird auch in Zukunft an der EAB durchgeführt werden. Sie richtet sich an alle Lehrenden der formalen und non-formalen Bildung, die einen technisch wie thematisch innovativen Zugang zur

Geschichte der DDR suchen. Informationen sowie die Begleitmaterialien finden Sie auf [unserer Homepage](#).

Die Anlage und der große Umfang des Projekts in seiner kooperativen Ausrichtung bedeuteten einen hohen organisatorischen Aufwand. Doch so konnte das Projektteam sicherstellen, dass Handlung, Hintergründe und didaktisches Begleitmaterial des Serious Games nicht nur theoretisch gut konzipiert, sondern auch praktisch getestet wurden. Dass zudem – selbst bei der Erstellung eines digitalen Produkts – der persönlichen Begegnung ein großer Stellenwert zukam, macht das Projekt insgesamt zu einem gelungenen Beispiel für die politisch-historische Bildung.

Natur? Politisch. wird zeitnah auf [unserer Homepage](#) auffindbar sein.

Autor:in



Dr. Christian Johann ist Historiker und politischer Bildner. Als Direktor der Europäischen Akademie Berlin leitete er das Projekt *Natur? Politisch.*

Umwelt x 3

Workshops zum Thema

Umweltschutz in der DDR und aktuelle Bezüge – ein Erfahrungsbericht

Judith Mayer

Umweltschutz war das zentrale Thema in drei Ferienworkshops in der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt. Im (auch virtuellen) Raum standen die Fragen: Wie sah die Umweltbewegung der 1980er Jahre in der DDR aus? Kann sie mit der heutigen Fridays-for-Future-Bewegung verglichen werden? Und welche Anregungen nehmen die Teilnehmer*innen aus den Workshops mit?

FILMING FOR FUTURE? UMWELTSCHUTZ MEETS STOP-MOTION

Aus einem Wald wächst eine Fabrik mit rauchenden Schornsteinen und großen Abflussrohren, ein Sauger filtert Plastikmüll aus dem Wasser und ein aus Schrott gebauter Roboter spricht über die Erderwärmung. Diese filmische Antwort auf die Frage: „Filming For Future? Umweltschutz meets STOP-MOTION“ fanden elf jugendliche Teilnehmer*innen und der Medienpädagoge Kay Albrecht beim gleichnamigen Workshop im Frühling 2020. Die Teilnehmer*innen aus ganz Thüringen drehten jeweils zuhause eigene Legetrickfilme. Bei einem Legetrickfilm entsteht die Illusion von Bewegung vor allem durch die Verschiebung von Gegenständen zwischen den Einzelbildern. Der fertige Film besteht aus sechs kurzen Clips und fast 4000 aneinandergereihten Einzelbildern.

»Bei einem Legetrickfilm entsteht die Illusion von Bewegung vor allem durch die Verschiebung von Gegenständen zwischen den Einzelbildern.«

Bevor der Film entstand, hatte die Gruppe zunächst erste Ideen bei einem virtuellen Gedenkstättenrundgang durch die Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt

und bei einem Input zur Umweltbewegung der 1980er Jahre in der DDR gesammelt. Einen besonderen historischen Einblick gab der Zeitzeuge Matthias Sengewald, der zu dieser Zeit in Umweltgruppen in Erfurt aktiv war. Bei einem digitalen Zeitzeugengespräch stellten ihm die Teilnehmer*innen Fragen und tauschten Gedanken mit ihm aus. Sie interessierten sich besonders für die Protestformen der Umweltbewegung in der DDR. Einige davon, wie etwa Fahrraddemonstrationen, kannten die Teilnehmer*innen und einige nutzen sie selbst.

Ein überraschender Aspekt für die Jugendlichen war ein sich anscheinend aus der Mangelwirtschaft ergebender nachhaltigerer Umgang mit Gegenständen wie Autos oder Küchengeräten in der DDR. „Statt etwas wegzwerfen, musste repariert werden“, betonte Matthias Sengewald. Der sparsame Umgang mit Ressourcen und verschiedene Protestformen fanden Eingang in den mit gezeichneten Bildern und Legetricktechnik umgesetzten Kurzfilm. Er wurde mit dem Deutschen Generationenpreis 2021 ausgezeichnet und ist auf dem YouTube Kanal der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße abrufbar. Die 21-jährige Studentin Elisabeth sagte über den Workshop: „In den zwei Tagen haben alle viel Neues über die Umweltbewegung in der DDR erfahren können und mit diesen Denkanstößen tolle Comics erstellt.“

VOLL ÖKO: KANN MAN UMWELTSCHUTZ ZEICHNEN?

Die zehn Teilnehmer*innen des Online-Comicworkshops „Voll Öko: Kann man Umweltschutz ZEICHNEN?“ beantworteten ihre Frage zusammen mit der Illustratorin Sandra Bach, indem sie über die Bedeutung von Klimaschutz und individuellem bewussten Handeln diskutierten. Auch diese Gruppe tauschte sich mit einem Zeitzeugen aus: Aribert Rothe brachte Plakate aus den 1980er Jahren mit, die auf Umweltverschmutzung in der DDR aufmerksam machten. Im Gespräch erzählte er von Veranstaltungen, die er in dieser Zeit zum Thema Umweltschutz im kirchlichen Kontext und im Rahmen sogenannter Basisgruppen in Erfurt organisierte. Rothe betonte insbesondere die Rolle der Kirche für die Umweltbewegung der DDR sowie die Aufklärungsarbeit über Waldsterben, Wasser- und Luftverschmutzung. Letztere sei dringend erforderlich gewesen, weil die

Umweltproblematik in der Öffentlichkeit seit Anfang der 1970er Jahre tabuisiert wurde. Eine Workshopteilnehmerin, die sich bei Fridays for Future engagiert, entdeckte im Gespräch mit dem Zeitzeugen viele Parallelen zu ihrem eigenen Engagement.

Aus den Erzählungen, etwa über heimlich gedruckte Flugblätter, die in der Stadt verteilt wurden, entwickelten die Teilnehmenden im ersten Schritt eigene Figuren für ihre Comics. Im zweiten Schritt wurde dann je ein Bild für einen gemeinsamen Comicstreifen entworfen. Darauf zu sehen sind: Smog über Erfurt, eine kirchliche Gruppe, die auf Umweltverschmutzung aufmerksam machen möchte, heimlich Flugblätter druckt, damit die Stadt plakatiert, doch nicht merkt, wie sie dabei von der Stasi überwacht wird. Das kollaborative Kunstwerk war ab Frühling 2021 ein halbes Jahr auf einem großen Banner an der Außenmauer der Gedenkstätte zu sehen.

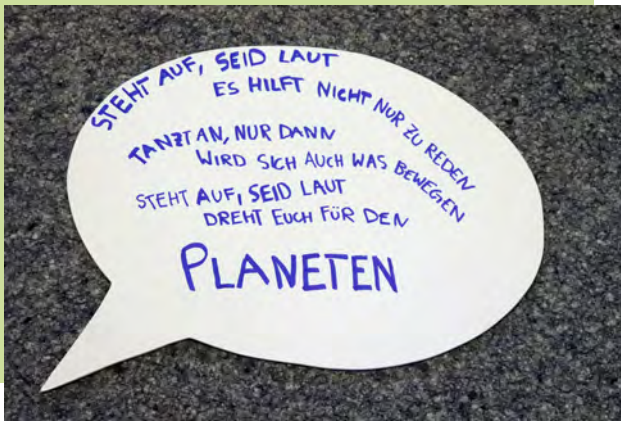
»Aus den Erzählungen, etwa über heimlich gedruckte Flugblätter, die in der Stadt verteilt wurden, entwickelten die Teilnehmenden im ersten Schritt eigene Figuren für ihre Comics.«

WIE KLINGT UMWELTSCHUTZ?



Ergebnis des Workshops: Comicstreifen. © Stiftung Ettersberg | Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße, Erfurt

Auch zu Beginn des dritten Workshops „Wie klingt UMWELTSCHUTZ?“ berichtete der Zeitzeuge Aribert Rothe von seinen Eindrücken aus der Umweltbewegung in der DDR. Er war in den 1980er Jahren Stadtjugendpfarrer in Erfurt, entsprechend betonte er die evangelische Kirche als Freiraum und Inspirationsquelle. Im Austausch mit ihm erfuhren die Teilnehmenden, dass sich Umweltaktivist*innen in der DDR oft im Geheimen organisierten. Rothe betonte: „In der DDR wurde Umweltschutz ganz schnell zu einem Tabu-Thema.“ Nach einem Besuch der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße verarbeiteten die Teilnehmer*innen mit Hilfe der Musiker Norman Sinn und Marcus Ziegenrucker ihre Eindrücke zu einem Lied über ihre eigenen Sorgen bezüg-



Textteil des selbst gestalteten Liedes. © Stiftung Ettersberg | Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße, Erfurt

lich des Klimawandels. Im Refrain greifen sie eine Parole auf, die heute auf Demonstrationen, etwa von Fridays for Future, gerufen wird: „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr unsere Zukunft klaut.“ Das Musikvideo ist ebenfalls auf dem YouTube-Kanal der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße abrufbar.

Die Ferienworkshops werden durch die Bundeszentrale für Politische Bildung und von der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen gefördert. Zum Ausgangspunkt sie nahmen jeweils ein Thema der Dauerausstellung der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße sowie die Besichtigung des historischen Ortes. Hinzu kommt häufig ein Gespräch mit Zeitzeug*innen, das die ersten Eindrücke um neue Aspekte erweitern kann. Dadurch ähneln sich die Bestandteile der Ferienworkshops stets. Jedoch entstehen durch die Diskussionen der Teilnehmer*innen untereinander, mit Zeitzeug*innen und in der Zusammenarbeit mit Künstler*innen verschiedener Sparten stets kreative Formen der Aufarbeitung, deren Resultate uns immer wieder aufs Neue erstaunen.

»Durch die Diskussionen der Teilnehmer*innen untereinander, mit Zeitzeug*innen und in der Zusammenarbeit mit Künstler*innen verschiedener Sparten entstehen stets kreative Formen der Aufarbeitung, deren Resultate uns immer wieder aufs Neue erstaunen.«

Autor:in



Judith Mayer studierte an der Universität Marc Bloch, Strasbourg und der Friedrich-Schiller-Universität, Jena. Von 2008 bis 2013 arbeitete sie als Museumspädagogin in Jena, Gera, Leipzig und München. Seit 2013 ist sie Museumspädagogin in der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt.

Umwelt und DDR. Sammelrezension aktueller Unterrichtsmodule

Sabrina Pfefferle

HISTORISCHE QUELLEN ALS AUSGANGSPUNKT: DIE UMWELTBEWEGUNG IN DER BRD UND DDR

Die Interdependenz sozialer Bewegungen ist am Beispiel der Umweltbewegungen der BRD und der DDR gut nachzuvollziehen. Der Vergleich bietet zudem die Möglichkeit, Protestformen in unterschiedlichen politischen Systemen – Diktatur vs. Demokratie – zu analysieren. Mit diesem Potenzial arbeitet die von Franziska Conrad und Regina Göschl entwickelte Unterrichtseinheit „Für eine ökologische, soziale und demokratische Gesellschaft – Die Umweltbewegung in der BRD und DDR“, erschienen in Geschichte lernen (Nr. 201/2021). Das auf drei Stunden angelegte Modul richtet sich an Schüler*innen der Sekundarstufe 1. Genutzt werden Methoden des Kooperativen Lernens – mit dem Ziel, die Wahrnehmungs-, Analyse-, Sach- und Werturteilskompetenz der Lernenden zu fördern.

»Die Interdependenz sozialer Bewegungen ist am Beispiel der Umweltbewegungen der BRD und der DDR gut nachzuvollziehen.«

Der Unterrichtsentwurf setzt sich aus didaktischen Hinweisen zu den Materialien sowie drei Arbeitsblättern zusammen. Der didaktische Rahmen besteht aus (1) einer kurzen Analyse des historischen Kontextes, (2) didaktischen Überlegungen, in denen die Ziele und adressierten Kompetenzen der Lerneinheit vorgestellt werden, (3) einer ausführlichen Beschreibung der Unterrichtsdramaturgie sowie (4) des Erwartungshorizontes – spezifiziert für jede einzelne Aufgabe.

Die Arbeitsblätter bauen aufeinander auf, und sollen die Lernenden dazu befähigen, einen quellenbasierten Vergleich der Umweltbewegungen in der BRD und DDR zu ziehen. Als Teil des ersten Arbeitsblattes werden zwei Bildquellen (zum Protest im Wendland gegen das geplante Atomkraftwerk Gorleben 1979 sowie der Olof-Palme-Frie-

denmarsch durch Ostberlin und die DDR 1986) und ein Link zu einem Interview mit dem DDR-Umweltaktivisten Christian Halbrock vorgelegt. Anhand dieser Materialien soll die Beziehung zwischen den Umweltbewegungen in Ost- und Westdeutschland sowie die Ziele der DDR-Umweltbewegung herausgearbeitet werden

Im zweiten Arbeitsblatt werden zwei Textquellen vorgelegt (Auszug aus dem Grundsatzprogramm der GRÜNEN von 1980, sowie ein Dokument zur Gründung der Umweltbibliothek in Ost-Berlin 1986). Daran anknüpfend werden drei Aufgaben gestellt, die auf den Vergleich der Ziele, Träger*innen und Arbeitsbedingungen beider Akteure abzielen.

Im dritten Arbeitsblatt wird eine weitere Textquelle (Auszug aus den „Politischen Grundsätzen“ der Vereinigung der Partei DIE GRÜNEN mit BÜNDNIS 90, 1993) gegeben. Hier fokussiert die Aufgabenstellung auf die Frage, wie sich die Bewegungen und Parteien im Laufe der Zeit verändert haben – und wie diese Veränderungen mit Entwicklungen der weltpolitischen Lage seit 1990 zusammenhängen.

Als Erweiterung werden drei weitere Arbeitsvorschläge vorgestellt, die aktuelle Umweltbewegungen ins Zentrum stellen. So soll zur Bewegung „Fridays for Future“ recherchiert und Interviews mit Akteur*innen durchgeführt werden – um der Frage nachzugehen, ob Parteien oder soziale Bewegungen mehr für Umwelt- und Klimaschutz erreichen.

Insgesamt wird in dem Unterrichtsmodul eine Verknüpfung verschiedener Themen – z.B. die Dynamik von Protestbewegungen in Abhängigkeit vom politischen System – angestrebt. Diese auf übergeordneter Ebene angesiedelten Lernziele werden anhand zweier Quellenarten (Texte, Zeitzeugeninterview) ausgestaltet. Der Einsatz vielfältiger Analysemethoden (Definition, Beschreibung, Beurteilung, Vergleich, Recherche) macht das Modul abwechslungsreich. Des Weiteren sind die Lernziele, geförderten Kompetenzen sowie der Erwartungshorizont nachvollziehbar beschrieben, sodass die Unterrichtenden gut unterstützt werden. Die Sitzungen sind klar strukturiert und können in Abhängigkeit von den zeitlichen Ressourcen

»Insgesamt wird in dem Unterrichtsmodul eine Verknüpfung verschiedener Themen – z. B. die Dynamik von Protestbewegungen in Abhängigkeit vom politischen System – angestrebt.«

cen flexibel erweitert werden. Abgerundet wird das Modul durch aktuelle Bezüge und die Förderung der Selbstwirksamkeit der Schüler*innen durch die Entwicklung eigener Interviewkonzepte.

Das Modul stellt somit eine für die Sekundarstufe entwickelte, quellenstarke Vertiefung zum Vergleich der Umweltbewegungen in der DDR und BRD dar!

UMWELTGESCHICHTE LEHREN UND LERNEN: LEGITIMATION, EMPFEHLUNGEN UND GESTALTUNGSEIDEN

Umweltgeschichte wird im Unterricht eher selten und wenn dann im Zusammenspiel mit anderen historischen Entwicklungen aufgegriffen – auch wenn es viele Argumente dafür gibt, sie verstärkt ins schulische Curriculum zu integrieren. Das Buch „Umweltgeschichte lehren und lernen. Keine Katastrophe!“, herausgegeben von Dietmar von Reeken, Indre Döpcke und Britta Wehen-Behrens (Wochen-schau-Verlag 2023), liefert eine hervorragende Argumentationsgrundlage für eine stärkere Zuwendung zu diesem Thema.

Es bündelt grundlegende Entwicklungen und Befunde aus der didaktischen Vermittlung von Umweltgeschichte, bietet Gestaltungsideen für den Unterricht und kann so als konzeptioneller Rahmen für die Entwicklung von Unterrichtseinheiten zur Vermittlung von Umweltgeschichte (der DDR) fungieren.

Das Buch gliedert sich in vier Bereiche: Es beginnt mit einer Einführung „Über die Bedeutung der Natur für menschliche Gesellschaften“, die um Literaturhinweise zur Vertiefung des Themas ergänzt ist. Im zweiten Teil folgt eine Übersicht über didaktische Überlegungen zur Vermittlung von Umweltgeschichte seit den 1980er Jahren. Es werden sechs verschiedene Ebenen diskutiert, auf der Umweltgeschichte stattfindet und vermittelt werden kann. Vorgestellt werden zudem Argumente, warum Schüler*innen Umweltgeschichte lernen sollten sowie praktische Leitlinien für den Unterricht.

Es schließt sich ein Teil mit aktuellen Befunden und Unterrichtserfahrungen an, in dem grundlegende Begriffe (z.B. Natur vs. Umwelt) definiert werden, Empfehlungen für den Umgang mit bestimmten Schüler*innenvorstellungen erfolgen und einzelne Unterrichtsprojekte (z.B. zur Ressource Holz) vorgestellt werden. Letztere fallen vor allem durch klar definierte Angaben zur Zielgruppe, dem inhaltlichen Spektrum und der benötigten zeitlichen Ressourcen auf, sowie durch die reich bebilderten und praxisnahen Beschreibungen konkreter Module.

»Aus diesen Kapiteln lassen sich wichtige strukturelle Aspekte zur Gestaltung eines langfristigen Konzeptes für die Vermittlung von Umweltgeschichte ableiten.«

Im letzten Teil werden „Didaktische Überlegungen und Materialien zur Umweltgeschichte“ diskutiert. Dies erfolgt anhand der Vorstellung von halbjährübergreifenden Unterrichtsplänen zu den Themen „Klimageschichte“, „Landwirtschaft und Ernährung“ sowie „Holz und Wald als Ressourcen“. Aus diesen Kapiteln lassen sich nicht nur wichtige strukturelle Aspekte zur Gestaltung eines langfristigen Konzeptes für die Vermittlung von Umweltgeschichte ableiten (z.B. Lebenswelt- und Gegenwartsbezug, Materialhinweise sowie fächerintegrierender Zugriff), sondern sie liefern auch eine inhaltliche Basis zur Erarbeitung der jeweiligen Themen.

Das Buch adressiert somit eher den didaktischen Rahmen der Integration von Umweltgeschichte in den Lehrplan und die Fragen: Was umfasst Umweltgeschichte? Wieso ist das Thema relevant? Wie sollte Umweltgeschichte unterrichtet werden? Welche Herausforderungen können auftreten? Dieser weite Fokus – ohne konkreten Bezug auf die Umweltgeschichte in der DDR – macht eine entsprechende inhaltliche sowie quellenbasierte Anreicherung notwendig. Gleichzeitig sind die enthaltenen praktischen Handlungsempfehlungen, Standards sowie Unterrichtsbeispiele hilfreich für die Gestaltung eigener Unterrichtseinheiten zu verwandten Themen. Zudem unterstützen die vermittelten Informationen über die allgemeine Bedeutung von Umwelt in der Menschheitsgeschichte, ihre Verknüpfungen zu anderen Themen sowie die Ebenen, auf der sie analysiert werden sollte, bei der Vertiefung in den konkreten Kontext – z.B. in einem spezifischen politischen System wie der DDR.

Als wissenschaftlicher Rahmen sowie als Ideenfundus für die Gestaltung eigener Unterrichtseinheiten ist das Buch somit eine Empfehlung für Lehrkräfte, politische Bildner*innen und Interessierte!

DER UMBRUCH UND DIE UMWELT: ZWEI KOMPAKTE MODULE ZUR UMWELTPOLITIK IN DER DDR

Die Website „[Umwelt im Unterricht](#)“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) veröffentlicht monatlich eine Unterrichtseinheit „Thema des Monats“, die Fragen aus den Themenfeldern Umwelt- und Naturschutz adressiert. Im September 2019 wurde das Thema „[Friedliche Revolution in der DDR: Der Umbruch und die Umwelt](#)“ mitsamt der Teilfragen „Wie sah die Umweltsituation in der DDR aus? Wie agierte der Staat und welche Auswirkungen hatte sein Agieren für Menschen, die sich für Umwelt einsetzen? Welche Veränderungen vollzogen sich seit der Wiedervereinigung und welche Möglichkeiten gibt es in einer Demokratie, Umweltprobleme anzugehen?“ behandelt.

Eine Einheit enthält jeweils einen didaktischen Kommentar sowie Links zu verwandten Themendossiers, einen Artikel mit [Hintergrundinformationen](#), zwei Unterrichtsvorschläge – nach Schwierigkeitsgrad in ein Modul für die Sekundarstufe und eines für die Grundschule gegliedert – sowie dazugehörige Arbeitsmaterialien. Alle Bestandteile stehen frei zum Download zur Verfügung.

Dem Unterrichtsvorschlag für die Sekundarstufe „[Umweltprobleme und Umweltpolitik in der DDR](#)“ wird genaue Definition der geförderten Kompetenzen sowie Lernziele vorangestellt. Zudem werden konkrete Leitfragen vorgegeben, die auch den Schüler*innen als Orientierungspunkte dienen sollen. Das Modul ist in seiner Umsetzung in drei Bereiche gegliedert: (1) Ein Einstieg, der anhand einer Bilderserie zur Umweltsituation in der DDR ggf. ergänzt um einen Filmausschnitt erfolgen soll, (2) die Arbeitsphase, bestehend aus einer Recherche-

»Wie sah die Umweltsituation in der DDR aus? Wie agierte der Staat und welche Auswirkungen hatte sein Agieren für Menschen, die sich für Umwelt einsetzen? Welche Veränderungen vollzogen sich seit der Wiedervereinigung und welche Möglichkeiten gibt es in einer Demokratie, Umweltprobleme anzugehen?«

und einer Textquellenarbeit sowie der Bündelung der Ergebnisse in Form einer Gruppenpräsentation und (3) dem Abschluss der Sitzung, in der ein „Museumsrundgang“ zur Vorstellung der Rechercheergebnisse simuliert wird und abschließend ein persönlicher Bezug durch eine Blitzlicht-Umfrage hergestellt werden soll.

Als Erweiterung wird die Methode „Spurensuche“ vorgestellt, in der die Schüler*innen die Thematik durch Gespräche mit Zeitzeug*innen im eigenen Wohnort in ihr Lebensumfeld integrieren sollen. Insbesondere in der Arbeitsphase kann auf die besonderen Bedingungen der Lernenden eingegangen werden, da spezifische Eckpunkte je nach Vorkenntnissen, Lernniveau und Zeitbudget angepasst werden können.

Der Unterrichtsvorschlag für die Grundschule „Umweltschutz in der DDR und im heutigen Deutschland“ ist ähnlich aufgebaut, betont wird in diesem Modul die Einbettungsmöglichkeit in den größeren Kontext der deutschen Zweistaatlichkeit. Die einzelnen Elemente wurden – vor allem in der Arbeitsphase – deutlich an das niedrigere Leistungsniveau angepasst. Genutzt wird nun die Methodik des Bildvergleichs (in Partnerarbeit), sowie die Bearbeitung eines Arbeitsblattes, auf dem Aussagen zum Umweltschutz der Situation in der DDR bzw. unserer heutigen Demokratie zugeordnet werden sollen. Für den Abschluss wurde ein Gesprächskreis konzipiert, in dem die Ergebnisse zusammengetragen und heutige Umweltprobleme sowie mögliche Handlungsmöglichkeiten diskutiert werden sollen. Zur Erweiterung des Moduls wird auf andere Websites mit Materialien sowie Videos verwiesen und die Methode „Spurensuche“ in angepasster Form vorgestellt.

Es handelt sich somit um vollständig ausgearbeitete, auf zwei Klassenstufen angepasste Unterrichtseinheiten, inklusive Materialien. Die Qualität der Materialien ist gut, einzig das Design der Website wirkt etwas veraltet. Hervorzuheben ist die Vielfältigkeit der adressierten Kompetenzen (Methoden-, Urteils- und Argumentationskompetenz) und verwendeten Methoden (Gruppen-, Quellen- und Recherchearbeit, Präsentation sowie Diskussionsformate). Ebenfalls zu betonen ist die Niedrigschwelligkeit des Angebots: Die Website sowie alle Materialien sind kostenlos nutzbar, die Unterrichtsentwürfe sind ohne intensivere Vor-

bereitung umsetzbar und gut strukturiert. So ist die Rahmung und der Aufbau der Module verständlich erklärt, die Lernziele, Leitfragen und Umsetzungsphasen sind genau definiert. Mit den Erweiterungen und Anpassungsmöglichkeiten einzelner Aufgaben und den Verweisen auf ergänzenden Websites wird den Lehrer*innen die Möglichkeit gegeben, die Unterrichtseinheiten flexibel auf die individuellen Bedürfnisse ihrer Lerngruppe anzupassen – und den Schüler*innen vielfältige Angebote für eine weiterführende Beschäftigung mit dem Thema an die Hand gegeben.

Die Website empfiehlt sich als umfassendes, auf verschiedene Klassenstufen und Gruppenstrukturen adaptierbares Angebot zur Vermittlung des Themas Umwelt in der DDR!

EIN FUNDUS AN INFORMATIONEN UND MATERIALIEN: DIE WEBSITE JUGENDOPPOSITION

Das multimediale Webangebot „Jugendopposition“ der Bundeszentrale für politische Bildung und der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. beschäftigt sich mit Widerstand und Auflehnung junger Menschen in der DDR. Dazu stellt die Website eine Fülle an Informationen und Materialien auch zum Thema Umweltproteste und -bewegungen in der DDR bereit, die allerdings nicht in konkrete Lerneinheiten kondensiert sind.

Die Website sticht einerseits durch ihre vertiefenden Artikel zu spezifischen historischen Ereignissen und Institutionen im Kontext der Umweltbewegung in der DDR heraus. Berichtet wird beispielsweise von konkreten Aktionen der DDR-Umwelt-Bewegung sowie von der Geschichte der Umweltbibliothek, die in einzelne Artikel zum Eingreifen des Ministeriums der Staatssicherheit in die Tätigkeit der Umweltbibliothek, aber auch zur Solidarisierung von Bürger*innen aufgefächert ist. So gelingt anhand eines konkreten Beispiels eine facettenreiche Darstellung der Entwicklung eines oppositionspolitischen Ortes in einem diktatorischen System. Andererseits arbeitet die Website mit ausführlichen Biografien von Akteur*innen der Umweltbewegung. Die entsprechenden Texte sind mit Bildern von konkreten Aktionen, weiteren Quellendokumenten wie z.B. Flyern oder Überwachungsaufnahmen der Stasi sowie

textinternen Verlinkungen angereichert. Vor allem letztere machen die enge Verknüpfung des Umweltprotestes mit anderen politischen Zielen sichtbar und niedrighschwellig zugänglich.

Darüber hinaus bietet die Website eine Vielzahl an weiteren Materialien zum Thema: Videos (z.B. „Luftverschmutzung durch ein Industriegebiet bei Leipzig“), weiterführende Quellenmaterialien (z.B. Fotografien, Flugblätter, Dokumente) sowie Interviews mit Beteiligten. Leider erschwert die nach politischen Schlagwörtern wie „Die Mauer muss weg!“ oder „Holt Biermann zurück!“ strukturierte Website eine systematische Übersicht über alle verfügbaren Teilaspekte zum Thema. Doch die kleinteilige Recherche lohnt, da die Website auch in der größeren Rahmung „Jugendopposition in der DDR“ ein reichhaltiges Angebot bereithält. Sie dient deshalb als hervorragender Ausgangspunkt für vertiefende Recherchen und kann als Grundlage für die Entwicklung spezifischer Unterrichtseinheiten zum Thema Umweltprotest in der DDR genutzt werden.

Autor:in



Sabrina Pfefferle ist studentisches Redaktionsmitglied des LaG-Magazins.

Zwischen Umweltverschmutzung und Umweltbewegung – Ein Themendossier der Bundesstiftung Aufarbeitung

Sabrina Pfefferle

Umweltgeschichte in der DDR: Ein eher spezifischer Themenkomplex, der angesichts der unzähligen anderen wichtigen Aspekte der DDR-Geschichte allzu leicht in den Hintergrund rückt. Gleichzeitig ist das Thema Umwelt- und Klimaschutz hochaktuell und seine drängende Relevanz – die gerade viele junge Menschen erkennen – unterstreicht die Notwendigkeit der Integration entsprechender Bildungsangebote in die Vermittlung von (DDR-) Geschichte. Zudem lässt sich das Thema Umweltschutz auch im historischen Rückblick nicht isoliert betrachten, sondern muss in enger Verknüpfung zu anderen Aspekten der DDR-Geschichte, z.B. der Friedensbewegung oder der Protestkultur in einer Diktatur, analysiert und vermittelt werden. Diese beiden Rahmungen – der Umgang mit Umwelt in der DDR sowie in unserer heutigen demokratischen Gesellschaft – bieten eine Grundlage, auf der politische Bildner*innen das Thema vielschichtig und produktiv gestalten können.

»Gleichzeitig ist das Thema Umwelt- und Klimaschutz hochaktuell und seine drängende Relevanz – die gerade viele junge Menschen erkennen – unterstreicht die Notwendigkeit der Integration entsprechender Bildungsangebote in die Vermittlung von (DDR-) Geschichte.«

Doch auf welchen Wegen kann das Thema konkret aufgegriffen werden? Eine Sammlung an Angeboten bietet die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit ihrem Themendossier „Umweltverschmutzung und Umweltbewegung in der DDR“. Dieses setzt sich aus fünf Teilen zusammen: Es enthält (1) eine inhaltliche Einführung in den historischen Hintergrund der „Umweltverschmutzung und Umweltbewegung von der späten DDR bis in die Transformationszeit“, (2) eine (Unterrichts-)Materialsammlung, (3) eine Übersicht über Zeitzeug*innen, die sich politisch in der Umweltbewegung der DDR engagierten, (4) einen Verweis auf die Mediathek der Bundesstiftung Aufarbeitung

mit Videomaterial sowie (5) die Bildergalerie „Umwelt in der DDR.“

Die einzelnen Bestandteile ermöglichen auf verschiedenen Wegen eine Annäherung an das Thema. So gibt der ausführliche und reich bebilderte Artikel „Historischer Hintergrund: Umweltverschmutzung und Umweltbewegung von der späten DDR bis in die Transformationszeit“ mit Verlinkungen zu themenverwandten Dossiers wie z. B. zur Nuklearkatastrophe von Tschernobyl einen ersten Überblick über die Umweltpolitik der SED, die Umweltbewegung in der späten DDR sowie während der friedlichen Revolution und den Umweltschutz in der Umbruchszeit sowie nach der deutschen Einheit. Ein statistischer Exkurs zur Entwicklung der Schwefeldioxid-Emissionen zwischen 1970 bis 1990 in der DDR und der Bundesrepublik im Vergleich sowie zwischen 1991 bis 2017 für Gesamtdeutschland schafft eine Vergleichsebene und eröffnet aktuelle Bezüge.

Zusätzlich bietet das Themendossier eine Übersicht über relevante Materialsammlungen zum Thema. An dieser Stelle sind externe Webangebote wie das Webportal Deutsche Einheit des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit oder die YouTube-Reihe „MitBestimmen in Demokratie und Diktatur“ der Bundesstiftung verlinkt. Letztere stellt Bildungsmaterialien zum Thema Protest zur Verfügung. Das entsprechende Video wird durch sehr sorgfältig und detailliert beschriebene Unterrichtskonzepte mit Lerneinheiten und Quellenmaterialien ergänzt. Zuletzt enthält dieser Teil des Dossiers eine Literaturliste zum Thema und das Bestandverzeichnis der Stiftungsbibliothek.

Ein weiterer Weg der Auseinandersetzung mit der Geschichte der Umweltbewegung und -politik in der DDR führt über Zeitzeug*innen: Das Dossier stellt hier z.B. Christian Halbrock oder Tim Eisenlohr vor, die in der Umweltbewegung der DDR aktiv waren. Über Verlinkungen zum Profil der entsprechenden Zeitzeug*innen im digitalen Zeitzeugenbüro der Bundesstiftung Aufarbeitung kann unkompliziert die Kontaktaufnahme erfolgen. Zudem enthält auch die Mediathek der Bundesstiftung Videos von Zeitzeug*innen-Interviews und auch einen

»Ein weiterer Weg der Auseinandersetzung mit der Geschichte der Umweltbewegung und -politik in der DDR führt über Zeitzeug*innen.«

Podcast zum Thema: „East Side Stories: Umwelt- und Naturschutz in Ostdeutschland: von der DDR bis heute“.

Abgerundet wird das Angebot durch die Bildergalerie „Umwelt in der DDR“, in der Bilder von verschiedenen Formen der Umweltverschmutzung in der DDR wie z.B. den großflächigen Landschaftsschäden durch Braunkohle-, Kies- und Uranabbau zur Verfügung gestellt werden.

Mit diesen vielseitigen Angeboten ermöglicht das Themendossier einen guten Einstieg in die Themenfelder Umweltverschmutzung, -politik und -bewegung in der späten DDR bis hinein in die Transformationszeit. Darüber hinaus gehende und vertiefende Materialien und spezifische Unterrichtseinheiten zum Thema stellen wir hier vor.

»Mit diesen vielseitigen Angeboten ermöglicht das Themendossier einen guten Einstieg in die Themenfelder Umweltverschmutzung, -politik und -bewegung in der späten DDR bis hinein in die Transformationszeit.«

Autor:in



Sabrina Pfefferle ist studentisches Redaktionsmitglied des LaG-Magazins.

Impressum

Herausgeberin:



AGENTUR FÜR
BILDUNG
GESCHICHTE
POLITIK

Agentur für Bildung, Geschichte und Politik e.V.
Dieffenbachstraße 76, 10967 Berlin, Tel.: 030 – 25 79 42 60

E-Mailadresse: kontakt@agentur-bildung.de

Webseite: <http://agentur-bildung.de>

Vorstand:

Adina Stern, E-Mail: stern@agentur-bildung.de
Dr. Birgit Wenzel, E-Mail: wenzel@agentur-bildung.de
Prof. Dr. Dorothee Wierling, E-Mail: wierling@agentur-bildung.de

Vereinsregister beim Amtsgericht:

Amtsgericht Charlottenburg
Vereinsregisternummer: VR 27817 B

Förderer:

Gefördert mit Mitteln der Bundesstiftung zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur.

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG

Die Verantwortung für die inhaltlichen Aussagen
liegt jeweils bei den Autor*innen.

Redaktion: Dr. Katharina Trittel (V.i.S.d.P.) und Sabrina Pfefferle

Gestaltung: Infotext Berlin, Johanna Hoffmann

Satz: dia° Netzwerk für Kommunikation

Lektorat: Barbara Driesen (Wissenschaftsdienst)

Titelbild: Tote Wälder im sächsischen Erzgebirge der späten
1980er-Jahre. Zahlreiche Umweltaktionen widmeten sich dem
dortigen Waldsterben. © Bundesstiftung Aufarbeitung, Klaus Mehner,
Bild 87_0711_UMW_ErzGeb_15.

Innenbild : (Inhaltsverzeichnis): Cover einer Ausgabe der
Umweltblätter des Friedens- und Umweltkreises Zionskirchgemeinde.
© Privatarchiv Peter Wensierskii

ISSN: 2941-6094

Soweit nicht abweichend gekennzeichnet, zur Nachnutzung
freigegeben unter der [Creative Commons Lizenz CC BY NC ND 4.0](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/)

